

(Präsidentin Friebe)

(A) **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7500

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1994 bis 1998

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 11/7501

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1995 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1995

(B) **Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7502**

erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, wir setzen heute die am 1. September unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatung fort. Ich eröffne die Beratung zu Teil I dieses Tagesordnungspunktes

Haushalt

und erteile Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Wir wollen heute eine sachliche Debatte über diesen großen Landeshaushalt führen, und wir sind nicht bereit, uns auf das Ni-

veau zu begeben, das Herr Lafontaine uns gestern im Bundestag geliefert hat. (C)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Es ist schon ein eigenartiges Stück - ich weiß gar nicht, wie ich das beschreiben soll, Herr Trinius -,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das hat gegessen!)

wenn jemand, der in seinem eigenen Land aber auch nichts geregelt bekommt, der Angst haben muß, seinen eigenen Landeshaushalt rechtzeitig vorzulegen, weil er vor der Wahl nicht durchblickt, nun meint, in besserwisserischer Manier und über weite Strecken noch unter der Gürtellinie in Bonn herumholzen zu müssen. Ich bin sicher, daß das viele Menschen angewidert hat.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Zum Thema! - Hier ist der Landtag Nordrhein-Westfalen!)

Sie werden das schon spüren. Wir machen das nicht.

Nordrhein-Westfalen ist das größte Bundesland und hat unglaublich viele Aufgaben. Wir haben allen Anlaß, uns um unsere Angelegenheiten zu kümmern, und das mit allem Ernst.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Ich darf gleich zu Beginn den Finanzminister noch einmal bitten, uns und auch der Öffentlichkeit die Debatte zu erleichtern, indem wir tatsächlich von eindeutigen, notwendigen, klaren Zahlen ausgehen und alle Spielereien, die am Ende nur zur Verwirrung und zum Nebel führen, vermeiden.

(Abgeordneter Kessel [SPD]: Sie wollten doch sachlich bleiben!)

Ich sage das in aller Nachdenklichkeit, Herr Finanzminister, weil auch ich der Meinung bin, daß wir die Belastungen aus der deutschen Einheit, die zugleich Belastungen dieses Landeshaushalts sind, ganz normal in unsere Betrachtungen einbeziehen müssen; sonst schaffen wir da einen Nebenhaushalt und eine schräge Beurteilungslage, die die Vergleichbarkeit zerstört. Jeder, der mit Zahlen zu tun hat, weiß, daß nichts so wichtig ist wie die Vergleichbarkeit von Zahlen, damit man sich ein realistisches Bild machen kann.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte [CDU])

- (A) Ich werde deshalb an dieser Stelle immer von den Gesamtwachsraten, den Gesamteinnahmen und den Gesamtausgaben ausgehen. Ich bitte auch darum, diese Zwischenspiele bleiben zu lassen. Ich werde deutlich herausstellen, was wiedervereinigungsbedingt ist; ich will das nicht verringern oder verkleinern. Aber wir tun uns alle keinen Gefallen, wenn wir einmal aus diesem, einmal aus jenem Grund wichtige Entwicklungen des Haushalts neben den Haushalt stellen und nur noch von Steigerungsraten von 1 % statt von 4,1 % sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten von den richtigen Zahlen ausgehen und sagen, warum sie sich so entwickeln. Aber bitte nicht mit Mogelschritten an irgendwelchen Erkenntnissen vorbei! Die Menschen können das doch gar nicht auseinanderhalten.

Das Zahlenwerk ist so umfangreich und so gewaltig, daß wir in der Demokratie verpflichtet sind, es durchschaubar zu machen, es zu verdichten und zu konzentrieren und nicht zu vernebeln. Deshalb meine Bitte: Lassen Sie uns zu dieser einzig zulässigen und wirklich vernünftigen Betrachtung zurückkommen! Alle Zahlen gehören in den Haushalt, und alle werden in diesem Haushalt ordnungsgemäß gewichtet.

- (B) (Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie stehen doch alle drin!)

- Herr Trinius, wenn der Finanzminister sagt, die eigentliche Ausgabensteigerung des Haushalts betrage nur 1 % - nein!

(Zuruf von der SPD)

Sie beträgt auch vor dem Hintergrund unserer Finanzbelastungen in der Zukunft tatsächlich 4,1 %; denn wir können doch nicht so tun, als müßten wir die Wiedervereinigung nicht bezahlen. Sie gehört dazu. Deshalb halte ich von solchen Aufteilungen gar nichts.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie wollen vernebeln!)

Ich will für die Zuschauer am Fernsehen, die den Haushaltsplan ja nicht vorliegen haben, klarstellen, worum es eigentlich geht:

Wir hatten im letzten Jahr ein Haushaltsvolumen von 83,08 Milliarden DM, in diesem Jahr wollen wir 86,46 Milliarden DM ausgeben. Das sind 3,37 Mil-

liarden DM mehr als im Vorjahr, und das ist eine Gesamtsteigerung von 4,1 %.

Unsere Einnahmen und Zuweisungen - also unsere Steuern und das, was wir vom Bund und sonstigen Stellen erhalten - sollen um 3,9 Milliarden DM wachsen, das sind 5,1 %, nämlich auf 79,64 Milliarden DM.

Es ist eigentlich eine ganz ordentliche Ausgangslage, wenn man sagt: Die Einnahmen wachsen um 3,9 Milliarden DM, die Ausgaben um 3,37 Milliarden DM. Wenn die Einnahmen stärker wachsen als die Ausgaben, ist Besserung in Sicht. Das ist eigentlich - ich sage es noch einmal - eine vernünftige Ausgangsbasis für eine Haushaltsdebatte.

Von diesen 86,46 Milliarden DM geben wir 5,3 Milliarden DM für Zwecke der Wiedervereinigung aus. Das ist eine Steigerung von 2,6 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr. 2,6 Milliarden DM von den 3,9 Milliarden DM zusätzlichen Einnahmen geben wir für Zwecke der Wiedervereinigung aus. Dazu bekennen wir uns, das sagen wir ganz deutlich, und wir begrüßen, daß das passiert; denn nach wie vor müssen wir in diesen Teil unseres Vaterlandes investieren, damit dort Zukunft stattfinden kann und damit wir möglichst schnell vergleichbare Verhältnisse bekommen. Das ist unsere gemeinsame Überzeugung.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte aber auch dazusagen, Herr Finanzminister - und diese Zahl habe ich in Ihren Unterlagen vergeblich gesucht -, was denn das Land durch Steuerverteilung zur Bezahlung dieser 2,6 Milliarden DM zusätzlich erhalten hat.

(Minister Schleußer: Das habe ich auch gesucht!)

Ich lasse einmal alles heraus. Sie haben es nicht in den Haushalt eingestellt; wir haben es durch intensives Nachdenken ermitteln können.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

Sie konnten das auch, aber Sie wollten es nicht so gern zeigen.

Wir haben tatsächlich 1,35 Milliarden DM mehr aus der Umsatzsteuerneuverteilung nach dem Umsatzsteuer-ausgleich; 7 % haben die Länder für 1995 ja mehr erhalten. Sonst müßte man sich ja fragen: Wie kann denn

(Schauerte [CDU])

- (A) bei einer doch so verhaltenen Konjunkturlage - diese haben wir in der Tat - eine Einnahmesteigerung von 3,9 Milliarden DM, das sind 5,1 %, herauskommen? - In diesen 3,9 Milliarden DM - damit erwähne ich sie zum letzten Mal - sind 1,35 Milliarden DM zusätzliche Einnahmen aus Mehrwertsteuerveränderung, die der Bund mit den Ländern zugunsten der Länder verabredet hat.

(Beifall bei der CDU - Minister Schleußer, den Kopf schüttelnd: Das ist nicht zu fassen!)

- Nein, Herr Schleußer, nicht vorbeimogeln!

Ich sage deutlich dazu, daß der größte Teil der Mehrwertsteuerverbesserung, der für Nordrhein-Westfalen, wenn ich das richtig sehe, bei fast 4 Milliarden DM hätte liegen müssen, unmittelbar in die neuen Länder geht und uns nicht tangiert. Aber es bleibt - Sie haben es leider verschwiegen, weil Sie es nicht zeigen wollten -

(Minister Schleußer: Nein, im Gegenteil!)

ein Umsatzsteuerüberschuß.

(Minister Schleußer: In Ihrem Kopf, nicht in den Kassen!)

- (B) Das verändert die Lage zwar nicht groß, aber ich meine, das gehört zur Wahrheit. Ich meine, daß sich der Bund an dieser Stelle ganz vernünftig verhalten hat.

Wenn Sie alles abziehen und rechnen, haben Sie noch ein Prozent, das sind 850 Millionen DM, mehr in der Kasse, wenn Sie die Kosten der Wiedervereinigung für dieses Jahr bezahlt haben.

Wenn Sie dann noch die Rücklage in Höhe von 500 Millionen DM auflösen, haben Sie 1,35 Milliarden DM freies Geld in der Kasse, mit dem Sie im Land Nordrhein-Westfalen zusätzliche Ausgaben finanzieren können.

Wie verbrauchen Sie diese 1,35 Milliarden DM freies Geld? Indem Sie zunächst einmal 1,2 Milliarden DM mehr für zusätzliches Personal im Vergleich zum alten Haushalt ausgeben. Die Personalkosten werden sich dann auf 33,25 Milliarden DM belaufen. Das ist eine ganz massive Steigerung, eine Steigerung um 3,7 %, die deutlich über dem Durchschnitt der Steigerungen liegt, die Sie für freie Mittel zur Verfügung stellen können.

Für Zinsen geben Sie 310 Millionen DM mehr aus. Das ist eine ganz traurige Zahl. Dies hätten wir gerne für andere Zwecke gehabt. Aber Sie wissen ja: Wenn man so lange eine Verschuldungspolitik betreibt wie hier im Lande, ereilen einen die Sünden auch am langen Ende: 310 Millionen DM zusätzliche Mittel für Zinsen, eine Steigerung um 3,8 %.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir geben 8,34 Milliarden DM - damit diese Zahl auch klar ist - in einem Jahr für Zinsen aus. Das ist mehr als viele Einzelhaushalte unseres Landes zusammen zur Verfügung haben, eine ganz traurige, schlimme Zahl für ein Land, das von sich behauptet, es sei finanzstark, es sei solide und - daran darf ich erinnern, weil ich seit 1980 im Landtag bin - seit 1980 in jeder Haushaltsdebatte behauptet, es wolle den Konsolidierungsweg konsequent, mutig weitergehen und fortentwickeln. Sei nunmehr 15 Jahren wird jedes Jahr die Konsolidierung gefeiert, und wir geben mittlerweile 8,34 Milliarden DM an Zinsen aus.

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben geben Sie 120 Millionen DM mehr aus. Damit haben Sie also 1,6 Milliarden DM mehr ausgegeben, obwohl Sie nur 1,35 Milliarden DM zur Verfügung hatten. Was machen Sie? - Sie kürzen die Investitionen um 400 Millionen DM. Damit sind Sie wieder dort, wohin Sie wollten. Das ist die alte Leier, das alte Leiden, der alte Fehler in der Finanzpolitik dieses Landes: In allen Konsumbereichen steigern Sie ungebrochen jedes Jahr, aber die Investitionen bauen Sie jedes Jahr ab.

(Beifall bei der CDU)

Damit begeben Sie sich in eine tödliche Falle für den Standort Nordrhein-Westfalen. Die Investitionen gehen um 3,6 % runter, und die Personalausgaben gehen um 3,7 % rauf. Das ist die tödliche Schere, die hier seit Jahren praktiziert wird, eine der wesentlich Ursachen für unsere Misere, unsere Probleme und auch unsere über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, ich will Ihnen das noch einmal verdeutlichen: Sie haben hier ja die Orgie gefeiert, Sie hätten sich so toll entschuldigt, Sie seien Spitze, das RWI hätte bestätigt, daß das Land Nordrhein-Westfalen so gut gewesen sei.

Alle Länder sind Ihnen böse und sind traurig, daß sie nicht so ein schlimmes Jahr hatten wie das Jahr 1981 in

(Schauerte [CDU])

- (A) Nordrhein-Westfalen: Damals haben wir allein in diesem Jahr 10,2 Milliarden DM an neuen Schulden gemacht. Damit hatte das Land Nordrhein-Westfalen mehr neue Schulden gemacht als alle Länder der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Von diesem haushaltspolitischen Wahnsinnsjahr, das Sie deshalb gefahren haben, weil Sie damals Helmut Schmidt mit Krediten und Pump mehrheitsfähig halten wollten, sind Sie von diesen 10,8 Milliarden DM runtergegangen und jetzt bei sieben. Da niemand so hohe neue Schulden aufgenommen hatte wie das Land Nordrhein-Westfalen, können Sie heute sagen, Sie hätten den stärkeren Abbau geleistet. Aber trotz Ihrer Abbauanstrengungen sind Sie immer noch in der Spitzengruppe der Neuverschuldung unter den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

In dem Zusammenhang darf ich noch einmal auf die Investitionsquote zurückkommen: Kein Land der Bundesrepublik Deutschland hat die Investitionsquote so drastisch zusammengefahren wie Nordrhein-Westfalen. Die Folgen kennen wir: 1981 - vor vierzehn Jahren - hatten wir ein Investitionsvolumen von 11,2 Milliarden DM. 1995 haben wir ein Investitionsvolumen von 9,6 Milliarden DM. Das heißt: Wir haben heute in absoluten Zahlen ohne die inflationäre Entwicklung, die stattgefunden hat, ein deutlich schlechteres Investitionsvolumen. Wie sich das prozentual darstellt, dazu komme ich später noch. Wir liegen heute unter den Investitionsbeträgen von 1980 und 1981. Das gibt es in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Investitionsquote von damals stolzen 22,4 % auf heute 11,2 % runtergefahren. Wir haben den Prozentsatz für Investitionen im Landeshaushalt in den Jahren von 1980 bis 1995 halbiert. Das ist eine schlimme, eine gefährliche Entwicklung. Dort hätte Umsteuern hingehört, Herr Finanzminister. Aber nein, ich sage es noch einmal: Sie sind stark im Bereich des Konsums und völlig unterentwickelt in der Frage, wie wir Investitionen für unser Land sichern.

(Beifall bei der CDU)

Dann sagen Sie, Sie sparen. Wo sparen Sie denn? - Lassen wir uns das einmal ansehen: Ich gucke mir einmal die soziale Sicherung - das ist die Titelgruppe 2 - an. Dazu gehören auch die sozialen Kriegsfolgebauten. In diesem Block sparen Sie insgesamt

770 Millionen DM. Man kann sich über die eine oder andere Entscheidung in diesem Zusammenhang sicherlich unterhalten. Nur sage ich Ihnen: Einen solchen Zusammenstrich gemessen am Gesamtvolumen des Sozialtats, wie Sie ihn hier in Nordrhein-Westfalen an der Stelle fahren, hätte die Opposition in Bonn lange zu einem Speziatskandal des Norbert Blüm gemacht. So ungleich messen Sie!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen auch noch sagen, wo Sie in diesem Bereich den größten Brocken einsparen. Das wissen Sie sehr wahrscheinlich. Es hätte mich gefreut, wenn Sie das einmal etwas erklärt und gezeigt hätten. Der größte Brocken mit etwa 600 Millionen DM wird bei den Kosten für Asylbewerber eingespart

(Minister Schleußer: Eingespart???)

- im weiteren Sinne. Eingespart! Sie reduzieren die Ausgaben für die Asylbewerber um einen Betrag von etwa 600 Millionen DM.

(Minister Schleußer: Welchen Haushalt haben Sie?)

- Ihren.

Das Interessante daran ist, daß Sie diese Zahl ein bißchen unter der Decke fahren wollen, weil sie zu manchem peinlichen Nachdenken anregt.

(D)

Ich will das einmal verdeutlichen, Herr Finanzminister: Wir haben 1991 gebeten, einen vernünftigen Asylkompromiß durchzusetzen. Sie haben sich dagegen gewehrt. Wir haben es 1992 gewollt, und Sie haben sich dagegen gewehrt. Wir haben es 1993 gewollt, und endlich waren Sie bereit, es auch im Bundesrat mitzutragen.

(Minister Schleußer: Ich, oder wen meinen Sie?)

- Sie, die Landesregierung. Der Ministerpräsident ist ja gerade wieder da.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich war die ganze Zeit hier!)

- Entschuldigung, auf Ihrem Platz. Und da gefallen Sie mir eigentlich am besten.

(Heiterkeit)

(Schauerte [CDU])

- (A) Der Ministerpräsident ist also wieder da, und deswegen möchte ich das noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wäre der Asylkompromiß in der Form, wie wir ihn nunmehr beschlossen haben - mit Ihrer Zustimmung -, rechtzeitig verabschiedet worden, wie es bei gutem Willen möglich gewesen wäre und wie wir es hier im Plenum angemahnt haben, was Sie aber leider abgelehnt haben, wären die geringeren, um zwei Drittel reduzierten Asylbewerberzahlen zwei Jahre früher eingetreten. Das hätte für Deutschland einen um 580 000 Menschen und für das Land Nordrhein-Westfalen um gut 120 000 Menschen geringeren Asylanstrom bedeutet. Das wären zwei Jahre weniger bei der Kostenlast aller öffentlichen Haushalte - auch des Landes - gewesen. Nun greift diese Regelungen - Gott sei Dank -, aber sie hatte früher greifen können und müssen.

(Beifall bei der CDU)

Dann sparen Sie natürlich weiter. Ich will einmal einzelne Gesichtspunkte nennen, zum Beispiel die Studentenwohnraumförderung. Dort reduzieren Sie die Mittel um 100 %. Offensichtlich sind Sie der Meinung, daß wir deutlich weniger Studenten haben, da ein Sättigungsgrad erreicht sei. Ich werde Sie herzlich bitten, auch den Studierenden an den Universitäten zu erklären, daß das Ihre Einschätzung der Lage ist.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Sie wissen: Die Lage ist aber völlig entgegengesetzt. Das kann niemand verstehen.

(Minister Schleußer: Und was passiert mit dem BAföG)

- Wenn wir sagen, man könne das BAföG nicht erhöhen, weil so vielen BAföG gezahlt werden müsse, dann ist das etwas völlig anderes, als wenn ich sage, es seien so viele, und deswegen kürze ich die Wohnungsbau-mittel für die Studenten. Das ist etwas völlig anderes! Das ist sogar das Gegenteil.

(Minister Schleußer: Welche eine Dialektik! - Zuruf von der SPD: Interessante Logik!)

Man könnte sogar zu dem Ergebnis kommen: Damit möglichst viele in den Genuß von BAföG kommen können, kann ich es nicht erhöhen. Die Idee kann man sehr seriös und logisch vertreten. Aber man kann nicht sagen: Wenn die Studentenzahlen explodieren, beantworte ich das damit - gerade bei der Wohnungsproble-

matik, die wir haben -, daß ich die Mittel für die Studentenwohnraumförderung halbiere. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe ja da nicht weniger, sondern ich halbiere die Mittel regelrecht. Ich baue einfach halb so viele Studentenwohnungen wie bisher, und das ist genau der verkehrte Weg in dieser Situation.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Dann wird uns in Bonn gesagt, wir sollten bei Wissenschaft und Forschung etwas tun. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir aus den Situationen, die schon schwierig genug sind, nur herauskommen, wenn wir in die innovativen Bereiche unserer Gesellschaft investieren.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

- Da bin ich völlig Ihrer Meinung, Herr Tschoeltsch. Das paßt mir nicht. Auch in Bonn hätte ich mir an der Stelle einen mutigeren Schritt wünschen können. Aber dieses Land hat jedes Meckerrecht verloren, da es in der Forschung selbst kürzt. Über was wollen Sie sich in Bonn beschweren, wenn Sie es im eigenen Verantwortungsbereich selbst tun?

(Beifall bei der CDU) (D)

Ich möchte einmal sagen, wo Sie nicht sparen. Daran sehen wir genau, daß Sie, Herr Finanzminister, nicht bereit sind umzusteuern.

Ich will einmal den Schulbereich nehmen, bei dem Sie ungerecht vorgehen. Bei den Grund- und Hauptschulen erhöhen Sie die Mittel um 1,5 %. Bei den Gymnasien erhöhen Sie sie um 2,5 %, bei den Gesamtschulen um 8,5 % und bei den beruflichen Schulen um 0,5 %.

(Minister Schwier: Das könnte an den Schülerzahlen liegen!)

- Daran liegt es aber nicht.

(Minister Schwier: Doch!)

Bei Grund- und Hauptschulen, sehr geehrter Herr Kollege Schwier, kann es nicht daran liegen, denn der

(Schauerte [CDU])

- (A) massive Zustrom an Schülerzahlen findet im Moment an den Grundschulen statt.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Richtig! - Beifall bei der CDU)

Die Position habe ich ausdrücklich mit aufgenommen.

Ich bleibe dabei: An diesem bildungspolitischen Zahlen erkennt man genau die bildungspolitische Linie der SPD: Für die Gesamtschulen tun wir alles und halten die Privilegierungstatbestände aufrecht, und in allen anderen Bereichen tun wir wenig - und besonders wenig in der beruflichen Bildung.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist die Lage.

Ich meine, das ist keine glänzende Sparleistung. Das ist auch nicht gut zu erklären.

- (B) Ich will einen anderen Bereich nehmen. Zu den Gemeinden werden wir noch beim Gemeindefinanzierungsgesetz etwas hören. Aber, Herr Finanzminister, Sie sind hingegangen und haben erklärt, die Zuweisungen an die Gemeinden seien fair, die Gemeinden nähmen an der normalen Haushaltsentwicklung teil, ihre Zuweisungen stiegen um 1 %. Da haben alle gesagt: Na gut, wenn die genauso steigen wie der übrige Haushalt, abgezogen die Bundesvereinigungsfrage, ist das vielleicht ein vertretbares Zeichen. Man muß aber genau hinschauen, und dann stellt man fest, daß die Schlüsselzuweisungen parallel um 1 % steigen, die Investitionszuschüsse aber um 22 % abgebaut werden.

Ergebnis: Aus dem parallelen Mitwachsen des Haushalts ergibt sich für die Gemeinden insgesamt ein Minus von 4,5 %, in D-Mark ausgedrückt: ein Minus von 560 Millionen DM. Warum erzählen Sie den Gemeinden das nicht? Warum sagen Sie das Gegenteil? Warum erwecken Sie den falschen Eindruck, als wäre bei dieser Finanzplanung alles in Butter. Nein, die Gemeinden müssen sich im nächsten Jahr auf 560 Millionen DM weniger einstellen - gemessen an dem, was ihnen in diesem Jahr zustand. Das ist wiederum Sparen zu Lasten der Gemeinden.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie vergessen den kreditierten Betrag!)

Das ist genau das Gegenteil von dem, Herr Trinius, was Sie in den Haushaltstexten sagen, Sie wollten keine

Regelungen mehr treffen, einschließlich 1995, die irgendeinen Dritten zugunsten des Landes belasten.

(Minister Schleußer: Richtig!)

Das haben Sie ausdrücklich gesagt. Bei den Gemeinden kürzen Sie das, was Ihnen eigentlich zusteht - 12,5 Milliarden -, auf runde 12 Milliarden. Das sind Schlüsselzuweisungen und Investitionsmittel, und die gehören den Gemeinden genauso wie die Schlüsselzuweisungen. Da brechen Sie Ihr eigenes Versprechen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen der Sparsamste sein und sich gern dafür loben lassen. Mit dem Thema müssen wir uns wirklich noch ein bißchen auseinandersetzen.

Herr Finanzminister, Ihr Vorgänger, Herr Posser, hat 1980/81 eine unglaubliche Sünde begangen hat. Ich habe vorhin die 10,2 Milliarden Neuverschuldung vor dem schmalen Haushalt, den wir damals hatten, erwähnt. Das war eine Katastrophe - alles nur zur höheren Ehre von Helmut Schmidt. Ein teurer Schmidt war das! Also, diese 10,2 Milliarden waren ein schwerer Fehler.

Aber Herr Posser war danach kuriert. Er hat dann von 1982 an, als er auf die Bundesregierung keine Rücksicht mehr nehmen mußte, angefangen, richtig zu sparen. Und das hat dem Land gutgetan. Denn wenn diese Regierung weder unnötige Angriffe fährt noch unnötige Rücksichten auf Bonn nimmt, sondern das tut, was richtig ist, dann tut das dem Land immer gut, Herr Clement!

(Zurufe der Minister Schleußer und Clement)

Herr Posser hat also damals wirklich gespart. Er hat den Haushalt durchschnittlich nur noch um 1,9 % wachsen lassen, und zwar von 1982 bis 1988.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Nein, fragen Sie ihn einmal. Er hat gesagt: Anschließend, nachdem der Schauerte das erkannt hat, war er ganz schön lieb!

(Heiterkeit)

Das wird er auch Ihnen sagen; das garantiere ich Ihnen. Er hat es nämlich mir persönlich gesagt. Und da Herr Posser ein ehrenwerter Mann ist, sagt er Ihnen das gleiche wie mir.

(Schauerte [CDU])

- (A) Durchschnittliche Steigerungsrate also 1,9 %! Das ist dem Land gut bekommen.

Sie als derjenige, der gerne der Sparsamste sein will, haben von 1988 an die Schleus(en) geöffnet - Sie sind ja auch marinisch gut, nämlich im Segeln und allem, was damit zusammenhängt - und haben den Landeshaushalt jährlich im Schnitt um 5 % steigen lassen. Das ist mehr als das Doppelte der Steigerungsrate, die Herr Posser hatte.

Ich will es an einer Zahl deutlich machen: Herr Posser hat 17 000 Beamte und Angestellte im Land Nordrhein-Westfalen eingespart, Sie haben in der gleichen Zeit 8 000 wieder draufgesattelt.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Kennen Sie Ihre Anträge?!)

- Die kennen wir alle! - Aber Sie laufen mit dem Brustton der Überzeugung herum und verkünden: Der Weltmeister im Sparen heißt Schleußer! Eigentlich beleidigen Sie Herrn Posser: Sie sollten ihm an dieser Stelle wenigstens den Vortritt lassen. Aber nein, Herr Finanzminister, Sie haben das Sparen wirklich nicht erfunden, sondern Sie haben die Propaganda vom Sparen erfunden.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Darin sind Sie wirklich kaum zu schlagen. Ich will es einmal mit meinen beschränkten Mitteln versuchen zu verdeutlichen; vielleicht gelingt es ja. Was Sie auf dem Feld fertiggebracht haben, das nötigt jeder Propagandaabteilung den allergrößten Respekt ab. Ich will es ein wenig ausführen.

1991/92 hatten Sie die kühne Idee: Nun überprüfen wir die gesamte Landesverwaltung auf alle Einsparungspotentiale, die es gibt. Wir werden das hart und ohne Tabus tun. - Allein die Äußerung des Gedankens erschien in jeder Tageszeitung auf Seite 1. Breiter Respekt, noch etwas Skepsis, ob er es wohl schafft, aber er war ja ein Mann der Tat: Ich will alles ernsthaft durchforsten.

Und er hob an, eine Kommission einzusetzen. Als er den Leiter der Kommission gefunden hatte, gab das wieder die Seite 1 aller Tageszeitungen im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit)

Als die Kommission zusammengesetzt war, gab das wieder die Seite 1 aller Tageszeitungen, gab es im WDR Berichte, Interviews, Hintergrundgespräche usw. Das Land war voll von dem, was nun auf den Weg kommt.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Und die Menschen faßten Mut!

(Heiterkeit)

Es hätte was werden können!

Ich habe einmal gezählt: Leitartikel und Seite 1, ich glaube, 100 Mal in dieser Phase. Unglaublich! Kompliment an alle, die es angeht!

Und dann wurde gesagt: Jetzt ist jedes einzelne Ministerium dran. Und dann wurde das gleiche bei jedem einzelnen Ministerium wiederholt.

(Heiterkeit)

Ich weiß jetzt auch, warum Sie nicht dafür sind, daß die Zahl der Ministerien im Lande Nordrhein-Westfalen verringert wird - dies fordern wir immer -, nämlich weil Sie diese Möglichkeiten verlieren würden!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Dann haben Sie das gleiche bei jedem Ministerium gemacht: Wiederum immer Seite 1! Kein Ministerium, selbst - mit allem Respekt - das Frauenministerium nicht, war klein genug, um bei diesem Thema nicht auf Seite 1 zu kommen. Die Menschen wollten, daß etwas passiert; die Journalisten wollten, daß die Menschen das wollten, sie wußten, daß die Menschen das wollten; und dann kommt das auch auf Seite 1!

Dann haben Sie 24 Millionen DM für Gutachter ausgeben. Wir hatten Probleme, diese Gutachterkapazität in Deutschland zu organisieren. Wir sind dabei auch über die Grenzen gegangen, weil so viele Gutachter beauftragt werden mußten, um das zu überprüfen.

Die Benennung des gutachterlichen Unternehmens und die Aufnahme der gutachterlichen Tätigkeit: Seite 1!

(Heiterkeit)

Und dann wurde geprüft. Zwischenergebnisse: Seite 1!

(Schauerte [CDU])

(A) Dann wurde das Gutachten vorgestellt: Seite 1!

Dann wurde verkündet, daß sich das Kabinett mit dem Gutachten beschäftigt: Seite 1!

Dann beschloß das Kabinett etwas: Seite 1!

Dann beschloß die Fraktion das Gegenteil: Seite 1!

(Beifall und große Heiterkeit)

Es war nicht zu fassen! Daher kommt der Ruf des Herrn Schleußer, er sei ein guter Mann. Das sagen die Menschen. Und bei einer solchen Propaganda müssen sie es glauben. Also: Immer Seite 1!

Jetzt habe ich nachgesehen, in diesem Haushalt, denn jetzt vor der Wahl, jetzt wird den Menschen, die das so wollten, die das mit solcher Inbrunst gelesen haben, eine Bilanz vorgelegt. Zunächst einmal habe ich folgendes gefunden: Insgesamt haben wir bis jetzt 24 Millionen DM für Gutachten ausgegeben, und weitere 24 Millionen DM werden es bis Ende 1995 sein. Also insgesamt Gutachteraufträge für 48 Millionen DM.

(Zuruf von der SPD: Seite 7!)

(B) Ich darf anerkennend sagen: In manchem Gutachterbüro wurden neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall und große Heiterkeit bei der CDU)

Was mich daran stört, ist, daß einige dieser Gutachter nicht im Lande Nordrhein-Westfalen wohnen. Insofern war die Sache etwas fehlgeleitet. Aber so viele Gutachter gab es in Nordrhein-Westfalen nicht. Und man konnte nicht alles bei Herrn Kienbaum machen lassen, denn dann wäre daraus fast der Verdacht einer Koalition mit der F.D.P. entstanden.

(Heiterkeit)

Ergebnis: 48 Millionen DM wurden ausgegeben.

Was ist denn erreicht? - Eine Zahl, die wir alle im Kopf haben, ist: 7 300 Stellen werden abgebaut.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Seite 1!)

- Seite 1, immer! - Und der Finanzminister sagt auch noch in seiner Rede, er hätte diese Sparleistung und dieses geringe Wachstum nur erreichen können, weil er

so konsequent abgebaut hätte; das sei alles schon umgesetzt. (C)

Ich habe gedacht: Da mußt du ja entsprechendes im Haushalt finden. Ich habe mich hingesetzt, habe nachgesehen und habe es sogar gefunden; das ist ja gar nicht so einfach. Und wissen Sie, was da steht? - Bis heute: 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und bis Ende 1995 - über den Haushalt sprechen wir hier - sollen es 334 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. - Hören Sie einmal, Herr Schleußer, die hätten wir aus den Zinsen der Gutachterkosten bezahlen können!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Schauerte, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Trinius zu?

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich bin gerade so gut drauf. Lassen Sie es einmal so durchgehen.

(Heiterkeit)

Mit Verlaub, Herr Trinius.

Dann hat er noch in seiner Rede ernsthaft gesagt - und alle haben das ganz andächtig gehört -, Nordrhein-Westfalen hätte die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für Regierungshandeln und sei auf diesem Feld unglaublich günstig. (D)

(Zuruf: Seite 1!)

- Natürlich Seite 1.

Wissen Sie, dies kann man alles nicht mehr fassen. Ich will das einmal an einem einfachen Beispiel deutlich machen: Wenn der Oskar Lafontaine, dieser etwas größere Oberkreisdirektor von der Saar,

(Heiterkeit)

bei der CDU 300.000 DM Jahresgehalt hat - von den Nebenkosten wollen wir nicht reden, die der so verursacht; es können Hauptkosten sein - und dies durch die 1,7 Millionen Menschen geteilt wird, dann müssen diese 1,7 Millionen Menschen zehnmal soviel für ihren Oskar bezahlen wie 17 Millionen Menschen für ihren Rau, der ja auch 300.000 DM erhält. So geht der Finanzminister vor. Er sagt, in Nordrhein-Westfalen sei es billiger. Wir haben nur einen Ministerpräsidenten und 17 Millionen Menschen, die für ihn bezahlen.

(Schauerte [CDU])

- (A) Dann zahlt ein Mensch für diesen Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen weniger als einer von den 1,7 Millionen Menschen im Saarland für seinen Ministerpräsidenten.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, bei dieser Betrachtung sind Sie ein Pfennigskandidat. Das ist klar. Aber dafür können Sie nichts, es sei denn, wir würden in Nordrhein-Westfalen noch ein paar Ministerpräsidenten ernennen, damit wir endlich in die gleiche Lage wie beim Ministerpräsidenten im Saarland kommen. Aber so können wir nicht miteinander umgehen. So können wir die Leute doch nicht betrügen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist doch eine Verdummung der Menschen in diesem Land. Wir können doch nicht allen zumuten, daß Sie diese Anstrengung selber übernehmen und das untersuchen. Die müssen sich doch auf solche Aussagen verlassen können. Es ist wirklich unanständig, die Menschen mit solchen dummen Geschichten in die Irre zu führen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

- (B) Ich kann dazu nur sagen, daß dabei diese alte englische Weisheit zum Tragen kommt. Bei dieser Landesregierung und bei dem, was hier vorgetragen wird, gilt wohl: Trau keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast.

So sollten wir nicht mit den Menschen umgehen. Wir sollten die Zahlen korrekt und sauber nennen, wir sollten sie erkennbar, klar und wahr nennen, wie das die Prinzipien in der Haushaltsdebatte besagen, aber nicht solche geschönten Operationen vornehmen, die am Ende Ihrem Ruf mehr schaden, als Sie annehmen.

Wir kommen damit zu dem Punkt "Neuverschuldung": Ich höre schon, was nachher in der Debatte gesagt werden wird: Was reden wir über die lächerliche Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen, wo das doch in Bonn so viel ist.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Von wem denn? - Zuruf von der CDU: Von Trinius!)

- (C) Ich habe 14 Jahre, Herr Trinius, meine Diäten - ob viel oder wenig - dafür bekommen, daß ich mich um die Fragen in diesem Land kümmere.

(Beifall bei der CDU)

Mir ist jede Milliarde DM Neuverschuldung in diesem Lande, die vermeidbar gewesen wäre, ein Ärgernis und ein Stück Weggabe von Gestaltungsmöglichkeiten und Zukunft für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Darüber wollen und müssen wir hier reden. Alles andere ist ein Schattenboxen an anderer Stelle.

Herr Finanzminister, Sie haben seit 1988 34,4 Milliarden DM neue Schulden bis zu einem Betrag von jetzt 121 Milliarden DM gemacht. Das ist entschieden zuviel. Das tut weh, und das hatte dieses Land nicht verdient. Das hätte bei wirklich angestrengtem Sparen - Sie sollten in dieser Situation nicht nur Finanzminister, sondern auch Sparminister sein - deutlich reduziert werden können.

Lassen Sie uns dabei nicht auf ein oder zwei Milliarden DM festlegen, die wir zusätzlich hätten erwirtschaften können, sondern es wären viele Milliarden gewesen, wenn Sie den Mut gehabt hätten, Ihrer eigenen Fraktion zu sagen: So machen wir an dieser oder an jener Stelle nicht mehr weiter.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

(D) Ich habe vorhin als Beispiel genannt, was uns jährlich die Gesamtschulen kosten. Ich habe meine erste als Sprecher gehaltene Haushaltsrede durchgelesen, die ich hier vor 10 Jahren halten durfte. Da war die Gesamtschule mit 100 Millionen DM privilegierten Mehrkosten bereits ein Thema. Rechnen Sie nur einmal bei diesem einen Thema aus der Vergangenheit bis heute alles zusammen, dann wissen Sie schon, wo Milliarden geschlummert hätten, mit denen wir Sinnvolleres, Besseres und Wertvolleres hätten machen können - und wenn wir nur die Verschuldung verringert hätten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist also eine schlechte Bilanz.

Ich komme nun zu dem Punkt, wie ich diesen Haushalt bewerten muß, und zwar auch vor dem Wahlkampf, den wir haben: Sie haben sich große Mühe gegeben, ihn intelligent zu verpacken. Einige Sachverhalte sind

(Schauerte [CDU])

- (A) selbst mir aufgefallen; deswegen konnte ich sie hier vortragen. Ich behaupte nicht, daß ich schon alles erkannt hätte. Wir werden da noch einmal nachsehen. Wir werden jetzt ja in die Beratung einsteigen. Wenn ich dies für mich zusammenfassen sollte darauf, welche Überschrift ich Ihrem Haushalt geben sollte, dann würde ich folgende sagen: Er ist ein raffinierter, aber schädlicher Wahlkampfhaushalt.

(Beifall bei der CDU)

Sie behaupten zu sparen, weil das populär ist. Dazu gibt es ja mittlerweile Umfragen. Das sage ich auch als Ermutigung an alle diejenigen, die manchmal meinen, man sollte beim Sparen zurückhaltend sein. Nach neuesten Umfragen sagen 70 % der Menschen, es müsse gespart werden.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber immer woanders!)

- Ja, okay. Sie sagen aber, es müsse gespart werden. Das ist schon einmal etwas. 70 % der Menschen sagen, es müsse privatisiert werden. Das ist auch schon etwas. Das hatten wir früher nicht. Da hat sich in den Köpfen der Menschen etwas getan. Sie haben erkannt, welche Probleme wir haben und auf welche wir zulaufen.

- (B) Deswegen behaupten Sie zu sparen, aber Sie tun nirgendwo weh.

(Minister Schleußer: Ich habe eben anderes gehört! Das haben Sie gerade anders gesagt!)

- Nein, ich habe doch gerade gesagt, daß Sie zwar Gutachter bezahlt haben, aber das tut niemandem weh, außer denjenigen, die sich damit beschäftigen müssen, weil sie mehr Arbeit haben.

(Minister Schleußer: Was ist mit dem Sozialskandal?)

- Ich habe ja gesagt, 620 Millionen DM davon - das habe ich doch vorgeschlagen, Herr Finanzminister - sind Asylbereich. Das ist Gott sei Dank eine Einwirkung, die niemandem weh tut; denn diese Menschen kommen nicht mehr nach Deutschland, und deswegen brauchen wir für sie nicht mehr zu bezahlen. Das tut Gott sei Dank niemandem weh. Das war ein großer Schritt, den Ihnen die Gesetzeslage in Bonn, die wir leider erst so spät bekommen haben, geliefert hat.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber keine Sparanstrengung. Sie müßten ja geprügelt werden, wenn Sie eine solche Verbesserung der Ausgabensituation nicht in den Haushalt einstellen wollten. Für so etwas kann man sich doch nicht rühmen. Dafür gehört dem Herr Schäuble, der an diesem Kompromiß unglaublich viel gearbeitet hat, ein Dankeschön. Das sollten Sie überhaupt einmal aussprechen, Herr Schleußer.

(Beifall bei der CDU)

- Ja gut, Sie haben mitgeholfen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Um zwei, drei Jahre zu spät!)

Ich sage doch: Erst einmal muß jemand die Idee haben. Dann haben wir zwei Jahre darum gekämpft, daß Sie unserer Idee folgen; Sie haben immer abgelehnt. Und als Sie es dann getan haben, mußten wir dankbar sein, daß Sie so spät vernünftig geworden sind. Aber das Dankeschön gehört doch dem Initiator dieser Geschichte.

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen mit diesem Haushalt Ihre Klientel- und Lieblingskindpolitik fort. Sie werden deswegen Ihrer Verantwortung leider nicht gerecht.

Ich könnte jetzt Standorte nehmen. Wenn die Opposition mehr wissenschaftliche Zuarbeit hätte, wenn sie nur über ein Quentchen dessen verfügen könnte, was ein Finanzminister an Zuarbeit, Begleitung und Unterstützung hat, könnten einmal - das wäre hochinteressant - die Wohnsitze der Minister dieses Landes daraufhin untersucht werden, wie viele Zuschüsse sie bekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Bis nach Wuppertal würden wir kommen und zu dem Ergebnis gelangen: Unter dem Schwanz des Löwen - so hieß es früher; ich kann das nicht auf den Minister übertragen, weil das zu komischen Alliterationen führen würde -

(Heiterkeit bei der CDU)

sitzt man am sichersten. Dahin kommt das Geld. Dort wird gesorgt. Da sorgt man für sich. Da baut man sich seine eigenen Denkmäler. Die Ehrenbürgerschaft in der

(Schauerte [CDU])

- (A) jeweiligen Kommune wird langfristig auf Kosten der Allgemeinheit vorbereitet.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Das ist eine glatte Unverschämtheit! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das gilt auch für Matthiesen!)

- Matthiesen ist gerade nicht da, aber er ist an der Stelle Weltmeister; das wissen wir.

(Beifall bei der CDU)

Es hat Haushaltsjahre gegeben, in denen die Mittel, die für solche Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, in einem, wie ich schätze, über hälftigen Prozentsatz in seinen Wahlkreis geflossen sind. So sorgt er für seine Leute.

(Beifall bei der CDU)

Aber das hat mit Üblichkeit, mit Objektiviertheit, mit Zulässigkeit des Verfahrens, mit ordnungsmäßiger Verwaltung,

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

mit gerechter Verteilung, Herr Schultz, nichts mehr zu tun.

(B)

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Da gibt es ganz andere Beispiele!)

Das kann so nicht weitergehen;

(Beifall bei der CDU)

das ist Verteilungspolitik nach Gutsherrenart, aber nicht nach demokratischen Gepflogenheiten.

(Zurufe von der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Wie würden Sie das denn machen? Doch nicht anders! - Gegenruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU]: Doch, wir würden es anders machen!)

Was ist zu tun, Frau Höhn? Diese Frage stellen Sie sich doch auch. - Wir müssen nicht vom Umbau reden, sondern handeln, die Propaganda einstellen und etwas Konkretes tun. Wie oft haben wir hier vorgetragen, daß wir möchten, daß die Privatisierung ernsthaft vorangetrieben wird, daß mit den Erlösen aus dieser Privatisierung Projekte für den Strukturwandel im Lande Nordrhein-Westfalen finanziert werden können? Das ist

eine nach wie vor richtige Forderung; der Finanzminister nähert sich ganz vorsichtig dieser Frage. Aber er muß sich öffnen, auch dem Komplex, die WestLB auf 25,1 % Beteiligung des Landes zurückzuführen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Der Staat braucht keine 43%ige Beteiligung an einem so großen, weltweit tätigen Institut. Ich habe noch Verständnis dafür, wenn gesagt wird, man wolle den Fuß drinhalten. Dazu reichen aber 25,1 %. Die Sparkassen haben uns in einem Hearing hier in diesem Plenarsaal versichert, sie könnten den Kaufpreis, der bei einigen Milliarden DM liegen könnte, aus der Westentasche bezahlen. Das stammt nicht von irgend jemandem, sondern vom Präsidenten des zuständigen Sparkassenverbandes.

(Minister Schleußer: Völliger Quatsch!)

- Herr Fröhlings hat beim Sparkassen-Hearing hier auf meine Frage vor vielen Zeugen erklärt, wenn wir unsere Privatisierungsgeschichte in Richtung WestLB auf 25,1 % entwickeln wollen und die Sparkassen diese Sache übernehmen sollen, könnten die Sparkassen das.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Er hat die Frage nicht verstanden!)

Und Herr Fröhlings hat weiter erklärt: aus der Westentasche.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine starke Aussage. - Das heißt, wir wollen nicht den öffentlich-rechtlichen Bankensektor schädigen, sondern wir wollen die politische Position des Landes ein Stück zurücknehmen und die WestLB zu einer stärkeren Bank der Sparkassen machen; das sollte sie nämlich in eigentlichem Sinne in Zukunft auch sein.

(Beifall bei der CDU)

Sie aber nähern sich diesem Thema nicht.

Haben Sie einmal untersucht, Herr Finanzminister Schleußer, welche falschen Schwerpunkte Sie zwischen groß und klein gesetzt haben, wie viele Milliarden Sie in den letzten zwanzig, dreißig Jahren in die großen Strukturen im Lande gesteckt haben und wie sehr Sie die mittelständischen Strukturen vernachlässigt haben?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Nicht richtig!)

(Schauerte [CDU])

- (A) Diese Frage wäre einmal eine Untersuchung wert. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Mittelstandslücke. Alle wissen dies mittlerweile. Selbst die GRÜNEN haben es kapiert, selbst die PDS hat es kapiert.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Was heißt "selbst die GRÜNEN"?)

Die PDS hat jetzt eine Mittelstandsvereinigung gegründet, Herr Ministerpräsident; das müssen Sie sich einmal vorstellen. Selbst die PDS hat es kapiert: Die neuen Arbeitsplätze finden nicht mehr in den Verwaltungen statt, nicht mehr in den großen Konzernen, sondern im lebendigen, innovativen, entwickelten Mittelstand. Und der hat hier in Nordrhein-Westfalen bei dieser Regierung schlechte Karten.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Nein, nein, nein!)

Sie reden, und meine Überschrift lautet: Vom Umbau nicht reden, sondern handeln. - Daß Sie das schon häufig gesagt haben, bestreite ich gar nicht. Aber was ist denn konkret getan worden? Nennen Sie doch einmal die Millionenbeträge für den Mittelstand und die Milliardenbeträge für Großkonzerne. Wir haben in den zurückliegenden Jahren Milliarden - ich behaupte: zig Milliarden - in wirtschaftspolitische Sterbehilfe investiert und lächerliche Millionenbeträge in zukunftsichere Geburtshilfe. Das ist das Dilemma im Lande Nordrhein-Westfalen.

- (B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie die Wirtschaft nicht auf Trab bringen können, Herr Finanzminister - dabei müßten Ihnen natürlich endlich einmal ein geeigneter Wirtschaftsminister und eine Fraktion helfen, die kapiert, daß das sein muß -

(Beifall bei der CDU)

kommen wir aus dem Dilemma, in dem wir sitzen, nie heraus; denn Steuererhöhungen können ja wohl nicht das Rezept sein. Wir wissen, daß es dann erst richtig bergab geht. Wir müssen diesen Wirtschaftsfaktor mobilisieren und entwickeln.

Ich habe auch da noch eine Propaganda-Abteilung im Ohr, als der Minister immer wieder gesagt hat: Nordrhein-Westfalen hat den Anschluß geschafft.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Hat er jetzt wieder vorgetragen!)

(C) Da haben wir gedacht: Jetzt können wir uns ein bißchen erholt zurücksetzen, jetzt ist alles in Ordnung, jetzt geht es voran. - Nichts ist passiert. Nordrhein-Westfalen ist, wenn es heruntergeht, nach wie vor schlechter als der Durchschnitt der westdeutschen Länder und, wenn es heraufgeht, langsamer als der Durchschnitt der westdeutschen Länder - auch in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir überhaupt keine Veranlassung zu sagen: Wir haben den Anschluß geschafft. - Es hat in den dreißig Jahren immer einmal eine Phase gegeben, in der wir im Zuwachs oder in der Veränderung 1 %, ein halbes Prozent oder auch einmal 0,3 % schlechter waren, aber im Prinzip jedes Jahr in einem Korridor zwischen 1, 0,2 und 0,1 % schlechter. Das über Jahre aufaddiert, ergibt Milliardenbeträge an Bruttosozialprodukt, ergibt Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Deswegen haben wir im Lande Nordrhein-Westfalen eine deutlich über dem Bundesdurchschnitt und über unserem Bevölkerungsanteil liegende Arbeitslosenquote, die eine schwere Hypothek ist, die den Menschen, die das ertragen müssen, wirklich genommen werden mußte.

(D) Ich meine, ich muß wegen der heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen in diesem Zusammenhang einen kurzen Blick in die neuen Länder werfen, um die Dimension des Wandels und der Veränderung deutlich zu machen, die sich da vollzogen haben und die in Nordrhein-Westfalen nicht richtig gelungen sind.

(Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Wir müssen heute feststellen - das sind die neuesten Arbeitsmarktzahlen -, daß in den neuen Ländern eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 14,7 % herrscht - nach vier Jahren Umbau eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 14,7 %! Das ist deutlich weniger als nach dreißigjähriger SPD-Regierung die Arbeitslosenzahlen in Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da sind viele abgewandert!)

Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen haben nach 30 Jahren ach so erfolgreichen Umbaus heute immer noch eine höhere Arbeitslosigkeit als der Durchschnitt der neuen Länder nach vier Jahren Anstrengung.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte [CDU])

- (A) Darauf, daß das in den neuen Ländern schon so weit ist, sind wir stolz. Das ist eine dolle Leistung, an der viele mitgewirkt haben. Die lassen wir uns auch von niemandem kaputtreden.

(Beifall bei der CDU)

Das Land Nordrhein-Westfalen unter seiner SPD-Regierung mit viel besseren Voraussetzungen hat diesen Umbau in seinen Problembereichen in 30 Jahren nicht so weit geschafft, wie wir es hier in vier Jahren organisieren konnten. Das tut weh, aber das ist wahr.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU wird als Opposition keine Versprechungen abgeben. Wir werden Vorschläge machen, wie die Neuverschuldung reduziert werden kann. Wir werden ernsthaft um einen Umbau dieses Landeshaushalts ringen. Wir werden den Bürgern den Wettbewerb nicht liefern. Wenn Sie den Wettbewerb haben wollen, wie das wohl in Bonn nach der Methode "wer am meisten spricht, bekommt auch am meisten Wähler" ist, dann sollen Sie ihn allein bestreiten. Wir beteiligen uns an diesem Wettbewerb nicht. Damit Sie verstehen, was ich damit meine - -

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie haben schon genug "blühende Landschaften" versprochen!)

(B)

- Herr Schultz, hören Sie einmal zu -: Wissen Sie, Herr Lafontaine, dieser glänzende Finanzfachmann der Saar, der dort seine Bewerbungsunterlagen so gut in Ordnung hat, daß er sie unter Verschluss hält - -

(Minister Schleußer: Sie wollten doch keine Bonner Diskussion!)

- So ein kleiner Schlenker ist ja wohl erlaubt.

(Lachen des Ministers Schleußer)

Dieser Finanzfachmann Lafontaine hat also ein Förderungsprogramm aufgestellt. Ich darf Ihnen das vortragen:

- Kommunale Investitionspauschale Ost 3 Milliarden DM,
- Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik 5 Milliarden DM,
- Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose 1 Milliarde DM,

- Wiederherstellung der Schlechtwettergeldregelung (C) 1 Milliarde DM,
- gesamtdeutsches Zukunftsinvestitionsprogramm 5 Milliarden DM,
- Abgabe von Treuhandliegenschaften an die neuen Bundesländer 2 Milliarden DM,
- Altschuldenhilfe für kommunale und andere Unternehmen in Ostdeutschland 2 Milliarden DM,
- jährlich 100 000 neue Sozialwohnungen!

Herr Schultz, hören Sie zu! Ich möchte einmal sehen, wer die bezahlt. Die Kosten betragen 10 Milliarden DM in einem Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Das sind nur nebenher 10 Milliarden DM. Die Investitionsförderung durch staatliches Risikobeteiligungskapital beträgt 1 Milliarde DM.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie müssen einmal ein bißchen genauer lesen!)

- Zusätzliche Hermes-Deckung für ostdeutsche Produkte 2 Milliarden DM,

- Sonstiges 2 Milliarden DM!

Das sind 34 Milliarden DM zusätzlich. Dann kommen weitere Dinge, bei denen man nicht weiß, woher das Geld kommen soll.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Alles investiv, Herr Kollege!)

- Finanzierung Arbeitsmarkt Ost 10 Milliarden DM,

- 250 DM Kindergeld monatlich für jedes Kind und 100 DM monatlich mehr für das vierte Kind!

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Lesen!)

15 Milliarden! Woher es kommen soll, weiß man nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] - Abgeordneter Trinius [SPD]: Alles investiv!)

- Verbessertes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel 1 Milliarde DM! Das sind weitere 26 Milliarden DM.

(Schauerte [CDU])

(A) Jetzt sage ich Ihnen das einmal, Herr Schultz: Das kommt alles zu dem, was man bei der CDU erkennbar will.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Herr Geißler wollte doch sagen: 300 DM Kindergeld für jedes Kind!)

- Nicht da weniger, sondern obendrauf! Herr Schultz, Sie sollten sich mit Ihrem Parteiprogramm beschäftigen, wenn Sie nicht jede Ernsthaftigkeit verlieren wollen!

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

Wissen Sie, was mich in dem Zusammenhang interessiert oder erstaunt? Ich habe den Finanzminister mit seiner Rede mit großer Konzentration angehört. Ich muß sagen, über weite Strecken war das ein sehr moderater Vortrag. Er hat - völlig anders als Lafontaine usw. -, was die Polemiken gegen Bonn betrifft, wirklich das unabweisbar Notwendige getan. Ich will es einmal so sagen: Weniger wäre fast schon nicht mehr möglich gewesen. Es war über weite Strecken sachlich.

(Zuruf des Ministers Schleißer)

(B) - Das zeichnet Sie vor Herrn Lafontaine aus. Herr Lafontaine hat von diesen Dingen so wenig Ahnung, daß er herumballern kann. Er addiert nie, was er sagt. Das ist sein Problem. Sie versuchen wenigstens, das zu addieren, und möchten sich nicht bei offenen Widersprüchen fangen lassen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen beiden, das will ich gern zugeben.

Aber was mich so verwundert hat, ist, daß ich von dem Finanzminister dieses Landes zu den politischen Wünschen und Versprechungen der Bundes-SPD insgesamt keine einzige abschließende Stellungnahme kenne. Ich unterstelle jetzt einmal, Herr Finanzminister, daß Sie selber wissen, daß Sie sich, wenn Sie sie positiv aufgreifen würden, um jede finanzpolitische Reputation bringen würden. Das wollen Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das kann ich verstehen. Denn man muß sich nicht für jeden Unsinn seiner Parteifreunde verheizen lassen.

(Minister Schleißer: Aber warum machen Sie das dann?)

- Das fällt mir auch nicht ein. Wenn meine Leute so einen Unsinn machen würden, würde ich mich auch

nicht einfach davorstellen. Das Recht haben Sie. Aber wir haben das Recht, deutlich zu machen, daß das, was Herr Lafontaine vorschlägt, nicht bezahlbar und wieder die alte Masche ist: Versprich den Leuten viel und hol ihre Wählerstimmen ab. Wenn du sie dann hast, mach mit ihnen, was du willst. - Nicht mit uns!

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluß. - Wir müssen in NRW unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen die Entschuldigungen nicht bei anderen suchen und das Schwarze-Peter-Spiel sein lassen. Die Menschen werden uns fragen, was wir in unserer Verantwortung in Düsseldorf getan haben. Dafür möchte ich Rechenschaft ablegen. Sie wollen von uns eine Antwort darauf. Für Nordrhein-Westfalen muß ich leider feststellen: Die politische Mehrheit in diesem Haus ist dieser Verantwortung nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt insbesondere für den Ministerpräsidenten Rau, der alles tut und auch 61 Tage Wahlkampf machen will, wie er seiner Fraktion versprochen hat, aber herzlich wenig tut, um dieses Haus, für das er zuallererst gewählt ist, für das er zuallererst bezahlt wird, in Ordnung zu bringen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht der Abgeordnete Trinius. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Abgeordneter Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist ein Haushalt vorgelegt worden, der durch folgendes gekennzeichnet ist:

Es ist ein Haushalt ohne Wahlgeschenke. Auch Ihnen, Herr Schauerte, ist es nicht gelungen, auch nur ein einziges Wahlgeschenk nachzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir wissen, daß die Bürger solide Finanzen von allen öffentlichen Haushalten erwarten. Wer mit einem

(Trinius [SPD])

A) soliden Haushalt auch in den Wahlkampf, den Landtagswahlkampf oder den Bundestags- oder Kommunalwahlkampf, geht, der sichert die Zukunft dieses Landes.

Es ist ein Haushalt mit Schwerpunkten, und zwar dort, wo es um die wichtigsten Lebensbereiche der Bürger geht. Ich will darauf nachher zurückkommen.

Es ist ein Haushalt der Kontinuität.

Es ist ein Haushalt, der trotz aller Schwierigkeiten neue Herausforderungen konstruktiv aufgreift.

Es ist ein Haushalt, der bei weitem nicht alle Wünsche befriedigt. Das kann man dem Haushalt entnehmen. Ihre Fachpolitiker, die Jugendpolitiker, die Familienpolitiker, werden Sie, Herr Kollege Schauerte, und diesen Landtag mit neuen Forderungen nach mehr Geld an dieser und jener Stelle bedrängen.

Es ist ein Haushalt, der unter den gegebenen Bedingungen, die für alle gleich gelten sollen, mit den Gemeinden fair umgeht. Ihre Behauptung, die Sie hier aufgestellt haben, das Land plündere die Gemeinden aus, ist grundfalsch! Der Verbundsatz für die Gemeinden bleibt unverändert bei 23 %. Die Verbundgrundlagen bleiben unverändert wie bisher. Die Grunderwerbsteuer ist, wozu das Land nicht verpflichtet ist, in die Verbundmasse einbezogen.

(B)

Wenn sich trotzdem eine Veränderung nach unten ergibt, Herr Kollege Schauerte, dann liegt das daran - was Sie verschweigen -, daß das Land Nordrhein-Westfalen unseren Gemeinden für das Jahr 1994 knapp 300 Millionen DM zusätzlich gewährt hat, die es hätte abziehen müssen, wenn man die Steuerentwicklung auf die Gemeinden noch im Jahre 1994 hätte durchschlagen lassen. Diese auf ein Jahr kreditierte Summe wird jetzt wieder in Abzug gebracht. Nichts anderes ist geschehen.

Es ist darüber hinaus ein Haushalt, der einfallsreich ist. Darauf hat auch der Kollege Schauerte hingewiesen. Denn wir trennen uns von Beteiligungen des Landes, die einmal Bedeutung für die Struktur unseres Landes hatten; aber wir stopfen damit keine Haushaltslöcher, sondern die Erlöse, die wir daraus erzielen, führen wir einer gesonderten Rücklage zu, um für neue Aufgaben strukturpolitische Mittel bereitstellen zu können.

Es ist ein Haushalt der Vorsorge.

Es ist ein Haushalt, der finanzpolitischen Notwendigkeiten gerecht wird, und er paßt sich dem Motto ein: sparsam, aber gerecht.

(C)

Die Gesamtentwicklung der landeseigenen Ausgaben beträgt 1 %. Es ist doch kein Zufall, daß sich alle Finanzminister der Länder um der Vergleichbarkeit willen darauf verständigt haben, die Leistungen der Länder für den Fonds "Deutsche Einheit" und im Länderfinanzausgleich nicht bei der Ermittlung der Ausgabensteigerungsquote anzurechnen.

Ich will Ihnen auch sagen, weshalb das so viel Sinn macht: Es gibt Länder in der Bundesrepublik (alt), die zu diesen Leistungen nicht herangezogen werden oder dabei auf Jahre weniger herangezogen werden. Und es gibt Länder, die voll herangezogen werden; dazu gehört Nordrhein-Westfalen. Wir leisten sogar etwas für finanzschwache Länder wie das Saarland oder Bremen, damit die ihre Mittel zur Abgeltung des Fonds "Deutsche Einheit" aufbringen können.

Wenn man das alles außen vor ließe, dann wären die, die wenig leisten können, sozusagen die "sparsamen", und die, die viel leisten können, wären die, die die Ausgaben explodieren lassen. Deswegen wäre das völlig unvergleichbar, und man muß diese Beträge abziehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

(D)

Herr Kollege Schauerte, in dem Zusammenhang eine Bemerkung! Vor vier Jahren lautete das alles noch anders. Heute sagen Sie: Wir zahlen für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in den wieder aufgelebten sechs oder fünf Ländern 5,2 bis 5,3 Milliarden DM. Richtig! Vor vier Jahren hörte sich das noch ganz anders an. Da sind Sie hier im Landtag aufgestanden und haben gesagt, Nordrhein-Westfalen verdiene an der deutschen Einheit.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: In den Jahren stimmte das auch!)

Wenn Sie das, was Sie damals gesagt haben, noch einmal mit dem vergleichen würden, was Sie heute sagen, dann würden Sie feststellen: Es war gedankenlos, was Sie damals gesagt haben,

(Beifall bei der SPD)

und es ist gut, daß wir uns im Haushalts- und Finanzausschuß und mit dem Finanzminister darauf verständigt haben, daß das, was geleistet wird, wirklich sau-

(Trinius [SPD])

(A) ber, kontrollierbar ausgewiesen wird. An diesen Zahlen kommen Sie inzwischen auch nicht mehr vorbei!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Alles Quatsch, Herr Trinius!)

1 % Steigerung der eigentlichen Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen - und das vor einem schwierigen Hintergrund; denn es gibt eine Reihe von Ausgaben, die ganz erheblich steigen; dazu gehören die Personalausgaben. Sie steigen, wie Sie es richtig genannt haben, allein um 3,7 % und erreichen jetzt eine Größenordnung von mehr als 33 Milliarden DM.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, darf ich Sie einmal unterbrechen! - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte zulassen?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ja!)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich bedanke mich, obwohl ich es vorhin nicht zugelassen habe. Es war keine böse Absicht.

Herr Kollege Trinius, können Sie sich daran erinnern, daß wir im ersten Jahr der Wiedervereinigung maximal 250 Millionen DM in die neuen Länder als konkreten Abfluß gezahlt haben und wir zu diesem Zeitpunkt für etwa 20 Milliarden DM aus nordrhein-westfälischer Produktion in die neuen Länder lieferten und allein die Steuereinnahmen aus diesem Bereich den Betrag bei weitem überschritten haben, den wir aus dem Haushalt geliefert haben?

(B)

Abgeordneter Trinius (SPD): Herr Kollege, das war der alte Streit: Was wollen wir eigentlich zugrunde legen - wollen wir das zugrunde legen, was in unserem Namen vom Fonds Deutsche Einheit an Kredit aufgenommen und in die neuen Länder transferiert wird, oder wollen wir lediglich das aufnehmen, was an Annuität für solche Kredite fällig wird? Dann ist die Annuität im ersten Jahr natürlich außerordentlich gering. Das kann bei einem kreditfinanzierten Fonds gar nicht anders sein.

Deswegen haben wir hier immer sauber zwischen dem Geld, das unmittelbar in den neuen Ländern im ersten Jahr wirksam wurde, und dem Geld, was wir als Annuität im ersten und im zweiten Jahr zu leisten hatten, unterschieden. Das ist sauber unterschieden worden.

Zeugnis für die Solidität der nordrhein-westfälischen Finanzen ist auch, daß Nordrhein-Westfalen im Länderfinanzausgleich künftig der potenteste Zahler sein wird - vor Bayern, vor Baden-Württemberg, vor Hessen und anderen.

(C)

Für unsere Finanzen ist das zwar nicht gerade erfreulich - Sie haben die Zahl richtig genannt -, aber wir stehen zu dem, was wir hier tun. Wir sind zuverlässige Garanten für den Aufbau der neuen Länder, und zwar von Anfang an.

Die Leistungen, die Nordrhein-Westfalen erbringen wird, messen wir auch an dem, was Nordrhein-Westfalen in den Aufbaujahren der Bundesrepublik (alt) nach dem Kriege bis weit in die 70er Jahre hinein getan hat. So wie sich damals alle Länder auf das finanzstarke Nordrhein-Westfalen verlassen konnten, so werden sich auch die neuen auf Nordrhein-Westfalen verlassen können - nach Maßgabe unserer Steuerkraft.

Wenn das alles geleistet werden soll, zwingt dies natürlich dazu, daß wir Einsparungen in unserem Lande vornehmen müssen - wenn wir das Ziel erreichen wollen, daß in der mittelfristigen Finanzplanung angelegt ist, daß wir eine Quote bei der Nettokreditaufnahme in den künftigen Jahren bekommen, die auch vor der Zinsentwicklung im Gesamthaushalt Bestand haben kann.

Wir hoffen, dieses Ziel in den Jahren 1988 und 1989 erreichen zu können. Es ist aber darauf hingewiesen worden, daß die Jahre 1995 und 1996 für alle alten Länder und auch für unsere Gemeinden die schwierigsten Jahre sein werden. Mit dieser Aussage gehen wir sowohl in den Kommunalwahlkampf wie auch in den Landtagswahlkampf im Mai nächsten Jahres.

(D)

Sie haben gesagt, der Finanzminister verschweige, daß die Umsatzsteuer in Nordrhein-Westfalen nach der Erhöhung von 37 % auf 44 % erheblich anwachsen und daß dadurch Milliardenbeträge zusätzlich in die Landeskasse fließen. Sie haben die Zahl genannt: 1,3 Milliarden DM.

Herr Kollege Schauerte, natürlich fragt sich jeder Bürger: Wenn der Länderanteil von 37 % auf 44 % bei der Umsatzsteuer steigt - wo bleibt das Geld? Das muß doch in den Länderkassen klingeln.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das meiste geht direkt nach Osten!)

(Trinius [SPD])

- (A) Aber, es handelt sich um den Anteil der Ländergesamtheit. Bis auf einen Rest wird dieser Anteil der Ländergesamtheit nach der Zahl der Einwohner in den einzelnen Ländern verteilt. Dabei ist das Ergebnis, verglichen mit dem alten Recht, das noch bis 1994 galt - wenn man sich vorstellt, es gelte auch 1995 -, daß die alten bundesdeutschen Länder 2,8 Milliarden DM weniger haben, als sie hätten, wenn das alte Recht fortgegolten hätte. So, das ist das Ergebnis dieses neuen Länderfinanzausgleiches.

Damit die Länder im Westen das überhaupt leisten konnten, hat man diese Anhebung von 37 % auf 44 % insgesamt vorgenommen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Jetzt haben wir einen Überschuß!)

Im Ergebnis kommt dabei heraus, daß die Länder-Gesamtheit mehr bekommt, aber die westdeutschen Länder damit noch keinen Ausgleich erfahren haben. Das heißt, bei dieser Verteilung im ersten Schritt der Umsatzsteuer tragen die westdeutschen Länder 2,8 Milliarden DM, über die man auch reden müßte, wenn man darstellen will, was die alten Länder für die neuen Länder tun.

- (B) Dies ist nun keine Aussage, Herr Kollege Schauerte, von mir. Dies ist auch keine Aussage von einem SPD-Finanzminister, obwohl der SPD-Finanzminister von Nordrhein-Westfalen immer sehr sauber rechnet - so sauber, daß Theo Waigel seine Zahlen vom Tisch nehmen mußte, was bei Blüm dann heißt: Die Bundesregierung habe sich von den Ländern über den Tisch ziehen lassen.

Diese Zahlen sind von Herrn Grünewald. Herr Grünewald sagt:

Die Erhöhung des Anteils der Ländergesamtheit wird durch diese Auffüllung der schwachen ostdeutschen Steuerkraft mehr als aufgezehrt. Nordrhein-Westfalen wird 1995 einen geringeren Anteil an der gesamten Umsatzsteuer in Deutschland erhalten als noch 1994.

- Einen geringeren Anteil. Und er sagt:

Diese Regelung hat für das Jahr 1995 zur Folge, daß unter Berücksichtigung des von 37 % auf 44 % erhöhten Länderanteils an der Umsatzsteuer im Vergleich mit dem bis 1994 geltenden Rechts die alten Länder Mindereinnahmen von 2,8 Milliarden haben werden.

Das sagt der Staatssekretär von der CDU in Bonn.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Mein Freund Jochen!)

Sie kommen an dieser Tatsache nicht vorbei. Alle Aussagen, die Sie in diesem Zusammenhang gemacht haben - das war der Kern des Beginns Ihrer Rede -, sind falsch. Sie halten nicht stand vor dem, was der Bundesminister der Finanzen selber feststellt.

Deswegen kann ich Ihnen nur wünschen, daß Sie die Oppositionssprecherrolle für Haushalt und Finanzen in Nordrhein-Westfalen demnächst als Oppositionssprecherrolle im Deutschen Bundestag in Bonn fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Etwas billig!)

Dort warten wir auf solche Leute.

Zu den Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen verschweigen Sie eine weitere wichtige Tatsache. Im Mai 1994 mußten die Steuerschätzungen, wie sie der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegen hatten, zurückgenommen werden. Das bedeutet für den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen, daß wir, anders, als wir vor einem Jahr noch geglaubt haben, für das Jahr 1995 auf der Einnahmenseite 2 Milliarden DM weniger veranschlagen können. Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2 Milliarden DM weniger! Das ist eine Folge der konjunkturellen Entwicklung, bei der sich noch nicht viel Gutes abzeichnet.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die Zahlen, die ich genannt habe, sind doch richtig!)

Es wird vom Aufschwung geredet, und es gibt auch Aufschwung. Aber dieser Aufschwung

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Kommt Ihnen der Aufschwung zu früh?)

ist gegenwärtig ausschließlich vom Export getragen. Er kommt mir nicht zu früh, sondern er kommt mir viel zu spät, und er kommt mir nicht breit genug. Denn er schließt sehr viele aus. Der Binnenmarkt ist noch nicht angesprungen, und es ist noch kein Aufschwung für alle, sondern viele sind von ihm noch ausgeschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

(Trinius [SPD])

- (A) - Aber wenn dieser Aufschwung, der sich abzeichnet, vom Export ausgelöst worden ist, Herr Kollege Schauerte, was sollte denn dann Ihr langes Gerede - über eineinhalb, zwei Jahre hin - über den Standort Deutschland, der nichts taugt? Das hat es noch nie gegeben,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

daß eine Bundesregierung den Wirtschaftsstandort Deutschland regierungsamtlich weltöffentlich madig macht. Das hat es noch nie gegeben.

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dr. Linssen [CDU])

- So ist es gewesen. Ich komme im Zusammenhang mit der Strukturpolitik unseres Landes darauf zurück. Dieses Gerede war unverantwortlich. Wir sind froh darüber,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

daß Nordrhein-Westfalen gleichwohl für ausländische Kapitalanleger, Investoren, das attraktivste Land in der Bundesrepublik Deutschland geblieben ist.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Schauerte [CDU])

- (B) Die hohe Massenarbeitslosigkeit, Herr Kollege Schauerte, die wir haben, hat ja zwei unmittelbare Folgen. Ich will jetzt nicht von der Not der Menschen reden, die davon betroffen sind, sondern über die Finanzseite. Auf der einen Seite werden die Kommunen mit höheren Ausgaben belastet, und auf der anderen Seite sinken bei allen öffentlichen Händen die Einnahmen. Diese Schwierigkeit ist ja schon einmal erkannt worden, und der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Albrecht, hat erklärt, das sei eine bittere Ungerechtigkeit insbesondere für diejenigen Kommunen, die in besonderer Weise von hoher Arbeitslosigkeit und von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen seien; denn diese müßten eigentlich investieren, ihre Einnahmen gingen aber zurück, und statt dessen müßten sie um so mehr in konsumtive Ausgaben stecken. Ein Teufelskreis!

Deshalb ist damals die Albrecht-Initiative entstanden, die von sieben Ländern getragen wurde. Sie als CDU-Fraktion waren damals fast drauf und dran, das mitzutragen, sind dann aber abgesprungen. Daraus ist dann eine bemerkenswerte Konstruktion geworden: die Strukturhilfe des Bundes, ausgelegt für zehn Jahre, zusammengestrichen nach drei Jahren. Einige Ministerpräsidenten der CDU hatten damals das Problem er-

kannt. An diesem Problem gehen Sie heute erneut vorbei. (C)

Die Absicht der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu befristen, trifft die Betroffenen in ihrem Lebensverständnis und in ihrer Ehre, und sie trifft die Kommunen an ihrem Lebensnerv. Das bedeutet für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen im ersten und im zweiten Jahr eine zusätzliche Belastung von 60 DM pro Einwohner, es bedeutet im dritten Jahr voraussichtlich eine zusätzliche Belastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen von 90 DM pro Einwohner.

Das muß unbedingt verhindert werden. Es sieht so aus, daß Herr Kollege Linssen das nicht anders sieht. Denn er ruft die Landesregierung auf, diesen Beschluß des Bundeskabinetts im Bundesrat wieder zu kippen. Da kann ich nur fragen: Welches Vertrauen haben Sie eigentlich in die CDU-geführte Bundesregierung, wenn Sie um unseres Landes willen an die Landesregierung appellieren müssen, sie möge doch bitte Kabinettsbeschlüsse der Bundesregierung über den Haufen werfen?

(Minister Dr. Schnoor: Er vertraut uns!)

Sie vertrauen uns. Daran tun Sie auch gut, und wir werden alles tun, um das zu verhindern.

Nebenher erinnern Sie sich auch noch, was bei dem sogenannten Solidarpakt, dem Föderalen Konsolidierungskonzept, das wesentlich von den Ländern formuliert worden ist, vereinbart wurde. War man sich da nicht einig geworden, daß an der Arbeitslosenhilfe nichts geändert werden sollte? War das nicht fester Bestandteil dieses Konzepts? Sie glauben - das haben Sie damals schon unmittelbar danach getan -, Sie könnten sich aus diesen Vereinbarungen herausstellen, weil hier der Bund allein die Gesetzgebungskompetenz hat und die Länder nicht zu fragen braucht. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Sie werden sich irren, und Sie werden da auch mit Herrn Biedenkopf nicht klarkommen. Auch mit anderen Ministerpräsidenten, gleich welcher Farbe, wenn diese die Interessen ihrer Kommunen und die Interessen der Arbeitslosen wirksam vertreten, werden Sie nicht klarkommen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Es scheint zur politischen Moral der Bundesregierung zu gehören - die angetreten ist unter dem hohen Stich-

(Trinius [SPD])

- (A) wort der geistig-moralischen Erneuerung -, daß der Wortbruch zum Regelfall wird. Wie anders ist es zu erklären, daß die Kokscohlenbeihilfe im eingebrachten Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt 1995 um 400 Millionen DM gekürzt wird? Was vereinbart war, der Bund trägt zwei Drittel der Lasten, das Land Nordrhein-Westfalen trägt ein Drittel der Lasten, aus dieser Vereinbarung stiehlt sich der Bund hinaus und sagt: Wenn das anders laufen soll, Nordrhein-Westfalen, dann lege das Geld selbst auf den Tisch. So kann der Bund mit Ländern, so kann er auch mit Nordrhein-Westfalen nicht umgehen. Und ich bin gespannt, was Ihre Wirtschaftspolitiker und was andere zu diesem Vorgehen des Bundes sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen Hoffnungsschimmer. Sie haben ja die Bundesregierung gelobt, weil sie den Haushalt schon eingebracht hat. Schlagen Sie die "Süddeutsche Zeitung" von gestern auf, den Kommentar auf der vierten Seite. Ergebnis der "Süddeutschen Zeitung" bei einer kurzen Analyse: Dieser Haushaltsentwurf 1995 wird in jedem Fall nach der Bundestagswahl wieder eingestampft, und ein völlig anderer wird 1995 im Frühjahr dem Bundesgesetzgeber zur Verabschiedung vorgelegt werden. Das ist eine zutreffende Analyse.

- (B) (Abgeordnete Berger [SPD]: Das ist genau so wahr!)

Es ist ein Haushalt der Augenwischerei - ich komme darauf gleich noch zurück - und der unzumutbaren Belastungen für die Länder und für die Gemeinden, so wie er eingebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Daß da vieles fehlt, das will ich noch an etwas anderem verdeutlichen. Man kann von Risiken auf der Einnahmenseite des Landes sprechen. Die gibt es, und der Finanzminister hat gesagt, in einem Fall habe er nur mäßig Vorsorge treffen können, nämlich in der mittelfristigen Finanzplanung; denn es sei damit zu rechnen, daß künftig das Existenzminimum der Bürger nicht mehr besteuert wird. Das muß auch geschehen; denn das Bundesverfassungsgericht hat dem Steuergesetzgeber Bund Unrecht gegeben, daß er über Jahre hin an dieser Frage vorbeigegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Da mußte von Gerichts wegen die Bundesregierung an ihr soziales Gewissen erinnert werden. Und jetzt haben wir den Gerichtsbeschuß.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber das hat die SPD auch nicht getan!)

Es gibt ein zweites Risiko: Was machen wir denn mit dem Familienleistungsausgleich? Denn der fehlt. Jeder weiß, wie schnell eine Familie mit zwei oder drei Kindern an den Rand der Sozialhilfeberechtigung kommt - wie schnell das geht und wie es mit dem Wohnraum für diese aussieht.

Diese beiden Aufgaben - wichtigen Aufgaben, und daran mögen sich manche, die gern familienpolitische Glaubensbekenntnisse vor sich hertragen, messen lassen -, diese beiden Aufgaben müssen dringend um des Zusammenhalts dieser Gesellschaft willen gelöst werden.

- (D) Die Länder hatten die Bundesregierung im Januar dieses Jahres gebeten, damit sie einen soliden Rahmen für die Finanzplanung abstecken könnten, die Bundesregierung möge doch bitte ihre Vorstellungen für die künftige steuerrechtliche Lösung dieser beiden Probleme auf den Tisch legen. Die Bundesregierung hat zugesagt, dies bis zum Sommer 1994 zu tun. Die Bundesregierung hat es nicht getan, bis zum heutigen Tage nicht, und Sie können es auch nicht dem Entwurf von Theo Waigel, wie er gestern eingebracht worden ist, entnehmen. Die Zusage ist nicht eingehalten worden, nicht im Sommer, nicht im Frühherbst. Allein deswegen schon ist dieser von Ihnen so hochgelobte Bundeshaushalt Makulatur von Anfang an.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen, daß wir nach Maßgabe nordrhein-westfälischer Finanzpolitik als Sozialdemokraten dem deutschen Volk einen soliden und besseren Entwurf im Frühjahr 1995 vorlegen können nach einem gründlichen Kassensturz, bei dem alle Zahlenspielerereien von Ihnen, Herr Schauerte, wie Seifenblasen zerplatzen werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ich will an ein anderes Uding erinnern. Bei Gelegenheit der Herstellung der deutschen Einheit hat man aus struktur- und wirtschaftspolitischen Überlegungen, Anreizüberlegungen gesagt: Die Erhebung der Gewerbesteuer nach Kapital wollen wir in den neuen Ländern aussetzen. Man konnte damals die Sorge haben, daß

(Trinius [SPD])

- (A) dort in die neuen Länder eine Regel implantiert wurde, die man anschließend in die westdeutschen Länder reimportieren wollte. Und so zeichnet es sich ab.

Die Bundesregierung ist entschlossen, die Gewerbesteuer gründlich zu ändern, und zwar genau an ihrem Nerv. Sie will die Unternehmen entlasten, sagt sie, aber beseitigen will sie die Erhebung einer Gewerbesteuer vom Kapital. Und warum denn das? Wenn die Steuer auf das Kapital beseitigt ist, dann hört die Gewerbesteuer auf, eine Realsteuer zu sein, dann ist sie eine reine Ertragsteuer. Und was ergibt sich dann? Dann ist sie verfassungswidrig; denn den Gemeinden stehen Realsteuern zu und nicht per eigenem Heberecht Ertragsteuern.

Und jetzt wird es infam: Das weiß die Bundesregierung! Sie weiß, daß der erste, der vor das Verfassungsgericht zieht, vom Verfassungsgericht Recht bekommen muß. Das weiß die Bundesregierung. Hier kalkuliert die Bundesregierung ein, daß das, was sie wirklich will, aber noch verschleiert, vom Gericht ausgesprochen werden muß, weil es nicht anders kann. Und das heißt, mit dem höchsten Organ der Verfassung der Gerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Bande spielen. Wir werden nicht zulassen, daß die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht zu ihrem Büttel macht. Das hat sie schon einmal getan.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Daran will ich Sie erinnern. Als Sie die Investitionszwangsanleihe - freiwillig rückzahlbar/nicht rückzahlbar - kreierte haben, haben Ihnen die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag gesagt: Eine solche Solidarabgabe ist erforderlich, aber bitte, liebe Freunde, doch nicht in dieser Form! Sie ist verfassungswidrig. Blüm hatte erklärt: Die Besserverdienenden müssen an den Aufgaben der Gesellschaft bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und anderem beteiligt werden.

Da haben Sie diese Hilfe erfunden, und Sozialdemokraten haben Ihnen erklärt: Wenn, dann macht es doch bitte verfassungsdicht, als Ergänzungsabgabe! Das ist abgelehnt worden.

Sodann wurde diese Anleihe oder Zwangsabgabe oder wie immer die Dinge getauft wurden - Investitionshilfeabgabe; damals speziell für den Wohnungsbau gedacht - vor dem Verfassungsgericht beklagt, und das Gericht gab den Klägern recht.

Dann stellte die CDU sich hin und sagte: Wir möchten eigentlich für alle Bedürftigen etwas tun, indem wir

auch die Besserverdienenden zur Kasse bitten. Sie wählte aber einen Weg, daß das Verfassungsgericht der Bundesregierung erklären muß: So geht es nicht. - Mit Krokodilstränen in den Augen wird dann öffentlich verkündet: Wir wollten zwar, aber wir durften nicht. - So kann man damit nicht umgehen. (C)

Die Finanzbeziehungen, meine Damen und Herren, zwischen Bund und Ländern auf allen Ebenen gehören auf den Prüfstand! Das hat kürzlich Bundespräsident Herzog gesagt. Ich verkürze das. Er hat gesagt: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden stehen kopf. Die Länder bekommen bei den Aufgaben, die sie haben, zu wenig. - So der Bundespräsident.

Kaum hat er das erklärt, wird er von der CDU gescholten, und Sie suchen sich dann andere aus, die Sie ebenfalls schelten. Auf das Verhältnis, das Sie neuerdings zu den Kirchen entwickeln, will ich nachher gern noch eingehen.

Roman Herzog hat auch eine Vereinfachung des Steuersystems gefordert. Dazu kann ich nur sagen, daß er recht hat. Auch da hat er recht; denn das Steuersystem muß überschaubar sein, und es darf keine Angelegenheit für Experten werden. Nur dann, wenn es überschaubar ist, kann der Bürger prüfen, ob es denn auch gerecht ist. Wer die Unüberschaubarkeit fördert, der fördert zugleich den Zweifel an der Gerechtigkeit des Systems. Das ist das eine. Vielleicht will er auch etwas verstecken. (D)

Und alles, was Theo Waigel jetzt zur Vereinfachung des Steuersystems vorgelegt hat, kann man mit einem Satz aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 2. September erledigen - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", nicht die "Rundschau"! "Mit erkennbarer Mühe auf wahlwirksame 20 Punkte gestreckt" - Mehr nicht!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich hatte eingangs erwähnt, daß wir mit diesem Haushalt eine Steigerungsrate von 1 % einhalten. Daß dies die richtige Abgrenzung der Ausgabenpositionen ist, habe ich Ihnen vorhin darzulegen versucht. Anders geht es nicht.

Das kann man nur einhalten, wenn man bei den bestehenden Förderprogrammen des Landes starke Einschnitte vornimmt. Diese Opfer sind zum Teil schmerzlich; aber sie sind unvermeidbar. Ich glaube hier auch an die Solidarität aller Facharbeitskreise und an die

(Trinius [SPD])

- (A) Solidarität gegenüber dem Landeshaushalt und seinen Möglichkeiten seitens aller Fachpolitiker.

Wir wollen keine Ausweitung des Volumens. Der Landtag braucht äußerste Disziplin, damit das Volumen nicht gesteigert und die Nettokreditaufnahme auf keinen Fall erhöht wird.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zum Personal, zu diesem dicken Batzen von 33,3 Milliarden DM, machen! Sie haben versucht, das Ganze ins Lächerliche zu ziehen. Ich hatte Ihnen eine Zwischenfrage stellen wollen. Wenn das alles so unsinnig ist, die aufgabenkritische Überprüfung durch unabhängige Unternehmensberater - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Überprüfung ist immer gut! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was ihr daraus macht, das ist es! - Widerspruch bei der SPD)

- Abwarten, abwarten! Wenn das alles so unsinnig ist, weshalb werden dann die Gutachten, die in Nordrhein-Westfalen herausgebracht worden sind, zum Renner in sämtlichen Ministerien aller Länder? Die studieren sie. Kienbaum war der erste Renner. Die Baden-Württemberger haben versucht, das dann auch umzusetzen.

(B)

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Richtig, Herr Kollege! Da sind wir uns auch völlig einig.

Und das zweite! Weshalb will denn die Bundesregierung genau diesen Weg der aufgabenkritischen Überprüfung durch unabhängige Gutachter und erklärt, auch sie, die Bundesregierung, wolle künftig diesen Weg gehen?

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU] - Zurufe von der SPD)

Aber nun kommt die Umsetzung. Da geht es gegenwärtig um die Streichung von 7 000 Stellen. Diese Stellen sind aber besetzt, Herr Kollege. Und wir können den Bediensteten, gleichgültig, ob sie 45 oder 50 Jahre alt sind, nicht sagen: So, nun schließt eure Büros oder eure Behörden und geht nach Hause.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Das geht eben nicht. Deswegen sind diese Stellen mit einem Vermerk versehen, der besagt, daß sie bei Freiwerden künftig wegfallen sollen. Und das hat mit der Fluktuation des Personals zu tun. (C)

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Schauerte [CDU])

Das geht nicht schneller.

Der Unterausschuß für Personal hat allerdings gemeint, man könne es vielleicht beschleunigen, indem bei Freiwerden einer Stelle zunächst einmal nachgeprüft werde, wieweit man sie mit jemandem - -

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Aber sicher! - Der Haushalts- und Finanzausschuß hat diese notwendige Ergänzung des Haushaltsgesetzes einstimmig durchgebracht. Das ist doch von allen Fraktionen im Hause dort vorberaten worden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] - Gegenrufe von der SPD)

Wir warten gespannt auf die Untersuchung der ersten drei Ministerien. Ich glaube, daß sich daraus auch schon Ergebnisse entwickeln lassen werden, die man ohne weiteres übertragen kann. (D)

Sie wissen, daß die Bereiche, die einer aufgabenkritischen Untersuchung noch nicht unterzogen worden sind, eine 2%ige Kürzung beim Personal erfahren haben.

Nur dort, wo wir noch nicht untersucht haben, gibt es sozusagen die Rasenmähermethode, damit da nicht noch etwas entsteht, was hinterher nur schwer abbaubar wäre.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das steht aber noch nicht im Haushaltsgesetz. Es ist nur angekündigt!)

- Nur angekündigt? Wenn Sie es dem Haushaltsgesetzesentwurf vermissen, dann stellen Sie die entsprechenden Anträge! Dann kann das alles nachgeholt werden. Ich meine, es steht drin.

(Minister Schleußer: Sie brauchen einen besseren Durchblick, Herr Schauerte!)

Trotz größter Sparsamkeit, Herr Kollege, haben wir über fünf Jahre Wort gehalten und Ankündigungen

(Trinius [SPD])

- (A) wahrgemacht, haben sie umgesetzt. Ich will Sie an die Schwerpunkte dieser Legislaturperiode erinnern: Das waren der Wohnungsbau, die Kindertagesstätten, die Alten- und die Jugendpolitik. Das wird bis zum Ende dieser Legislaturperiode abgearbeitet sein.

Die Landesregierung hatte für diese Legislaturperiode 100 000 zusätzliche Kindergartenplätze angekündigt. Die SPD-Landtagsfraktion hat das auf 125 000 erhöht. Das wird allemal erreicht. Und mit dem Haushalt für das Jahr 1995 werden noch einmal Mittel für weitere 10 000 Plätze bereitgestellt. Zählt man Kinderhortplätze und Plätze für Kinder unter drei Jahren hinzu, sind es noch einmal 12 000.

Das kann sich sehen lassen. Das war nicht nur eine Zusage, an der wir starr festgehalten haben, sondern wir haben, als wir beobachteten, wie sich der Bedarf tatsächlich, auch durch Zuzüge, entwickelte, diese Zusage um mehr als 25 000 Plätze ausgedehnt. Das ist eine gute Sache.

Wir tun eine Menge für die Integration alter Menschen. Das beläuft sich in dieser Legislaturperiode auf rund 1 Milliarde DM. Sie sprachen von konsumtiven Ausgaben. Hier ist ein Teil konsumtiv, ein anderer Teil investiv. Aber wie wollen Sie es denn anders machen? Wenn Sie sich die Kindergartenförderung ansehen, werden Sie feststellen: Der geringere Teil ist investiv, der größere Teil ist konsumtiv, Bezuschussung der laufenden Betriebskosten. Nur, erinnern Sie sich, mit welcher breiter Zustimmung das Kindergartengesetz in seiner letzten Fassung hier im Landtag verabschiedet worden ist! Auch Sie haben diese konsumtiven Ausgaben gewollt. Stehen Sie bitte dazu!

(B)

Dann gibt es das Wohnungsbauprogramm des Landes. Es war mit 26 700 Sozialwohnungen pro Jahr verantwortlich angekündigt. 26 700! Ich glaube, es gibt kein Jahr, in dem wir nicht an etwa 30 000 Wohnungen gekommen sind. Das haben wir erreicht. Am Ende dieser fünfjährigen Periode werden wir wahrscheinlich 160 000 zusätzliche Wohnungen gebaut haben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wenn Sie uns gefolgt wären, hätten es einige mehr sein können! - Gegenruf des Abgeordneten Mernizka [SPD] - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Doch, dritter Förderweg!)

Ich habe einen Gedanken von Ihnen überhaupt nicht begriffen: Wenn in unserem 100-Tage-Programm oder im Regierungsprogramm der sozialdemokratischen Partei für die neue Bundesregierung, die neue Bundespoli-

tik, steht: "jährlich mindestens 100 000 Wohnungen zusätzlich" - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Zusätzlich! Wer soll das bezahlen?)

- Schauen Sie doch einmal nach, wie der Bedarf wirklich ist! Das sind wirklich Investitionen. Sie beklagen ja das Fehlen von Investitionen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Dann macht ihr das doch! Baut doch mehr als 30 000!)

Sehen Sie sich doch einmal an, was allein das Land Nordrhein-Westfalen hierfür aufbringt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: 100 000 Wohnungen kosten 10 Milliarden Mark!)

Es sind 3,1 Milliarden DM im nächsten Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, daß Ihnen das wehtut,

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

um so mehr, als jetzt eine Arbeitsgruppe der evangelischen und katholischen Kirchen darauf hingewiesen hat, wie viele Obdachlose es in der Bundesrepublik gibt und - noch erschreckender - wie viele Kinder in der Bundesrepublik in Obdachlosenunterkünften leben.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wartet doch einmal ab, wie das Papier nachher aussieht!)

- Ja, ich sehe schon, Sie wollen da korrigierend eingreifen. Ohnehin habe ich mit äußerstem Interesse Ihre Stellungnahmen dazu verfolgt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was falsch ist, muß korrigiert werden!)

Ich will Sie an folgendes erinnern. Das hat bei Ihnen ja eine ganz große Tradition: Vor etwa zehn Jahren gab es eine Analyse der sozialen Situation in der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Diakonischen Werk Westfalen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das waren die Ergebnisse der Schmidt-Regierung, am Ende derselben! Ist das richtig?)

(Trinius [SPD])

(A) - Es wird viel interessanter. Auf diese Analyse des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche von Westfalen antwortete der damalige CDU-Abgeordnete Gerhard Rödding, das sei Demagogie im theologischen Gewande. Das heißt: Hier verkappe sich die Kirche und betreibe eigentlich ein ganz, ganz anderes Geschäft.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was hat der Ministerpräsident zu dem Theologen gesagt?)

Jetzt kommt, Herr Kollege, eine solche Studie heraus, die zwischen Gewinnern und Verlierern der deutschen Einheit, zwischen Gewinnern und Verlierern der Wirtschafts-, der Finanz- und der Sozialpolitik der Bundesregierung unterscheidet. Sie unterscheidet zwischen Gewinnern und Verlierern, und viele Menschen fühlen sich auf der Verliererseite.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das Beziehungspaar ist unmöglich!)

Auch für die Gewinner wäre es gut, wenn sie immer auch an die Verlierer dächten, damit die Gesellschaft nicht auseinanderbricht.

(Beifall bei der SPD)

(B) Auf diesen Riß, der durch Entscheidungen der Bundesregierung noch vertieft worden ist, den man vielleicht sogar kalkulierend in Kauf nimmt, wird in dieser Denkschrift hingewiesen. Dazu fällt Ihnen, Herr Kollege Linssen, ein, da begeben sich die Kirche auf einen falschen Weg; sie bediene sich der Zweiklassentheorie der SED. Wenn Sie den Antikommunismus brauchen, damit Sie die Augen vor den sozialen Problemen der Menschen in der Bundesrepublik verschließen dürfen, dann brauchen Sie nicht weiter Verantwortung für dieses Land zu tragen!

(Beifall bei der SPD)

Und dann lassen Sie sich, Herr Kollege Linssen, eine weitere Aussage einfallen: Die Kirchen mögen sich bitte auf das Evangelium beschränken.

(Lachen bei der SPD)

Ich habe so etwas schon öfter gehört, und ich weiß, daß die SED einst wünschte, die Kirchen, ob katholisch oder evangelisch, möchten sich doch bitte ganz streng

auf das konzentrieren, was sie den kirchlichen Raum nannte. (C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das haben Sie doch immer gefordert!)

Sie möchten sich ganz streng auf das beschränken, was sie den "kirchlichen Raum" nannte! Ich will Ihnen einige Dinge in Erinnerung rufen:

Ich habe mit hohem Interesse gehört, was Herr Superintendent Ziemer aus Dresden zur Rolle der Kirchen in der DDR einmal in Iserlohn gesagt hat. Er sagte: Sie knüpften an an den Satz von Dietrich Bonhoeffer, Kirche sei für andere da. - Für andere, nicht für sich selbst!

(Abgeordneter Jaeger [CDU]: Wieso sind Sie plötzlich so fromm geworden?)

Ich will Sie auch daran erinnern, was eigentlich im konziliaren Prozeß geschehen ist. Da hatten sich Kirchen für die Fragen Menschenrechte, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geöffnet. Viele haben im Raum der Kirche Unterschlupf gefunden und konnten die brennenden Fragen, die auch in der DDR brennende Fragen waren, diskutieren - aber nur an diesem Ort. Welche Entwicklung hätte Deutschland wohl genommen, wenn es diese Bürgerbewegung im Raum der Kirche nicht gegeben hätte! (D)

(Beifall bei der SPD)

Nun strafen Sie sie doch bitte nicht ab, wenn Sie uns ins Gewissen reden, sondern sagen Sie umgekehrt: Gott sei Dank, wir wollen einmal ernsthaft darüber nachdenken.

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dautzenberg [CDU])

Wenn Sie die Kirchen auf die bloße Verkündung des Evangeliums beschränken wollten - muß dann nicht erst recht die Kirche in dieser Situation verkünden: Was ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan? - Dann haben Sie zugleich die Öffnung, um die allein es geht.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Formale Empörung!)

Meine Damen und Herren! Neben diesen drei Schwerpunkten, die ich genannt habe, haben wir uns offen gezeigt für neue Herausforderungen. Das galt für die

(Trinius [SPD])

(A) Strukturpolitik. Ich will wenige Dinge in Erinnerung rufen.

Wir haben ein Programm für die Kohlerückzugsgebiete aufgelegt, finanziert aus Kürzung und Streichung von Programmen in der Größenordnung von 900 Millionen DM.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Immer zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen!)

Wir haben ein Programm Industriestandort Nordrhein-Westfalen aufgelegt. Das finanzieren wir mit 1 Milliarde DM aus einer Rücklage, die wir dafür nach und nach auflösen,

(Lachen des Abgeordneten Schauerte [CDU])

und aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft. Wir finden bei der Europäischen Gemeinschaft für unsere Probleme manchmal offenere, verständnisvollere Ohren als in Bonn.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Wer finanziert denn mit?)

Und wir vergeben das nicht nach Gutsherrenart, wie Sie beliebten, hier zu behaupten.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Leider tun Sie das!)

Sie brauchen sich nur einmal die Diskussion über Standorte von Behörden oder anderen Einrichtungen anzusehen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Attendorn! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Attendorn! Forstamtsdiskussion! Die Forstämter!)

Da spielt es keine Rolle, ob dort ein Minister oder ein Ministerpräsident wohnt. Da müssen sich auch Minister und Abgeordnete von ihren örtlichen Vertretern die Frage gefallen lassen, warum gerade hier etwas abgezogen wird. Richtig ist, Herr Kollege: Viele Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion kommen aus Gebieten, die vom Strukturwandel in ganz besonderer Weise betroffen sind.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Von Gutshöfen!)

Das gilt für das Siegerland, für Teilräume in Ostwestfalen-Lippe wie den nördlichen Bereich des

Kreises Minden-Lübbecke, das gilt für die Emscher-Zone und für den Aachener Raum. (C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es geht schon ungerecht zu!)

Diese Abgeordneten - egal ob Minister oder nicht - vertreten die Interessen ihrer so bedrängten Bürgerschaft hier im Landtag - in den Ausschüssen, in der Fraktion.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist absolut legitim, Herr Kollege!)

Das hat mit Gutsherrenart nichts, aber mit der Vertretung der Interessen der Bevölkerung alles zu tun.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber es muß gerecht zugehen! Das fehlt bei euch!)

- Das tut es auch. Sie fühlen sich ja im Untersuchungsausschuß, zum Beispiel beim Komplex "Neue Mitte Oberhausen", selbst überhaupt nicht wohl, weil Sie das, was dort an Investitionen geschehen ist, eigentlich für richtig halten. Sie fühlen sich auch bei dem Komplex EFMT nicht wohl, weil ja auch die CDU-Leute zur Kenntnis nehmen müssen, was diese Investition für das Ruhrgebiet, speziell für die Stadt Bochum, gebracht hat. Daran will ich Sie gern erinnern. (D)

Trotz dieser Ausgabendisziplin des Landes Nordrhein-Westfalen - die Nettokreditaufnahme wird auf 6,5 Milliarden DM begrenzt - haben Sie recht: Dazu gehört, wenn man es realistisch beurteilen will, daß diese Nettokreditemächtigung niedriger ausfallen kann, weil wir die Rücklage in Anspruch nehmen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie müssen die Rücklage dazurechnen! 7 Milliarden DM! Das wissen Sie ganz genau! - Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Aber, Herr Kollege, zur Aufblähung der Staatsverschuldung: Sie kommen nicht daran vorbei - Sie schulden einem sozialdemokratischen Finanzminister noch immer Abbitte. Sie sprachen ja so stolz von den neuen Ländern. Es war Romberg, der gesagt hat: Im ersten halben Jahr braucht die DDR 75 Milliarden DM. Das hat Waigel ihm bis auf 30 Milliarden DM herunterge-

(Trinius [SPD])

(A) strichen. Alle Monate mußte er wiederkommen und erhöhen und war dann doch bei 75 Milliarden DM.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU] - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Romberg steht doch längst im Wachsfigurenkabinett!)

Das gleiche galt für das Jahr darauf.

Dem stehen die Rechenkünste von Theo Waigel entgegen. Als sich Theo Waigel die Wirtschaft der ehemaligen DDR beguckte, hat er gesagt: Wenn ich das alles verscherble, habe ich mindestens 600 Milliarden DM in der Kasse.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das war O-Ton Rohwedder!)

Deshalb wollte er die Treuhand in seiner Regie haben. Jetzt haben wir das Ergebnis: 250 Milliarden DM minus.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 275!)

Da kann ich nur sagen: Der Mann hat viel gerechnet, aber auf das Vorzeichen hat er nicht geachtet.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das war Originalton Karsten Rohwedder!)

(B)

Da haben Sie fast Ihre erste Billion.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Was hat denn der Wirtschaftsexperte Lafontaine gesagt?)

Im übrigen, Herr Kollege: Wir alle können uns doch noch daran erinnern, daß die deutschen Bischöfe 1980 eine große Anzeigenserie herausgaben. Damals lag die öffentliche Verschuldung bei weniger als 500 Milliarden DM. Da hieß es: Was da von der sozial-liberalen Koalition gemacht werde, sei unverantwortlich.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Bei den damaligen Herausforderungen! Und heute?)

Jetzt liegen wir mehr als viermal so hoch. Da kann ich verstehen, daß es keinen Hirtenbrief gibt; denn bei einer Verschuldung von 2,1 Billionen DM verschlägt es allen den Atem, auch den Kirchen. So können Sie es sich vielleicht erklären, wie es kommt, daß darüber nichts gesagt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(C) Lassen Sie mich noch auf einen Satz, den Sie in Ihrer öffentlichen politischen Propaganda so gerne gebrauchen, eingehen: Leistung muß sich wieder lohnen! - Wenn jemand etwas von Leistung versteht, so sind das die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zum Beispiel.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und der Bund auch!)

Dieser Satz ist doch ein Hohn gegenüber alle denjenigen, die Arbeit suchen, leisten wollen und keine bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch ein Hohn! Wir haben in der Bundesrepublik eine Unterbeschäftigung, die von den einen auf 6 Millionen und von anderen auf 7 Millionen geschätzt wird. Das ist ungeheuer viel.

Ich würde die CDU gerne daran erinnern, daß sich Nordrhein-Westfalen seit Karl Arnolds Zeiten als das soziale Gewissen der Bundesrepublik versteht. Dieses Staatsverständnis unseres Landes haben wir gern als Erbe übernommen. Wir fragen Sie, warum Sie dieses Erbe eigentlich ausgeschlagen haben. Das ist uns unverständlich.

(D) Wenn es einen wirklichen Mangel bei den letzten Solidarpaktverhandlungen gegeben hat, so ist das der: Der Solidarpakt hat sich auf die öffentlichen Haushaltsebenen beschränkt. Wir halten diesen Solidarpakt - das haben wir schon damals gesagt - ein. Er ist ein erster Schritt, dem ein zweiter wichtigerer Schritt folgen muß: Wir müssen die Gewerkschaften und die Unternehmer, wir müssen die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Kommunen und die Bundesbank an einen Tisch bringen, in eine Runde, damit der "Aufschwung für alle" und die industrielle Entwicklung auch in den Neuen Ländern gelingen können. An diesem Pakt - früher Konzertierte Aktion genannt - fehlte es.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich schließen: Würde die Bundesrepublik und damit ganz Deutschland so regiert, wie dies in Nordrhein-Westfalen geschieht, es stünde um unsere Nation besser. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

- (A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile jetzt das Wort Herrn Kollegen Wickel für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Einbringung des Haushalts 1995 erlebten wir hier im Landtag einen sehr moderaten Finanzminister. Lag es daran, daß die finanziellen Lasten so drückend sind, oder daran, daß trotz gemeldeter Erfolge die Tatsachen anders aussehen? - Meine Damen und Herren, bleiben wir bei den Tatsachen:

Wenn ich die Haushaltssteigerung einschließlich der Lasten aus der Deutschen Einheit und des Finanzausgleichs mit den anderen Ländern betrachte, steigt der 95er Haushalt um glatte 4,1 %.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Genau so ist es! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, es nützt nichts, sich dabei schönzureden. Tatsache bleibt auch für das nächste Jahr, daß Einnahmen und Ausgaben trotz einer niedrigeren Ausgabensteigerung im Jahre 1995 nicht im Einklang sind. Es bleibt beim alten Dilemma: Seit 1980 haben dieses Land und diese Landesregierung mit ihrer SPD-Mehrheit eine Ausgabenpolitik mit immer neuen Schulden betrieben und weit über die Verhältnisse gelebt. Mit Stand vom August 1994 hat das Land 108 Milliarden 590 Millionen DM Kreditmarktschulden zuzüglich über 8 Milliarden DM Schulden bei öffentlichen Haushalten. Das sind zusammen 117 Milliarden 262 Millionen 328 272,90 DM.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das kann man sich gar nicht vorstellen!)

- Meine Damen und Herren, das kann man noch nicht einmal vorlesen, vorstellen ist ein anderes Problem. Jedes Jahr sozialdemokratischer Alleinherrschaft hat seit 1980 das Land und seine Bürger 6 200 Millionen DM Neuverschuldung eingebracht. In diesem Jahr - dem angeblich so schlechten, aber besser gestalteten - sind es sogar 6,6 Milliarden DM Neuverschuldung.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Plus Rücklage!)

Diese große Verschuldung wurde selbst dann fortgesetzt, als in den 80er Jahren die Steuerquellen förmlich sprudelten. Was zeigt uns der Haushalt 1995: Die Zinsbelastung steigt, und so wie die Zinsbelastung steigt,

sinken die Investitionen. Dies ist und bleibt eine ungesunde Entwicklung. Hinzu kommt, daß der im Haushalt gängige Investitionsbegriff sich nicht mit dem deckt, was betriebswirtschaftlich darunter verstanden wird. Denn in der Haushaltsrechnung des Landes werden weit überwiegend Zuwendungen an Dritte als Investitionen ausgewiesen. Betriebswirtschaftlich und nach der kaufmännischen Buchführung sind Zuwendungen an Dritte buchungstechnisch verloren, auch wenn sie die Ertragskraft fördern.

Stellen wir uns also auf den Standpunkt, kaufmännische und betriebswirtschaftliche Maßstäbe an die Haushaltsführung der Landesregierung anzulegen, ist dieses Land seit langem, mindestens aber, seitdem dies in einem prototypischen finanziellen Jahresbericht der Hochschule Speyer und des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen für 1990 festgestellt wird, konkursreif. Inzwischen ist wegen der seit diesem Zeitpunkt rasant gestiegenen zusätzlichen Verschuldung die Lage noch viel dramatischer geworden.

Dabei habe ich nicht berücksichtigt, daß die künftigen Verpflichtungen - insbesondere für Pensionsleistungen, für die jedes kaufmännische Unternehmen Rückstellungen bilden muß - nirgends erfaßt sind. Zwischen 23 und 24 Millionen DM Zinsen je Tag ohne jegliche Tilgung der Schulden sind dafür ein schlagender Beweis, meine Damen und Herren.

In seiner Einbringungsrede hat der Finanzminister den fairen Umgang miteinander eingeklagt und weiter gesagt, daß gerade in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten den Bürgern immer auch dann die Wahrheit zu sagen ist, wenn sie schmerzlich sei. - Wie wahr! Wie wahr! Ich nehme diese Aufforderung ernst.

Die Staatsquote hat inzwischen einen Anteil von 54 % erreicht, d. h., von jeder Mark in Deutschland werden 54 Pfennig durch den Staat ausgegeben. Ein unmöglicher Zustand, der geändert werden muß!

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Abgabenquote erreicht mit 45,4 % einen neuen Höchststand.

(Minister Schleußer: Richtig! Und wer ist dafür verantwortlich? - **Vorsitz:** Vizepräsident Schmidt)

(C)

(D)

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Das heißt, von jeder von mir verdienten Mark, Herr Finanzminister, werden mir 45,4 Pfennig als Abgaben abgenommen.

(Minister Schleußer: Richtig! Und wo landen sie?)

Der Gesamtstaat - und da treffen wir uns wieder, Herr Finanzminister - gibt mehr aus, als er einnimmt, und an dieser Stelle gehört es zur historischen Wahrheit, wieder einmal über die Kosten der Beseitigung von über 40 Jahren Sozialismus zu reden. Insofern ist der 1. Januar 1995 ein markanter Zeitpunkt für die Finanzpolitik allgemein; denn an diesem Tage geht der größte Teil der Töpfchenwirtschaft zu Ende, die im Zuge der Deutschen Einheit entstanden ist. Dies geschieht, indem die sogenannten Neben- oder Schattenhaushalte eingegliedert werden.

Nun, meine Damen und Herren, hören Sie sich diese Zahlen einmal genau an:

Erstens. Der Erblastentilgungsfonds, voll in finanzieller Verantwortung des Bundes, beträgt exakt 382,6 Milliarden DM. Hierin enthalten sind die Schulden der Treuhandanstalt, der Kreditabwicklungsfonds und ein Teil der Finanzlast der kommunalen Wohnungswirtschaft der DDR.

- (B) Zweitens der Fonds Deutsche Einheit. Der Schuldenstand liegt Ende 1994 bei ca. 90 Milliarden DM. Hier müssen Bund und Länder jährlich 9,5 Milliarden DM an Zins und Tilgung aufbringen.

Drittens das sogenannte Bundeseisenbahnvermögen. Hierin sind 78,5 Milliarden DM enthalten, und es handelt sich dabei um die Altschulden der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn.

Viertens das ERP-Sondervermögen. In diesem Fonds sind schätzungsweise 40,5 Milliarden DM Schulden zu erwarten. Er dient in erster Linie zur Förderung der mittelständigen Wirtschaft in den neuen Ländern.

Allein diese vier Bereiche bedeuten zusätzliche Schulden von 591,6 Milliarden DM. Und es sind Schulden, meine Damen und Herren, keine Gewinne, die hier erzielt wurden!

Es ist auch kein Wunder, daß die nunmehr transparente Haushaltsrechnung die Schulden des Bundes sprunghaft

zunehmen läßt. Ende 1995 wird der Bund mit 1 387 000 000 DM in den roten Zahlen stehen. (C)

(Minister Schleußer: Was? 1 Milliarde ...?)

- Mit 1 387 000 000 DM in den roten Zahlen stehen. Hierzu gehört fairerweise der Vergleich aus den Jahre 1989 - vor der Wiedervereinigung - auf den Tisch; denn zu diesem Zeitpunkt betrug die Schulden des Bundes in seinem Kernhaushalt 490,5 Milliarden DM. Es scheint immer noch nicht begriffen worden zu sein, was uns die Mißwirtschaft des Sozialismus gekostet hat und uns noch weiter kosten wird. Über 700 Milliarden DM - Herr Lafontaine hat von blühenden Industrielandschaften der DDR gesprochen; was da geblüht hat, bezahlen wir jetzt; das war Mißwirtschaft hoch drei - beträgt bisher allein die Schuldenlast aus der Beseitigung des Sozialismus, die wir bezahlen müssen. Und es ist noch kein Ende abzusehen.

Für mich ist unverständlich, wie irgendein Mensch in diesem Lande oder in dieser Republik dem Sozialismus noch das Wort reden kann.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Denn mehrere Generationen müssen die Folgen dieser Mißwirtschaft zahlen - von allem anderen ganz zu schweigen.

Es ist also unredlich, der Bundesregierung diese riesige Schuldensteigerung vorzuwerfen; denn durch nichts ist zu beweisen, daß die Belastungen geringer ausgefallen wären, wenn es nach den Rezepten des damaligen Kanzlerkandidaten Lafontaine gegangen wäre, (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Dann wären sie höher ausgefallen!)

es sei denn, die Wiedervereinigung wäre verpaßt worden. Aber davon nachher mehr!

Bund und Land können die Zinsleistungen den Hals brechen, ganz abgesehen davon, was wir unseren Kindern und Enkelkindern damit aufbürden. Die unerträgliche Schuldenentwicklung aller öffentlichen Haushalte - hier meine ich ganz besonders Nordrhein-Westfalens - kann so nicht weitergehen.

Mich beunruhigt, wenn ich die Stimmen höre, die Wirtschaft erhole sich, in 1996 gebe es wieder mehr Steuereinnahmen, man solle doch das Jahr 1995 überbrücken und dann munter weitermachen wie bisher. Das kann

(Wickel [F.D.P.]

- (A) die Lösung nicht sein, und ich bin mir sicher: Das will auch keiner unserer Bürger.

In Wahrheit zahlen wir nämlich alle für verfehltes staatliches Handeln. "Wir" - das sind die Steuerzahler, deren Belastung jetzt schon unerträglich geworden ist. Ich weiß, daß diese Belastungen im kommenden Jahr um den Solidarbeitrag und um die Pflegeversicherung noch einmal steigen werden, d. h. meine Abgabenlast von jeder verdienten Mark wird auf über 46 Pfennig ansteigen. Das ist einfach zu viel. Und diese Belastung muß in den nächsten Jahren herunter.

Wie soll ich mich - das frage ich einmal die Kollegen der SPD - auf einen Wechsel freuen, wenn die Wechselanhänger meine Abgabenlast um ein Mehrfaches erhöhen wollen, zum Beispiel mit einer 10%igen Ergänzungsabgabe, mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer, mit einem garantierten Grundlohn, mit einer Anhebung der Grundsteuer über geänderte Einheitswerte, mit einer Besteuerung der Verkehrswerte und einer Fülle in Diskussionen erwähnter zusätzlicher Abgaben.

Ich bleibe bei meiner Überzeugung: Wir Bürger können mit unserem Geld besser umgehen, als wenn es in die Hände des Staates gegeben wird, der durch Umverteilung den Leistungswillen noch mehr schwächt.

- (B) Wir sollten keinem Bundesschatenfinanzminister trauen, den ich persönlich immer den "Oberkreisdirektor des Saarlandes" nenne, der sein Land schon in den Ruin gewirtschaftet hat. Das Saarland steht mit über 14,5 Milliarden DM Schulden dar, und die Saarländer sitzen jetzt auf diesen Schulden.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Es ist übrigens ein Land, meine Damen und Herren, das mit seiner Einwohnerzahl der Größe des Rhein-Sieg-Kreises in Nordrhein-Westfalen entspricht. Diese Schuldenlast des Saarlandes bedeuten 13 372 DM Schulden je Einwohner. Der Bundesdurchschnitt aller - auch in den neuen Ländern - liegt bei 5 200 DM und in Nordrhein-Westfalen inzwischen bei annähernd 8 000 DM.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Schauen Sie auf die dreißig Jahre, in denen das Saarland von der CDU regiert worden ist!)

Das heißt also: Dieser Schattenfinanzminister hat in seinem eigenen Beritt, in seinem eigenen Kreis bewie-

- sen, daß ihm die besseren Rezepte zur Lösung aller Probleme fehlen. (C)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Schauen Sie, wer das Land 30 Jahre lang regiert hat! 30 Jahre CDU im Saarland!)

Nicht Abgabenerhöhung, sondern Abgabensenkung muß die politische Forderung für die nächsten Jahren bleiben.

Daß dieser Herr so nebenbei in seinem "Landkreis" ein einschneidendes Pressegesetz geschaffen hat, das sollten unsere Medienvertreter bei allen Neuigkeitswerten auch nicht vergessen.

Und es war im Juni dieses Jahres, als Innenminister Herbert Schnoor unter dem Beifall des ganzen Hauses folgende Worte, die ich mit Genehmigung auszugsweise zitiere, sagte: "Doch die Gefahr ist lange nicht gebannt. Aus sozialer Schwäche kann leicht Neid und Haß entstehen, aus Politikverdruß kann sich immer wieder neu ein Aufwind für eine autoritäre Partei ergeben, und aus Jugendlichen ohne Perspektive, meine Damen und Herren, können Brandstifter und Mörder werden, vielleicht, ohne daß diese Jugendlichen im nachhinein verstehen, was sie getan haben. Ich glaube, wir sollten alle einmal darüber nachdenken, welche Verantwortung wir persönlich in diesem Bereich haben." (D)

Diese Aussage hat für mich unter Beachtung der sogenannten Magdeburger Verhältnisse eine neue Bedeutung gewonnen, denn inzwischen haben wir nicht nur eine Frontlinie rechter Radikaler gegen Ausländer, sondern eine Frontlinie West gegen Ost, wenn es sich um die PDS handelt. Es geht hierbei um die Bekämpfung einer kommunistischen Partei und unmittelbaren Nachfolgerin der SED. Über 80 % der Mitglieder der PDS sind ehemalige SED-Schergen, die 17 Millionen Deutsche eingesperrt, gefoltert, Menschen getötet, eine Volkswirtschaft und ihre Bürger ruiniert haben; die Folgen müssen wir alle tragen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Denken Sie mal an Ihre eigene Blockflöte: LDP hieß die!)

Auch gegen eine solche Nachfolgepartei müssen sich die Worte des Innenministers richten. Hier muß ich den Ministerpräsidenten dieses Landes fragen, denn er ist ja zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD:

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber er hat nichts zu sagen!)

(Wickel [F.D.P.]

(A) Wo ist Ihre Antwort auf die Magdeburger Verhältnisse?

(Beifall bei der F.D.P.)

Wo ist Ihre Position zu einer SPD-Minderheitsregierung, die sich von Kommunisten unterstützen läßt? Geradezu verzweifelt sind doch die Einlassungen des SPD-Ministerpräsidenten Reinhard Höppner, daß er dies nicht allein gemacht habe. Auch der Ministerpräsident dieses Landes sollte Klarheit schaffen, wie er es mit dieser SED-Nachfolgeorganisation hält.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Solange Magdeburger Verhältnisse bestehen, solange man sich mit diesen ehemaligen SED-Angehörigen einläßt, solange kann mir in diesem Lande niemand erzählen, es gäbe keine Unterstützung der SPD durch Kommunisten. Der Zwangsvereinigung zu DDR-Zeiten könnte sonst der freiwillige Handschlag folgen, um sich die Macht zu sichern. Die PDS kandidiert auch in unserem Lande. Und ich wage einmal die Vermutung: Sie wird ihre Erfolge in den neuen Bundesländern auch im nächsten Jahr bei der Landtagswahl hier zu wiederholen versuchen.

(Zuruf von der SPD: Die LDP auch!)

(B) Deshalb, meine Damen und Herren, muß Klarheit geschaffen werden, wie man zu diesen Leuten steht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch das, Herr Finanzminister, gehört dazu, wenn man den Bürgern die Wahrheit sagen will.

(Minister Schleußer: Das hat wirklich sehr viel mit dem Haushalt zu tun!)

Viele unserer Haushaltsprobleme sind dadurch entstanden, daß Sie von der Sorge um Arbeitsplätze getragen waren. Der Umgang miteinander erfordert es aber, die Arbeitslosigkeit als ein Problem von Minderqualifizierung zu erkennen.

Darüber hinaus kann ich Sie ja verstehen, meine Damen und Herren, daß Sie das trifft. Dann ändern Sie es aber bitte, ändern Sie es in Ihrer eigenen Partei; und dann ist der Spuk erledigt!

Wir alle - der eine mehr, der andere weniger - haben es versäumt, durch eine generelle Flexibilität für mehr Beschäftigung zu sorgen. Deshalb ist ein Beharren auf verkrusteten Strukturen eine weitere Ursache dafür, daß

der hohe Stand der Arbeitslosigkeit erhalten bleibt oder sogar noch wachsen wird. Ein solcher Zustand kann auf Dauer nicht hingenommen werden. Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich, denn Arbeitslosigkeit ist verlorenes ökonomisches Potential. (C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Was verstehen Sie denn von Ökonomie!?)

ganz zu schweigen von den menschlichen Folgen, die noch erheblicher sind. Die Arbeitsplätze der Zukunft liegen im Bereich der arbeitsteiligen gewerblichen Wirtschaft, der privaten Dienstleistungen, der Informations- und Kommunikationsmedien, nicht dagegen im öffentlichen Dienst - das aber auch nur, weil der Staat sich das gar nicht leisten kann.

Die F.D.P.-Fraktion nimmt daher das Angebot des Finanzministers an, gemeinsam über unterschiedliche Vorstellungen zu diskutieren und mitzuhelfen, Wege aus der Misere zu finden. Deshalb unterstützen wir auch die 2 % kw-Vermerke für die Bereiche, in denen Organisationsuntersuchungen noch nicht angelaufen sind.

Aber - das sage ich auch mit aller Deutlichkeit -: Die Politik hat auch zu erklären und festzulegen, welche Aufgaben in Zukunft wegfallen sollen. Personaleinsparungen ohne Aufgabenkritik, Deregulierung und Rationalisierung allein erfüllen nicht den Zweck. Es muß deutlich erklärt werden, auf welche staatlichen Leistungen verzichtet werden soll, denn sonst lösen wir den Knoten nicht auf. (D)

Die F.D.P.-Fraktion will auch nicht, daß nur die Minderqualifizierten auf der Strecke bleiben. Vielmehr muß ein Stellenabbau oben wie unten gleichermaßen treffen. Denn sonst haben wir hinterher nur noch Häuptlinge und keine Indianer mehr.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie wollen am liebsten der alleinige Häuptling bleiben!)

Wie erkennen an, daß das Land seine Leistungen im Bereich der Tageseinrichtungen enorm gesteigert hat. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß auch unsere Gemeinden ihren Anteil daran leisten, obwohl sie bei den Betriebskostenerstattungen schlechter dastehen als vor wenigen Jahren.

(Zustimmung des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.]

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Auch der Wohnungsbau setzt Hoffnungszeichen, wobei im Bereich des sozialen Wohnungsbaus die Standards überprüft werden sollten, um mit den knappen Mitteln noch mehr Wohnungen bereitzustellen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wir widersprechen auch nicht der erfreulichen Bilanz in der Altenpolitik, allerdings nicht ganz selbstlos, denn: Wie du deine Alten behandelst, so wirst du später selbst behandelt. Das sollte als Maxime für uns gelten, die wir heute Entscheidungen zu treffen haben.

(Zustimmung des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.]

Insofern machen mir die Diskussionen im Unterausschuß Personal und im Haushalts- und Finanzausschuß Sorgen, bei denen sich ein erheblicher Personalmehrbedarf für die Umsetzung der Pflegeversicherung abzeichnet. Wir wissen alle, daß dieser Landtag noch die Streichung eines Feiertages als Finanzierungsgrundlage beschließen muß. Rechne ich nun einen solchen Feiertag auf die Beschäftigtenzahl des Landes um, so gewinnen wir bei der Streichung eines Feiertages rund 2,9 Millionen Arbeitsstunden. Das sind, in Stellen umgesetzt, ca. 1 700 Stellen. Das wiederum wären 0,5 % der Beschäftigten des Landes, aber verblüffenderweise auch 2 % kw-Vermerke, Herr Finanzminister. Interessant zu erfahren in diesem Zusammenhang wäre, ob Sie den Feiertag bei Ihren 2 % kw-Vermerken schon eingerechnet haben oder ob er noch außen vor ist.

- (B) Ich habe auf diese Dinge deshalb so hingewiesen, weil dies zeigt, daß durch Streichung eines Feiertages auch ein erheblicher Gewinn an Arbeitszeit und Stellen kommt. Wir sollten das im Hinterkopf behalten, wenn es um Personal- und Stellenvermehrungen in diesem Bereich geht.

Eine andere Botschaft aus diesem Lande: Die Kriminalität steigt, die Aufklärungsquote sinkt, und der Finanzminister sagt: Wir Sparen nicht bei der inneren Sicherheit! - So gut, so schön, kann ich da nur sagen.

Allein von den angeführten 340 Millionen DM bereitzustellender Mittel im Jahr 1995 gehen weit über 40 Millionen DM für die Ersatzbeschaffung alter Polizeifahrzeuge drauf. Wir tragen die notwendigen Beförderungen im Polizeibereich mit. Dabei setzen wir allerdings auch voraus, daß diese Gelder nicht versickern, sondern einen Motivationsschub und eine Effizienzsteigerung auslösen werden.

Allerdings hat uns die Neuorganisation der Polizei durch den Innenminister nicht überzeugen können. Es knirscht im Getriebe des Polizeiapparates. Zum Teil hat der Bürger von seiner Polizei jetzt weniger als vor der Umorganisation.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Das stimmt überhaupt nicht, Herr Kollege!)

Gleichfalls ist interessant zu hören - das können Sie bei der GdP und in Briefen des Innenministers nachlesen, Frau Kollegin -, daß die Neuorganisation der Polizei in den letzten Wochen und Monaten den polizeilichen Alltag aller Behörden bestimmt hat. Das haben wir in der heutigen Zeit nun wirklich nicht nötig, die Polizei von ihren Einsatzaufgaben abzulenken, indem neue Organisationsstrukturen eingezogen werden, für deren Leistungssteigerung bisher jeder Beweis ausgeblieben ist.

Es ist überhaupt merkwürdig in diesem Land, daß Übertretungen und Fehler von Verkehrsteilnehmern sofort und strikt geahndet werden, während dies bei der Verbrechensbekämpfung aus der Sicht der Bürger allemal zu wünschen übrig läßt.

(Beifall bei der F.D.P. - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt eine Regel im Lande: Du mußt siebenmal klauen, ehe du in der Blech sitzt, aber eine Verkehrsübertretung, und sie haben dich am Haken. - Da kann etwas nicht stimmen, da ist etwas nicht in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu hört man auch nicht viel vom Innenminister, es sei denn, er will die Radarüberwachung in gemeindliche Hände legen, damit dort Geld in die Kassen kommt. Der Verkehrsübertreter, den die Polizei bei einer Geschwindigkeitskontrolle erwischt, wird bestraft, ermahnt und aufgeklärt. Es findet also gleichzeitig eine Belehrung des Bürgers statt. In gemeindlicher Hand bleibt hingegen nur übrig abzukassieren. Welche Idiotie ist hier entstanden, daß bei stationärer Radarüberwachung - sprich: Kameras - der Autofahrer bestraft und zur Kasse gebeten wird, der Motorradfahrer aber nicht, weil das fehlende Nummernschild vorn und der Helm ein Abkassieren unmöglich machen. Ich bin einmal auf den Musterprozeß gespannt, wenn es darum geht, wie hier die Gleichheit vor dem Gesetz hergestellt wird.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es gibt keine Gleichheit im Unrecht!)

(Wickel [F.D.P.])

- (A) Die F.D.P.-Fraktion ist weiter der Auffassung - wir haben dies seit Jahren hier vorgetragen und beantragt -, daß die Polizei von sachfremden Aufgaben zu entlasten ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Freie Fahrt für freie Bürger - das ist Ihr Credo!)

Jetzt - kurz vor den Wahlen - steht das auf einmal in der Rede des Finanzministers. Wenn wir durch die Städte unseres Landes gehen, fallen uns von Monat zu Monat mehr Angehörige privater Wach- und Schutzdienste auf. Da kein Mensch im unserem Land unnötig Geld ausgibt, muß es hierfür ein Bedürfnis geben. Dieses Bedürfnis kann doch nur entstehen, weil das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr gewährleistet ist. Das sollte jedem Minister und jedem Rechtspolitiker Anlaß zur Sorge geben. Wenn das so weitergeht, werden wir uns in diesem Landtag noch intensiver mit der Aufgabenerfüllung privater Wach- und Schutzdienste auseinandersetzen müssen.

- (B) Im übrigen zweifle ich daran - das ist mit Vorfällen in letzter Zeit zu begründen -, daß die nordrhein-westfälische Methode der Deeskalation bei Polizeieinsätzen noch zeitgemäß ist. Für mich besteht darin ein Unterschied, ob ich Menschen mit politischen Absichten und geringer Gewaltbereitschaft vor mir habe oder ob ich von Anbeginn an gewaltbereite und Gewalt suchende Chaoten als Gegner vor mir habe. Jede Zeit hat ihre Methoden. Die Methoden müssen einander angepaßt werden.

Für die F.D.P.-Fraktion dieses Hauses sage ich klipp und klar: Wir stehen nicht hinter, wir stehen vor unserer Polizei.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Politik und das Klima in einem Land wie dem unseren werden nicht nur vom Haushaltsgeschehen bestimmt, sondern einschneidender und stärker vom Regierungshandeln. Jeder, der nordrhein-westfälische Autobahnen benutzt, ärgert sich die Platze. Da benötigt man für wenige Kilometer fast eine Stunde, um hinterher festzustellen, daß drei Helden - so nenne ich sie einmal - eine Nut in die Fahrbahnoberfläche fräsen oder eine ähnliche Anzahl einige Meter Leitplanken anbringt oder die Grünstreifen pflegt. Tausende von Arbeitsstunden gehen so täglich auf nordrhein-westfälischen Autobahnen verloren,

(Beifall bei der F.D.P.)

und die sich in Stop and Go bewegenden Fahrzeugschlangen belasten in unzulässiger Weise unsere Umwelt. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Das muß doch nicht so sein. Dies ist eine Frage von Organisation und Arbeitseinteilung. Diese Aufgaben können ohne diese Belästigungen gelöst werden, es sei denn, es wird die Ideologie zum Prinzip erhoben, den Kraftfahrzeugverkehr zu behindern, wo immer es eben geht.

Das gleiche gilt für die Selbstherrlichkeit der Bezirksregierungen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich Bundesverkehrsminister spielen und Geschwindigkeitsbegrenzungen nach persönlichem Willen bestimmen. Diese Kleinstaaterei sollte im 20. Jahrhundert vorbei sein.

Damit wären wir auch schon beim Verkehrsminister unseres Landes: Herr Kniola meldete sich gestern mit der Aussage zu Wort, er wolle das 30 km/h-Programm fortsetzen. Es ist unbestritten, daß in reinen Wohngebieten 30 km/h-Zonen gewünscht und auch sinnvoll sind. Wir sollten jedoch alle im Hinterkopf haben, daß in diesen Wohngebieten nur diejenigen schneller fahren, die dort auch wohnen. Kein Fremder fährt durch Wohngebiete, um einen bestimmten Zielort zu erreichen. Meine Kritik setzt dort an, wo schleichend und mit hoher finanzieller Förderung des Landes diese reinen Wohngebiete verlassen werden und die autofeindliche Politik nie aus dem Auge verliert, daß 30 km/h gesamtstädtisch gelten sollten. Wer durch Nordrhein-Westfalens Städte und Gemeinden fährt, weiß kurz hinter dem Ortsschild, ob die Gemeinde oder Stadt mehrheitlich von der SPD regiert wird, weil die Behinderungen im Straßenverkehr augenfällig sind. (D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das nenne ich Transparenz!)

Wir hören in unseren Städten die Beschwerden der Bürger, die durch Kopfsteinpflaster einen unerträglichen Lärm verspüren und die unsere Haushaltspolitik in den Gemeinden mit den notwendigen Kürzungen angreifen, weil wir für einen solchen Unsinn wie Straßenrückbau, Straßenumbau, Straßenmöblierung, Aufpflasterung und Buckel Geld übrig haben.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Alles kalter Kaffee!)

(Wickel [F.D.P.])

- (A) Dies scheint sich bei der Landesregierung noch nicht herumgesprochen zu haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hinzu kommt, daß sich örtlich fast kein Mensch an die Geschwindigkeit in der 30-km/h-Zone hält, es sei denn, die Aufpflasterungen und Buckel sind so zahlreich, daß die Geschwindigkeit eines Pferdekarrrens herauskommt.

Das, meine Damen und Herren, sind keine Zukunftsinvestitionen, sondern das sind weggeworfene Gelder, die die Erneuerung des Landes um keinen Schritt voranbringen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Gipfel allerdings sind diese 30-km/h-Straßen, auf denen unser öffentlicher Personennahverkehr fährt. Wir geben in meiner Heimatstadt Bonn mehr als 25 Millionen DM für die Beschleunigung von Bahnen und Bussen aus, und dann wird dieser mit viel Geld beschleunigte Verkehr in diesen Straßen gestoppt; durch verkehrsberuhigte Straßen mit Aufpflasterungen wird er unzulässigerweise behindert. Meine Damen und Herren, beide Maßnahmen natürlich mit Förderung des Landes!

- (B) (Abgeordneter Rohe [SPD]: Demnächst findet kein Verkehr mehr statt!)

Hier sollte sich der Verkehrsminister einmal einschalten, um diesem Unsinn ein Ende zu setzen. Oder weiß in der Landesregierung die rechte Hand nicht, was die linke tut?

Ein Verkehrsminister übrigens, der mit dem sogenannten Semesterticket einen Subventionstatbestand neuer Art in die Welt gesetzt hat, dessen Ende noch nicht abzusehen ist! Es wird höchste Zeit, daß wir gemeinsam nach einer Konzeption suchen, wie der fast unbezahlbare ÖPNV in Zukunft gestaltet werden soll.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Sie sollten einmal damit fahren!)

Damit sind wir mitten im Gemeindegeschehen. Die Märchenstunde sollte zu Ende sein, daß nur der Bund Lasten an die Gemeinden weiterreicht. Hier marschieren Bund und Land Hand in Hand. Die Pauschalierung von Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge ist ein Beispiel; die Pläne des Innenministers, Polizeiaufgaben

- auf die Städte zu übertragen, sind nur Schlaglichter aus jüngster Zeit. (C)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist falsch, was Sie da sagen, Herr Kollege!)

Ich mache auch keinen Hehl daraus, daß sich meine Kritik gleichermaßen an Bonn und das Land wendet. Wer in Bonn nicht weiß, daß sich Gemeinden nur verschulden dürfen, um Investitionen zu tätigen - anders als Bund und Land, die sich für jede Maßnahme Geld leihen können -, der benötigt Nachhilfestunden in Gemeindehaushaltswirtschaft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hier sollte klar und deutlich die Rolle des Landes als Schlange im Paradies unserer Wünsche herausgestellt werden. Die gewollte Politik mit Zuschüssen von 60 bis 80 % für gewünschte Maßnahmen hat in vielen Räten und Gemeinden dazu geführt, Maßnahmen zu beschließen, für deren Eigenanteil an der Finanzierung das Geld geliehen werden mußte, ganz abgesehen davon, daß die oft hohen Folgekosten dann von der Gemeinde bezahlt werden müssen.

- (D) Es freut mich und müßte uns alle freuen, daß diese Anreizfinanzierungen im Haushalt zurückgehen und damit mancher Unsinn ein Ende findet. In unseren Städten und Gemeinden empfinden die Bürger die Gebührenbelastung inzwischen als zweite Miete. Diese Gebührenbelastung ist eigentums- und mieterfeindlich, vor allem da kein Ende in Sicht ist. Hier müssen wir etwas im voraus leisten, damit die Kosten gesenkt werden können. Dabei hat das Land eine Führungsaufgabe in der Absenkung oder Aussetzung von Standards. Es muß nicht alles vom Feinsten sein; denn unsere Bürger müssen dann bezahlen, was sie überhaupt nicht bestellt haben.

Ein Erlebnis - wirklich ein Erlebnis, meine Damen und Herren - sind die Eingangsworte des Innenministers Herbert Schnoor auf Seite 16 der Broschüre zur neuen Kommunalverfassung. Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen. Ich zitiere:

„Daß zu dieser Leistungsfähigkeit und Leistungskraft auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen hinzukommen muß, ist eine Binsenweisheit. Die finanziellen Möglichkeiten seitens des Landes zur Unterstützung der Kommunen sind weitgehend erschöpft.“

Das müssen Sie alle einmal nachlesen.

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Deshalb gilt es, in Zukunft Verzicht zu üben und die anstehenden Maßnahmen auf das Notwendige und Machbare zu beschränken.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist doch vernünftig! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Sehr vernünftig!)

Jetzt wird es noch toller:

Wie im Privaten gilt auch für die Kommunen der Grundsatz: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Ich betrachte das, gelinde gesagt, als eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Haben Sie das nicht verstanden, Herr Kollege?)

Sie, Herr Dr. Schnoor, sind stellvertretender Ministerpräsident dieses Landes und hätten die Aussagen, die ich zitiert habe, seit Jahren beherzigen und das große Vorbild des Landes sein können. Wenn das so gewesen wäre, säßen wir heute nicht so im Schlamassel.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

- (B) Ich empfinde es als Hohn, so etwas in eine Broschüre zur neuen Gemeindeordnung hineinzuschreiben,

(Beifall bei der F.D.P.)

wenn das Handeln der Herrschaften, die das schreiben, seit Jahren das Gegenteil von dem ist, was sie jetzt von den Gemeinden verlangen.

(Erneut Beifall bei der F.D.P.)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen die verkrusteten Strukturen dieses Landes aufbrechen, die Verschuldung zurückfahren, zu soliden Finanzen kommen, die Zukunft technikfreundlich gestalten, die Abgabenlast für den Bürger senken, dann - davon bin ich überzeugt - hat dieses Land auch eine blühende Zukunft.

Wie konnten wir heute morgen staunenden Auges in den Zeitungen lesen: NRW strebt ein Bündnis mit der Wirtschaft an! - Ich muß Ihnen zugestehen, meine Damen und Herren von der SPD, daß wir nicht glaubten, daß Sie so schnell lernen würden. Alles das, was da regierungsseitig verkündet wird, können Sie allerdings

schon bei Dr. Achim Rohde - überschrieben: "Ein neuer Aufbruch" - nachlesen. (C)

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Wer ist das denn?)

Achim Rohde, unser Fraktionsvorsitzender, hat das alles schon schriftlich niedergelegt.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Und zwar gut!)

Er schreibt: "Die Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - eine neue Partnerschaft für Deutschland." Das sind Aussagen von Achim Rohde.

Wir treten mit Ihnen - und das tun wir gern - in den Wettstreit über die Modernisierung ein. Dazu gehören nur die GRÜNEN nicht, weil die fußkrank sind.

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sagen Ihnen: Wenn Sie in unserem Garten wildern, dann wildern wir auch in Ihrem Garten. Auch wir sind die Partei, die die Interessen von Arbeitern und Angestellten vertritt

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

und die sich um die Menschen in diesem Lande kümmern. (D)

(Beifall bei der F.D.P. - Fortgesetzt Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Es ist interessant, daß die Kolleginnen und Kollegen - vor allem die Damen der SPD - jetzt so lachen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Wissen Sie, wodurch wir uns unterscheiden?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Herr Dr. Vesper, Sie müssen sich ganz heraushalten, Sie haben mit Arbeit überhaupt nichts am Hut.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Aber Sie! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Was mache ich denn hier?)

Ich will Ihnen ein Beispiel aus dem täglichen Leben nennen - vielleicht ist der eine oder andere von Ihnen Fischer -: Wenn man angeln geht, und die Fische bei-

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Ben nicht, gibt es den berühmten Trick des Anfütterns. Man wirft etwas Futter in diese Angelstelle. Siehe da, auf einmal kommen die Fische, weil sie merken: Da gibt es etwas. Dann hat man sie leichter an der Angel.

Ich behaupte jetzt: Sie haben jahrelang eine Politik der Anfütterung betrieben. Wir sagen es anders: Wir nehmen moderne Fanggeräte,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie haben nur die Angel!)

spezielle Fliegen und fangen die Fische, ohne sie anzufüttern. Das unterscheidet uns - dargestellt in einem praktischen Beispiel - bei dem, was Sie und wir als Arbeiter- und Angestelltenpolitik verstehen .

(Zustimmung der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.]

Sie haben die Schulden gemacht, wir müssen sie bewältigen. Daran sehen Sie schon, welche Methode erfolgreicher ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Wickel, Sie sind der Fisch, Sie haben es nur noch nicht gemerkt!)

- (B) Wir sagen Ihnen: Machen Sie ruhig Ihre Arbeitskreise unter der Führung von Wirtschaftsunternehmern. Dann machen wir eben unsere Arbeitskreise unter der Führung von Gewerkschaftern.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Daraus, meine Damen und Herren, mögen Sie erkennen: Der Wettstreit um die Modernisierung in diesem Lande hat begonnen. Wir sind gut gerüstet, der Start ist frei. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wickel, ich glaube, zum Schluß hatten Sie

kein Manuskript mehr. Sie haben Ihre Zielgruppe doch deutlich verfehlt. (C

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das bestimmen wir selber, Herr Kollege!)

Zu der Frage, wer hier fußkrank ist: Herr Wickel, ich glaube, Sie fahren zu oft Auto. Die Fußkranken in diesem Lande sind eindeutig die F.D.P.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Sie schleppen sich doch mit Mühe zum Rednerpult!)

Wir bangen doch gemeinsam, ob Sie überhaupt jemals wieder gewählt werden. Doch ich will eigentlich zu einem sehr ernstern Thema kommen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Gemeinsam!)

Wir bangen auch, wenn es um die Koalitionsfrage in diesem Landtag geht. Aber ich will etwas grundsätzlicher ansetzen. Ich möchte auf das zurückkommen, was Herr Trinius vorhin dankenswerterweise schon angesprochen hat. Ich zitiere: "Die Politik spaltet Deutschland in arm und reich." Das ist das Fazit einer kürzlich vorgelegten gemeinsamen Studie der evangelischen und der katholischen Kirche. Diese Studie bringt die soziale Wirklichkeit in diesem Lande auf den Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU]) (D

Einige Beispiele: 500 000 Kinder wachsen in Obdachlosenheimen auf. In den letzten zehn Jahren hat sich - bezogen auf den Westen - die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelt. 6 Millionen Menschen leben in Deutschland unter der Armutsgrenze. 800 000 Menschen sind obdachlos. Es fehlen rund 2 Millionen Wohnungen. Das ist eine schlimme Belastung für die Zukunft unseres Landes.

Dem Fraktionsvorsitzenden der CDU in diesem Landtag, Herrn Linssen, paßt das wohl überhaupt nicht in den Kram. Er hatte nichts Besseres zu tun, als die Autoren in den Boden zu stampfen: Die Autoren "benutzen mit der These von der Zweiklassengesellschaft Begriffe und Bilder der alten SED-Propagandisten."

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Schlimm!)

Dann sagt Herrn Linssen weiter: "Aufgabe der Kirche ist die Verkündigung der frohen Botschaft." Herr Linssen, ich empfinde es als wirklich zutiefst unchristlich, so skrupellos mit Parolen aus dem kalten Krieg um sich

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- A) zu werfen und die berechtigten Sorgen der Kirchen zu diffamieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Ihrer Haltung paßt die Ankündigung von Kohl, nach der Bundestagswahl die Sozialhilfe kürzen zu wollen. Offensichtlich vertraut die CDU darauf, daß die oberen zwei Drittel dieser Gesellschaft diesen sozialen Kahl-schlag gutheißen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Jede dritte Mark wird für Soziales ausgegeben!)

Kohl sucht nämlich Sündenböcke, um seine Politik der Umverteilung und sozialen Ausgrenzung zu rechtfertigen. Die konservativen Hetzkampagnen gegen Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber haben das Klima in unserer Gesellschaft verhärtet. Diese Wirkung hätte nicht eintreten können, Herr Trinius, wenn die SPD gegengehalten und ernsthaft gekämpft hätte. Stattdessen ist sie umgefallen, ja, sie hat teilweise sogar noch mitgezogen.

Herr Schauerte, zu Ihrer Bemerkung vorhin: Geistiger Urheber der Abschaffung des Asylrechtes ist nicht die CDU. Das sind die Rechtsradikalen der DVU, NPD, der Repts.

- B) (Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Die haben die Hetze gegen Ausländer schon Mitte der 80er Jahre begonnen. Sie, Herr Schauerte, haben sie hoffähig gemacht. Das ist Ihr Verdienst.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Deswegen haben die jetzt so großen Zuspruch!)

Die Armut, Herr Schauerte, in Deutschland ist groß, und sie wächst.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die Armut im Geiste besonders!)

Gleichzeitig gibt es in Deutschland extremen Reichtum. Diese schreiende Ungerechtigkeit ist nicht gottgegeben, sie wurde von den Mächtigen in dieser Gesellschaft durchgesetzt.

Einige Zahlen dazu: In Deutschland gibt es nach vorsichtiger Schätzung mindestens 130 000 Millionäre, es werden täglich mehr. In den letzten zehn Jahren hat sich der Reichtum der Deutschen verdoppelt. Sie besitzen heute die gewaltige Summe von 10 000 Milliar-

den DM, davon rund ein Drittel in Geldvermögen, also ohne Immobilien und andere Sachwerte. (C)

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Rund 30 000 Personen verfügen über ein jährliches Einkommen von über einer Million. Im Gegensatz dazu verfügt die untere Hälfte der Bevölkerung nur über 2 % des Vermögens.

Das Münchener Ifo-Institut - das steht wirklich nicht im Verdacht, etwa links zu sein - stellt dazu fest:

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich weiter. Während das Nettoeinkommen aus Gewinnen, Zinsen und Mieten in diesem Jahr 1994 um 9 % wächst, schrumpft die Lohnsumme um 1,5 %. Der Absatz von Haushaltsgütern stagniert, aber der Trend zu höherwertigem Schmuck steigt. Statt Silber ist Platin gefragt.

Das ist das Fazit des Ifo-Instituts in seinem August-Bericht. Das können Sie nachlesen.

Ein anderer Vergleich ist noch interessant: Die öffentliche Verschuldung hat im letzten Jahrzehnt um etwa 1 000 Milliarden DM zugenommen. Im gleichen Zeitraum wuchsen die privaten Vermögen um 4 500 Milliarden DM. Das ist das Viereinhalbfache. (D)

Das ist wohl kein Zufall. Die Einkommensstarken in dieser Gesellschaft wurden mit immer neuen Steuersenkungen und Steuergeschenken bedient, auf Kosten der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, deren Einkommen dann weiter gekürzt wurden.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Politik der CDU!)

Man kann es eigentlich Herrn Rexrodt nur danken - Herr Wickel, passen Sie einmal auf -, daß er es offen ausgesprochen hat.

Für die Zukunft sind nämlich neue Steuergeschenke geplant, auch wenn das nur über Verschuldung zu finanzieren ist. Herr Wickel, ich denke, Sie sollten zunächst einmal mit Ihren Parteikollegen in Bonn reden, bevor Sie hier mit solchen Thesen auftreten.

Unsere Gesellschaft ist reich genug. Ihr Reichtum wird allerdings nicht gerecht verteilt und genutzt. Der SPD-Oberbürgermeister von München, Herr Kronawitter, hat vor einiger Zeit eine Vermögensabgabe auf Großvermögen gefordert. Er wollte damals 1,5 % auf die

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Großvermögen pro Jahr und das Ganze über 10 Jahre - ein Vorschlag, der von der SPD, so denke ich, mit spitzen Fingern angefaßt und dann schnellstmöglich beerdigt wurde, weil Sie nichts mehr fürchten, als daß Ihnen Klassenkampf oder Sozialneid vorgeworfen werden könnte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist auch etwas Unanständigs!)

Wir GRÜNEN wollen dagegen, daß die extrem ungerechte Vermögensverteilung in unserem Lande - Herr Schauerte, wahrscheinlich nicht von Ihnen, aber von vielen anderen - als Problem begriffen wird. Von Ihnen erwarten wir da keine Unterstützung; aber von der SPD, die ja mit dem Anspruch auftritt, die kleinen Leute zu vertreten, würden wir uns schon etwas mehr Unterstützung wünschen.

Helmut Kohl, der Bundeskanzler, der im Wahlkampf 1990 angetreten ist, nicht eine einzige Steuer zu erhöhen, hat in dieser Legislaturperiode massivst zugeschlagen. Er hat die Verbrauchsteuern um 150 Milliarden DM in diesem Gesamtzeitraum erhöht, gleichzeitig aber die Einkommensteuer um 50 Milliarden DM gesenkt. Also: einerseits 150 Milliarden DM mehr bei den Verbrauchsteuern; das betrifft überwiegend die Ärmere. Gleichzeitig 50 Milliarden bei der Einkommensteuer gesenkt; das kommt den Besserverdienenden zugute.

- (B) Das Bundesverfassungsgericht hat inzwischen mehrere für die Bundesregierung vernichtende Urteile gesprochen; aber Herrn Waigel interessiert das offenbar überhaupt nicht. Er war bisher nicht dazu zu bewegen, das steuerfreie Existenzminimum anzuerkennen und in den Steuertarif einzuarbeiten. Er redet zwar gelegentlich davon, aber Fakt ist, daß keine Vorschläge von Waigel auf dem Tisch liegen. Damit macht er knallhart Politik gegen die Verfassung und knallhart Politik gegen den sozialen Frieden in unserem Lande.

Die SPD hat diese Politik mitgetragen; denn die meisten der unsozialen Steuerrechtsänderungen waren im Bundesrat zustimmungspflichtig. Die SPD hätte sie verhindern können. Diese Chance, meine Damen und Herren von der SPD, haben Sie vertan.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Auch mit den Koalitionsregierungen unter Beteiligung der GRÜNEN!)

Die SPD hat zum Teil sogar noch weitergehende Steuererleichterungen für Unternehmer gefordert - im Interesse der Besserverdienenden, die sich dann so gern "Lei-

stungsträger" nennen. Mit diesen Steuergeschenken (C) wollten Sie wohl Punkte im Unternehmerlager machen. Sie müssen also sehr enttäuscht gewesen sein, als dann die Bosse doch zur Wahl von CDU und CSU aufgerufen haben, weil denen wohl das Original immer noch lieber ist als die Kopie, zumal wenn es eine schlechte Kopie ist.

Bei der Sparpolitik der 80er Jahre griff die Regierung Kohl immer nur zum Rotstift: bei den Renten, beim Arbeitslosengeld, bei der Sozialhilfe, beim sozialen Wohnungsbau, ja sogar bei den Kranken und Behinderten. In den letzten Jahren ist immer weniger zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit getan worden; Folge: Im Westen haben wir heute mehr als 2,5 Millionen gezahlte Arbeitslose. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen, die zum Teil eben aus verdeckt Arbeitslosen bestehen, die offiziell vom Arbeitsamt nicht erfaßt werden, liegt weit, weit höher.

Die Regierung Kohl hat unseren Sozialstaat schon so weit ruiniert, daß wir bald amerikanische Zustände haben werden: Armut, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung, Alkoholismus, Drogenabhängigkeit erleben wir heute in einem zuvor nicht geahnten Ausmaß. Die Opfer dieser falschen Sparpolitik finden wir buchstäblich auf der Straße.

Es ist interessant: Die Oberbürgermeister zahlreicher deutscher Großstädte - parteiübergreifend - haben sich (D) gegen die Entstehung von Slums in unseren Großstädten ausgesprochen und davor gewarnt, daß, wenn die Politik so weitermacht, das eine unvermeidliche Konsequenz sein wird. So weit sind wir schon gekommen: Slums in unseren Großstädten!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Da passen wir schon auf!)

Es ist unerträglich zu sehen, daß in einem der reichsten Länder der Erde die Abfallkörbe in Bahnhöfen durchwühlt werden.

(Beifall der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Wenn im Sozialbereich weiter so gekürzt wird, Herr Schauerte, werden die gesellschaftlichen Folgekosten, also Kosten, so anwachsen, daß sie kaum noch zu bewältigen sind. Das betrifft insbesondere die Folgekosten der Kriminalität, die Sie ja angeblich immer so bekämpfen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Wir GRÜNEN wollen, daß NRW alle Möglichkeiten ausschöpft, um der Bonner Kahlschlaglinie auf Landesebene etwas entgegenzusetzen. Die NRW-SPD hat die Umverteilungspolitik von unten nach oben aber mitgetragen. Anfänglich, 1986, gab es noch das Gerede vom "sozialen Gewissen gegen Bonn". Inzwischen hat die SPD auf ganzer Linie kapituliert.

Die SPD hat den landespolitischen Spielraum für eine gerechtere Sozialpolitik nicht genutzt. Ein Beleg dafür: In den letzten drei Jahren sind die Sozialausgaben Nordrhein-Westfalens im Verhältnis zum Gesamthaushalt zurückgegangen. Im Haushalt 1993 hatten wir noch einen Anteil von 12 %, 1995 nur noch 10 %, also zwei Prozentpunkte weniger, fast eine Milliarde DM weniger für den Sozialbereich!

Bei der Vorstellung des Landeshaushalts, Herr Schleußer, haben Sie die vier Paradebereiche Ihrer Politik in den Mittelpunkt gestellt - Kindergärten, Altenpflege, Wohnungsbau und Ihre Politik für die Kohleregionen - und die hier als Erfolge sozialdemokratischer Politik dargestellt. Schauen wir uns das einmal etwas genauer an!

Stichwort "Kindergartenplätze"! Herr Schleußer, Sie haben behauptet, schon 1998 werde die Vollversorgung in NRW erreicht sein. Was ist daran?

- (B) (Minister Schleußer: Habe ich nicht behauptet!)

- Haben Sie nicht behauptet? Das steht in den Zeitungen; dann müßten Sie das einmal dementieren. Aber wahrscheinlich haben Sie diese Meldung gern in Kauf genommen; es klingt ja auch sehr positiv.

Was ist tatsächlich? Wir bräuchten nach Ihren eigenen Rechnungen - darauf komme ich gleich - zusätzlich 250 000 Kindergartenplätze schon 1996, um die Grundlage zur Verwirklichung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz sicherzustellen. 25 000 Kindergartenplätze sollen pro Jahr gebaut werden. Also, Herr Schleußer - sicherlich eine einfache Rechnung -, wird es nicht 1998, sondern 2005.

Allerdings haben Sie dann immer noch die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn zahlen soll ja nicht vor allem das Land, sondern sollen die Kommunen und die Eltern über ihre Elternbeiträge.

Die Versorgungsquote lag Ende 1993 offiziell bei 75 %. Was ist tatsächlich? Sie rechnen ja nur auf der Basis von drei Jahrgängen, nicht auf der Basis von dreieinhalb Jahrgängen, die nämlich tatsächlich eine

Kindergartenversorgung brauchen. Dann ist noch gar nicht von dem Bedarf nach Kinderhorten und Kinderkrippen gesprochen worden. Also, Herr Schleußer: nicht einmal im Jahre 2005, sondern Vollversorgung am Sankt-Nimmerleins-Tag - das ist Ihre Politik! (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort: Altenpflege. Wir brauchen tatsächlich mehr Tagespflegeplätze für alte Menschen, denn der Bedarf an neuen Wohn- und Betreuungsformen für alte Menschen steigt kontinuierlich. Dagegen sprachen sich in Münster bei einer Befragung zum Beispiel nur 2,4 % der Befragten ausdrücklich für eine Heimunterbringung aus. Dennoch lassen Sie Jubelarien erklingen, wenn Sie einige wenige neue Heimplätze geschaffen haben.

Wenn wir uns zum Beispiel an der Versorgung Dänemarks, unseres nördlichen Nachbarn, orientieren würden, müßten in NRW 100 000 Tagespflegesätze für alte Menschen geschaffen werden.

Stichwort: Wohnungsbau. In der Wohnungsbaupolitik leben Sie von der Substanz der Wohnungsbauförderungsanstalt, das heißt von der Rückzahlung alter Darlehen. Da geht überhaupt kein frisches Landesgeld hinein.

Dann, Herr Trinius - ich sehe ihn gerade nicht - zu den Wahlgeschenken in diesem Haushalt, gerade noch ein Wahlgeschenk vor der Kommunalwahl: Da werden 100 000 Haushalte von der Fehlbelegerabgabe befreit. Damit heizen Sie die Verdrängungskonkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zu Lasten von kinderreichen Familien, von Alleinerziehenden und Ausländern/innen an. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, höchst unsozial. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen wesentlich mehr Geld für die sozialen Aufgaben des Landes mobilisieren.

Dann kommt natürlich Ihr "Totschlag-Argument": Das ist ja alles nicht zu finanzieren. Das Argument kennen wir schon seit Jahren. Wir haben darauf auch bereits seit Jahren Antwort gegeben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist einfach richtig!)

Wir haben als einzige Fraktion in diesem Landtag eine ganz detaillierte Streichungsliste, eine Ausgabenkürzungsliste und eine Einnahmenliste vorgelegt, die Sie

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) nicht zur Kenntnis nehmen wollen, aber das ist Ihr Problem - andere haben es zur Kenntnis genommen.

Da sage ich Ihnen: Alle unsere Vorschläge finanzieren wir über Umschichtungen innerhalb des Haushaltes sowie über Einnahmeverbesserungen nach Recht und Gesetz,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Über Luftnummern!)

weil wir wissen, daß für eine Erhöhung der Neuverschuldung in NRW kein Platz ist. Wir wissen, daß die öffentliche Verschuldung eine solche Höhe erreicht hat, daß eine weitere Steigerung nicht mehr hinnehmbar wäre. Wir müssen die staatlichen Handlungsspielräume auch für die Zukunft erhalten, gerade wenn und weil wir ökologisch und sozial umsteuern wollen.

Aber, wir können einsparen - tatsächlich. Wir können einsparen zum Beispiel bei den Unternehmenssubventionen. Da setzen Sie nämlich Milliardenbeträge Jahr für Jahr in den Sand. Die Wirkung dieser Milliardenbeträge ist äußerst gering,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Kohle und Stahl!)

- (B) zum Teil sogar negativ. Wir wissen aus Untersuchungen, wir wissen aus Befragungen von Unternehmen: 80 % bis 90 % der Mittel, die da verausgabt werden, sind völlig ineffektiv, weil die Unternehmen ihre Investitionen auch ohne diese staatlichen Zuschüsse getätigt hätten.

(Minister Einert: Quatsch!)

Arbeitsplätze können Sie damit schon gar nicht schaffen. Daß Sie Jahr für Jahr mehr als 1 Milliarde DM für einen solchen Unsinn verschwenden, während gleichzeitig die großen sozialen Probleme in NRW noch größer werden - das ist der eigentliche Skandal. Das ist eine Belastung für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Das Geld fehlt für die sozialen Aufgaben und den ökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen.

Sie verstecken eine erzkonservative Wirtschaftsförderungspolitik hinter einigen grünen Tupfern. Beispiel: Internationale Bauausstellung Emscherpark. Da haben Sie einige Vorzeigeprojekte entwickelt. Aber angesichts der ungebremst weitergeführten harten Wirtschaftsförderung mit Ausbau von Straßen, mit Neubau von Müllverbrennungsanlagen und Großkraftwerken kann man

das wirklich nur als symbolische Ersatzhandlungen bezeichnen.

Ich nehme das Beispiel des gigantischen Einkaufszentrums Neue Mitte Oberhausen oder den Filmpark Bottrop. Damit fördern Sie extrem verkehrsfördernde, das heißt autofördernde Projekte, die die Lebensbedingungen in der Emscherregion nachhaltig verschlechtern, also nicht verbessern werden. Auch das ist eine Belastung für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Wir setzen dem eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik entgegen, die sich nicht auf einige grüne Tupfer beschränkt, sondern eine flächendeckende Umsetzung von ökologischen und sozialen Reformprojekten fördert.

Dieser Strukturwandel - jetzt komme ich zu einem heiklen Thema - verlangt klare Prioritätensetzungen, gerade auch in den Montanregionen. Zur Zeit geben wir rund 1,2 Milliarden DM pro Jahr allein aus dem Landshaushalt für Steinkohlesubventionen aus - 1,2 Milliarden DM. Bundesweit sind es 13 Milliarden DM pro Jahr.

Wir GRÜNEN sagen: Der Steinkohlenbergbau ist nicht zukunftsfähig und muß innerhalb einer Generation beendet werden. Die freiwerdenden Fördermittel sind vorrangig für den Umbau der Kohleregionen und den Ausbau der dortigen Umweltindustrie einzusetzen. Damit - das ist das Wichtige - werden wir per Saldo mehr Arbeitsplätze schaffen, -

(Beifall bei den GRÜNEN)

als durch den kalkulierten Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau verlorengehen. Das Ruhrgebiet braucht den ökologischen sozialen Strukturwandel. Wir GRÜNEN wollen ihn einleiten. Sie wollen daran festhalten, wir wollen den Strukturwandel wirklich einleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um diese Landesaufgaben zu finanzieren, Herr Einert - -

(Zuruf vom Minister Einert)

Wir leben in Nordrhein-Westfalen gemeinsam, und wir kämpfen gemeinsam darum, daß dieses NRW vorankommt.

(Minister Einert: Davon habe ich noch nie etwas gehört!)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- A) - Herr Einert, wenn Sie das nicht begreifen, was wir sagen, kann ich Ihnen auch nicht helfen. Vielleicht sollten Sie es in einer ruhigen Stunde einmal nachlesen.

Wir müssen, um unsere Landesaufgaben zu finanzieren, jede einzelne Aufgabe auf den Prüfstand stellen. Da komme ich zu F.D.P. und CDU. Das vermisse ich bei Ihnen: Sie fordern immer nur mehr, aber wo Sie einmal etwas abbauen wollen, verraten Sie nicht.

Sie sagen immer, Stellen allgemein sollen gestrichen werden. Das kann jeder. Aber wo wollen Sie denn konkret Stellen streichen? Legen Sie das doch einmal auf den Tisch? Das habe ich bisher noch nicht gefunden, obwohl ich im zuständigen Ausschuß bin.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Manchmal!)

Wir müssen aber nicht nur die Ausgaben auf den Prüfstand stellen, wir müssen auch Einnahmen sichern. Das ist mindestens genauso wichtig. Diese Einnahmen werden durch leichtfertige Steuergeschenke in Bonn und durch die grassierende Steuerhinterziehung gefährdet.

Da komme ich zu einem Bericht einer Arbeitsgruppe der Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen - Herr Schleußer, Sie kennen ihn wahrscheinlich sehr gut -: Da werden nicht Schlupflöcher aufgelistet, da werden "Scheunentore" aufgezeigt, durch die man seine Steuern retten kann. Folge: Steuerausfälle in Höhe von 130 Milliarden DM pro Jahr bundesweit.

B)

Ich zitiere einmal aus dem Bericht:

Im Zusammenhang mit der vollständigen Besteuerung der Zinsen sind den Finanzbehörden effiziente Ermittlungen durch das Bankgeheimnis in § 30 a Abgabenordnung weitgehend verwehrt. Die Aufhebung des § 30 a erscheint als unabdingbar. Der § 30 a schützt einen Bereich, der es nicht verdient.

So die Finanzbeamten in ihrem nüchternen Behördendeutsch.

Was sagt der zuständige Minister Schleußer dazu? Er brauchte nur einen Tag, um sich von diesem Vorschlag zu distanzieren. Da reden andere offener. Ich zitiere den Finanzpräsidenten der Oberfinanzdirektion Freiburg, der eine Einschränkung des Bankgeheimnisses fordert, um der Steuerflucht vorzubeugen.

Er beschuldigt den Gesetzgeber, ganz bewusst die Steuerflucht begünstigt zu haben. Dieser Vorwurf der Begünstigung der Steuerflucht, ausgesprochen vom Prä-

sidenten einer Oberfinanzdirektion, trifft auch die SPD, die diesem Paragraphen im Bundesrat zugestimmt hat. (C)

Herr Schleußer, Ihre eigene Finanzverwaltung hat festgestellt, daß es Steuerhinterziehung in zigfacher Milliardenhöhe tatsächlich gibt. Das ist ja auch kein Wunder, wenn zum Beispiel Mittelbetriebe nur alle 11,4 Jahre geprüft werden, Kleinbetriebe im Durchschnitt nur alle 22 bis 55 Jahre. Das erleben also die Inhaber möglicherweise überhaupt nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Großbetriebe werden zwar kontinuierlich geprüft - formal kontinuierlich geprüft -, aber keineswegs vollständig. Die Prüfer können nämlich aus Zeitmangel nur einige wenige ausgewählte Bereiche unter die Lupe nehmen, was ebenfalls die Steuerhinterziehung erleichtert.

Herr Schleußer, Ihre eigene Arbeitsgruppe kommt zu eindeutigen Ergebnissen. Die Einstellung zusätzlicher Betriebsprüfer und Steuerfahnder würde erhebliche Mehreinnahmen bewirken.

Ich zitiere noch einmal aus dem Bericht der Finanzverwaltung:

Die Testergebnisse bestätigen die Auffassung der Arbeitsgruppe, daß die derzeitige Prüfungsdichte bei weitem zu gering ist. Da eine Steigerung der Prüfungsdichte in erster Linie nur über die Personalmenge zu erreichen ist, wird hier erkennbar, daß eine erhebliche Personalverstärkung der Betriebsprüfung geboten wäre. (D)

Herr Schleußer, eindeutiger kann man es nicht formulieren. Hier ist Ihre persönliche Verantwortung. Sie müßten aus Gründen der Steuergerechtigkeit für eine wirksame Besteuerung nach Recht und Gesetz sorgen. Was haben Sie getan? Sie haben 210 Stellen in der Betriebsprüfung gestrichen, also nicht etwa mehr Betriebsprüfer eingestellt, sondern 210 Stellen gestrichen. Sie haben die Zahl der Auszubildenden in der Steuerverwaltung um rund 150 gekürzt. Sie haben damit ohne Not den Rat Ihrer Fachleute mißachtet. Sie leisten damit, Herr Schleußer, persönlich Amtshilfe zur Steuerhinterziehung. Das kann man aus diesem Vorgang nur schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie lassen, Herr Schleußer, keine Möglichkeit aus, die Steuerhinterziehung zu bagatellisieren. Dagegen beklage-

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A) gen Sie dann populistisch den angeblich so hohen Anteil der Personalkosten am Landeshaushalt. Daraus muß man den Schluß ziehen: Die Staatsdiener sind eigentlich an den Finanzproblemen des Landes schuld. Wir GRÜNEN halten das für ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Kein Dienstleistungsunternehmen würde sich doch darüber wundern, wenn es einen Personalkostenanteil von 40 % hat. Das ist doch völlig normal. Für elementare Landesaufgaben, sei es der Kampf gegen Steuerhinterziehung, sei es der Abbau der extremen Steuerrückstände, sei es die bedarfsgerechte Ausstattung der Gewerbeaufsicht, sei es die Lehrerversorgung an unseren Schulen, fehlt überall Personal, um die drängenden Aufgaben zu bewältigen.

Wenn schon Einsparungen in diesem Bereich gefordert sind, dann bitte nicht bei der Zahl der Beschäftigten, sondern bei den Privilegien der besserverdienenden Beamten. Hier sind Regierung und Gesetzgeber gefordert, die es zugelassen haben, daß einerseits Polizei- und Finanzbeamte von äußerst geringen, ja kümmerlichen Gehältern leben müssen, während es andererseits eine große Zahl besserverdienender Beamter - Lehrer, Hochschullehrer, Ministerialbeamte - gibt, die im Lauf der Jahre zusätzlich bedient wurden. Die Ministerialverwaltung wurde personell aufgebläht und dadurch die Einkommensschere im öffentlichen Dienst immer stärker geöffnet. Da die große Mehrheit der Landesbeamten zu den Besserverdienenden gehört - die Besserverdienenden setzen wir ab A 12 an, um einmal irgendwo ein Maß zu setzen -, schlägt eine solche falsche Politik natürlich auch dramatisch auf den Haushalt durch. Hier liegt die eigentliche Belastung für die zukünftigen Haushalte: nicht die Zahl der Beamten, sondern die Einkommensschere und die Privilegien der Besserverdienenden im öffentlichen Dienst.

(B)

Herr Schlußer, Sie sind Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder. Da hätten Sie einmal tätig werden können. Sie hätten dort versuchen können, die zahlreichen offensichtlichen Ungerechtigkeiten in der Besoldungsstruktur zu beseitigen. Herr Finanzminister Schlußer, Sie haben kein Recht, sich hier über die Explosion von Personalkosten zu beschweren, wenn Sie gleichzeitig mit dafür verantwortlich sind, daß genau diese Regelungen in Kraft getreten sind.

In Nordrhein-Westfalen sind offiziell - offiziell! - 780 000 Menschen ohne Arbeit. Deshalb haben wir GRÜNEN uns sehr darüber gefreut, daß Herr Müntefering, unser Arbeitsminister, eine 10%ige Aufstockung der Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik auf immerhin 1,1 Milliarden DM angekündigt hat. Mit der Vorlage des Haushalts kam dann allerdings die Ernüchterung:

(C) Es sind nämlich nur 480 Millionen DM, nicht 1,1 Milliarden DM. Der Rest ist frei erfunden. Gegenüber den Vorjahren läßt sich überhaupt keine Steigerung erkennen, trotz der Zuspitzung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Also leider wieder nur gelogen!

Sie müssen die Lösung wohl in einer anderen Richtung suchen. Dafür spricht eine Äußerung von Herrn Farthmann - den ich heute leider noch nicht gesehen habe -, der wohl wieder einmal ein Tabu brechen wollte. Herr Farthmann sieht die einzige Lösung zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in den ungezählten Jobs im privaten Dienstleistungsbereich, die unter Tarif bezahlt werden und ohne soziale Absicherung bleiben. Also: Mehr Gelegenheitsarbeiten im Garten, als Fahrer, Babysitter, Fensterputzer usw. Das kann man wohl so zusammenfassen: Studentenjobs für alle.

Wahrscheinlich haben Sie das dem Arbeitgeberpräsidenten Murmann abgelauscht. Dieser will nämlich die Sozialhilfe für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger generell unter das Existenzminimum senken, so nach dem Motto: Es wird sie schon motivieren, wenn sie nichts zu fressen haben. Er will die Sozialhilfe unter das Existenzminimum absenken, damit sie sich den Rest durch Handlangerdienste hinzuverdienen müssen.

(D) Da könnte man doch den Vorschlag machen: Herr Schlußer, unterstützen Sie die Initiative der CDU-Mittelstandsvereinigung, die für mehr Schuhputzer auf unseren Straßen wirbt. Dann könnten Sie auch gemeinsam mit Herrn Schauerte auftreten. Das wäre doch einmal etwas Neues.

Wir GRÜNEN sind der Meinung: Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gibt es seriöse, vernünftige Ansatzpunkte, gerade auch auf Landesebene, zum Beispiel durch die Einrichtung von sozialen Betrieben nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen. Einerseits besteht - das ist unbestritten - ein immenser gesellschaftlicher Arbeitsbedarf bei der Reparatur von Umweltschäden oder bei sozialen Dienstleistungen, andererseits müssen immer mehr arbeitsfähige Menschen von Sozialeinkommen statt von Arbeitseinkommen leben. Dadurch entstehen dem Staat schon heute 40 000 DM Kosten pro Jahr und Empfänger. Es wäre möglich, dieses Geld für die gesellschaftlichen Aufgaben einzusetzen. Wir wollen damit Arbeitsplätze schaffen, die sich selbst tragen. Es geht um sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse, und das mit einer Perspektive auf Dauer, nicht um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die immer nur befristet, kurzfristig eingesetzt werden können. Vorsichtig kalkuliert könnte man hier 100 000

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Arbeitsplätze allein im Lande Nordrhein-Westfalen schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel, der öffentliche Dienst. Das Land Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Arbeitgeber in diesem Land - 350 000 Beschäftigte. Da könnte das Land schon heute bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Land muß eigentlich in diesem Sinne in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder intervenieren. Vielleicht sollten Sie einmal darüber nachdenken, ob nicht ein eigener Tarifvertrag für das Land Nordrhein-Westfalen zu besseren Ergebnissen im Interesse der Erwerbslosen dieses Landes führen würde.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Also mehr für den öffentlichen Dienst!)

Nächstes Beispiel, die öffentliche Auftragsvergabe. Die müßte in den Dienst einer ökologischen und sozialen Wirtschaftspolitik gestellt werden. In den Vergabekriterien muß die Förderung am Arbeitsmarkt strukturell benachteiligter Gruppen verbindlich verankert werden. Warum sollen nicht Betriebe, die öffentliche Aufträge entgegennehmen, Mindeststandards zur Beschäftigung zum Beispiel von Behinderten erfüllen?

- (B) Nächstes Beispiel, eine Umlagefinanzierung zur Schaffung von Lehrstellen, um den bedrohlich zunehmenden Lehrstellenmangel in unserem Land zu bekämpfen. Das ist übrigens auf Landesebene möglich, solange der Bund hier nicht tätig wird: eine Umlagefinanzierung zur Schaffung von Lehrstellen. Es ist doch ein Unding, daß die Wirtschaft einerseits immer mehr über den Facharbeitermangel klagt, aber andererseits nicht bereit ist, die Voraussetzungen für eine entsprechende Ausbildung zu schaffen.

Untersuchungen haben gezeigt, daß die Mittel aus Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktprogrammen weit unterdurchschnittlich Frauen zugute kommen, obwohl diese andersherum von der Arbeitsmarktmisere in besonderer Weise betroffen sind. Diese grobe Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen. Wir fordern eine bessere Beteiligung von Frauen an der Mittelvergabe. Mindestens muß eine Beteiligung entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Die rechnerische Differenz - das ist auch eine sehr interessante Zahl - zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit entspricht 2,6 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. 2,6 Millionen Vollzeitarbeitsplätze,

- wenn diese Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit abgebaut werden könnte! (C)

Anderes Beispiel: Durch den Abbau der über 2 Milliarden Überstunden pro Jahr in diesem Lande könnten rund 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Um das aufzugreifen, wollen wir GRÜNEN ein neues Arbeitszeitgesetz auf Bundesebene durchsetzen und damit den politischen Anstoß zu einer deutlichen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit geben. Die gesetzlich zulässige Arbeitszeit soll dabei auf 40 Stunden einschließlich maximal zwei Überstunden in der Woche bei unaufschiebbaren Arbeiten begrenzt werden. Diese Überstunden müßten aber dann durch Freizeit ausgeglichen werden. In NRW wird dieses Anliegen mit Füßen getreten.

Ich bin glücklich, daß wenigstens Herr Schwier noch hier sitzt. Herr Schwier, Sie fordern Lehrer zu Überstunden auf; das ist Ihr Programm. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Tausende arbeitsloser Lehrer, die ihren Beruf nicht ausüben können. Ich finde das skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Wie wollen Sie das denn finanzieren, Herr Kollege?)

- Viele Menschen wollen auf Teilzeitarbeit gehen, wenn diese sozial abgesichert ist. Deshalb brauchen wir geschützte Teilzeitarbeit mit einem Rückkehrrecht auf den Vollzeit Arbeitsplatz und einem Ausgleich der Nachteile in der Sozialversicherung. (D)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das ist doch gar nicht finanzierbar!)

Das waren nur kleine Beispiele für das, was auf Landesebene getan werden könnte. Unsere Landesregierung legt die Hände in den Schoß, sie tut gar nichts, sie verdrängt die Probleme.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Wie finanzieren Sie das denn, Herr Kollege?)

Tatenlosigkeit auch bei der Umweltvorsorge! Ich fange einmal mit dem Bereich Energiepolitik an. Offiziell gilt nach wie vor das Ziel, bis zum Jahre 2005 30 % der Kohlendioxidemissionen zu reduzieren. Das ist für die Festreden. Damit beansprucht die Bundesrepublik auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle. Auch die Landesregierung hat sich, zum Beispiel im Klimabericht, zu diesem Ziel bekannt. So schön, so gut. Getan wird aber nichts, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Die großen Energieversorger RWE, VEW, VE-

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A) BA haben schon längst erklärt, daß dieses Ziel - 30 % Reduktion - völlig unrealistisch ist.

Die Landesregierung hat dem überhaupt nicht widersprochen. Warum hat sie dem nicht widersprochen, fragt man sich. Vor allem, weil die Landesregierung selbst den neuen Braunkohlentagebau Garzweiler II vorantreibt. Da ist sie selbst dabei. Die geplante gewaltige Förderung und Verbrennung von Braunkohle paßt überhaupt nicht zum Ziel der Kohlendioxidreduktion. Im Gegenteil, die Braunkohle würde zu einer erheblichen Verschärfung des Klimaproblems und des Waldsterbens führen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Deshalb Stopp von Garzweiler II!)

Dann hat der Wirtschaftsminister einen genialen Schachzug gemacht - Herr Matthiesen war wahrscheinlich Mitinitiator -, er sagte: Wir knüpfen die Genehmigung von Garzweiler II an den Bau einer neuen - dann angeblich umweltschonenden - Kraftwerksgeneration. Das war KoBra, das neue Kraftwerk.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Das sollte RWE bauen. Jetzt haben die RWE-Oberen abgewunken, angeblich wegen technischer Probleme. Also, RWE ist wortbrüchig geworden. Sie, die Landesregierung, will aber trotzdem an der Genehmigung von Garzweiler II festhalten, und das unbedingt noch vor Ende der Legislaturperiode.

(B)

Das bedeutet, Energieverbrauch und Schadstoffbelastung bleiben auf heutigem Niveau, mit allen Belastungen für Klima und Umwelt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir GRÜNEN werden alles tun, um diese Genehmigung von Garzweiler II zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben unsere Alternativen schon längst hier ausbreitet. Wir fordern eine intensive Förderung der rationalen Energienutzung und der erneuerbaren Energiequellen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die heute in Nordrhein-Westfalen ein Schattendasein fristen. Die Fördersumme müßte erheblich aufgestockt werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(C) Tatsächlich ist es so, daß diese zukunftsorientierten Ausgaben heute niedriger liegen als die Kosten der Abwicklung der alten THTR-Abenteuer - Ihrer nuklearen Abenteuer, für die sich unser Ministerpräsident Rau noch zu seiner Zeit als Wuppertaler Bürgermeister stark gemacht hat.

Die Mittel für rationelle Energienutzung wurden seit 1985 um zwei Drittel zusammengestrichen. Also nicht etwa, daß neue Erkenntnisse der Klimaforschung die Landesregierung hier zu neuen Taten motiviert hätten, sondern im Gegenteil, die Mittel sind im Zehnjahreszeitraum auf ein Drittel zusammengestrichen worden.

Die Förderung des REN-Programms - das ist ja ein Vorzeigeprogramm zur Förderung rationaler Energienutzung und erneuerbarer Energiequellen - ist im Jahre 1994 so gering ausgestattet, daß es jetzt schon ausgeschöpft ist. Also, Sie frustrieren jetzt schon Antragsteller, Tausende umweltbewußter Menschen, die sich mit eigenem Geld an der Energiezukunft beteiligen wollen. Das genau ist typisch für Ihre Politik: große Ankündigungen, aber in Wahrheit geht es weiter im alten Trott; von Mut zur Umkehr keine Spur!

Ich möchte da den Bund Umwelt und Naturschutz einmal zitieren, der Ihnen eine Halbzeitbilanz präsentiert hat:

(D) Zukunftsbedrohend ist eine Politik, die den Menschen in NRW mit immer neuen Erfolgsmeldungen vormacht, die Umweltprobleme seien im wesentlichen durch technokratische Nachsorge in den Griff zu bekommen. Etwas weniger Selbsttäuschung und mehr Ehrlichkeit würden der Landesregierung gut zu Gesicht stehen.

Ich glaube, dem ist wenig hinzuzufügen.

Vor zehn Jahren, im Wahljahr 1985, hatte die Regierung Rau - damals, um die GRÜNEN aus dem Landtag zu halten - die ökologische Erneuerung zum Wahlkampfthema gemacht. Im Jahre 1986, also im ersten Jahr nach jener Wahl, hatten Sie immerhin 1,2 Milliarden DM für Umweltschutz im weitesten Sinne bereitgestellt und ausgegeben - 1,2 Milliarden DM -, sicherlich vieles für Maßnahmen, die uns nicht gefallen, sicherlich überwiegend keine Vorsorge, sondern Nachsorge, Reparaturmaßnahmen, Kläranlagenbau, Filtertechnologie usw. Aber immerhin: 1,2 Milliarden DM für Umweltschutz!

Jetzt sind wir zehn Jahre weiter, 1995. Da stehen im Haushalt für Umweltausgaben gerade noch 600 Mil-

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) lionen DM zur Verfügung, also gerade einmal die Hälfte, jetzt einmal ganz abgesehen von Inflation und anderem. Also 600 Millionen DM statt 1,2 Milliarden DM innerhalb von zehn Jahren!

Das ist eine wirklich katastrophale Entwicklung; denn bei dem Kampf um die knappen Ressourcen, um die Finanzen zeigt sich ja die eigentliche Prioritätensetzung einer Regierung. Dieses Beispiel beweist eindeutig, daß die Umweltpolitik jedenfalls nicht zu Ihren Prioritäten gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das überlassen sie dann gerne uns! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich glaube, daß dieser Kahlschlag eine Belastung für die Zukunft unseres Landes ist; er muß später einmal teuer bezahlt werden.

Es ist doch erlebte Realität und Alltagserfahrung: Müllgebühren, Trinkwassergebühren, Krankenversicherungsbeiträge etc. pp. steigen, ohne daß diesem zusätzlichen Kostenaufwand eine Qualitätsverbesserung gegenüberstände. Da zeigen sich nämlich schon die ökologischen Folgekosten einer ungehemmten Wachstumspolitik.

- (B) Herr Schleußer, ich habe mich wirklich gewundert: Sie haben in der letzten Woche in Ihrer Einbringungsrede behauptet, in Nordrhein-Westfalen gebe es ein - ich zitiere - "problemlösendes Wachstum". Herr Schleußer, das ist wirklich gnadenloser Unsinn. Ich frage mich, wer Ihnen das eigentlich aufgeschrieben hat: "problemlösendes Wachstum".

Wachstum, auch in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundesrepublik ist alles andere als problemlösend; es ist vielmehr problemverschärfend. Es wird auch immer aufwendiger, die Schäden zu reparieren, die durch unser Wirtschaftssystem verursacht werden. Die Berechnungen zeigen es: 20 % unseres Sozialprodukts werden ausschließlich für Reparaturen ausgegeben. Das Wachstum des Sozialprodukts wurde im letzten Jahrzehnt durch die wachsenden Umweltreparaturkosten mehr als aufgeessen. Das bedeutet nämlich im Klartext, daß das Sozialprodukt im Sinne von Wohlstand nicht gewachsen, sondern daß es geschrumpft ist. Viele Schäden sind praktisch unwiderruflich. Krebs und Hautkrankheiten, Allergien infolge der hohen Schadstoffbelastungen, Waldsterben, umkippende Nord- und Ostsee, verschmutzte Flüsse, die Schwermetallbelastung der Böden - das alles ist unwiderruflich.

(C) Die Kosten der Abfallentsorgung liegen heute bei jährlich 30 Milliarden DM. - Wachstumsraten: 15 % bis 20 %! Trotzdem werden ja noch Teile unseres Wohlstandsmülls legal oder illegal ins Ausland verschoben. Die Verbrennung von Hausmüll wird nicht nur die Umweltbelastungen vergrößern, sondern auch die Müllgebühren verdoppeln. Auf die Kommunen kommen Mehrbelastungen zwischen 40 Milliarden DM und 100 Milliarden DM zu.

Noch schlimmer: Billige Entsorgungsmöglichkeiten werden zunehmend als industrieller Standortfaktor begriffen, den es noch besonders herauszustellen und für den es noch zu werben gilt.

In der Wirtschaftsförderung verkaufen Sie das Ruhrgebiet als eine Region, die ja sowieso an Umweltverschmutzung gewöhnt ist. Aus dem alten Kohlenpott soll wohl in Zukunft das Müllklo der Nation werden. So weit verdichten sich schon die Verbrennungs- und Deponierungseinrichtungen.

(Widerspruch der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Ja, schauen Sie sich einmal an, wie das dort aussieht!

(D) Zu diesen Sondermülldeponien gehören seit einiger Zeit mehrere alte Zechen, in die in großem Stil - inzwischen wohl mehrere Millionen Tonnen - Sonderabfall unter Tage verbracht wird. Das ist unverantwortlich, weil niemand die Dichtheit der Stollen garantieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Gipfel der Verantwortungslosigkeit ist dann aber erreicht, wenn das Ganze auch noch unter dem Begriff "Recycling" verkauft wird, was wohl auch noch Umweltfreundlichkeit suggerieren soll.

Das Umweltbundesamt hat es vor kurzem amtlich gemacht: Sondermüll wird in großem Stil mit anderen Materialien vermischt und dann als angebliches Wirtschaftsgut ungestraft und völlig legal in den Zechen vergraben! Für die Ruhrkohle, die ja bekanntlich mit dem Rücken zur Wand steht, ist das so eine Art finanzieller Rettungsanker, für die Industrie ein billiges Entsorgungsventil; für die Umwelt aber ist es lebensgefährlich.

Vergraben und vergessen - diese Ihre Haltung ist eine schlimme Belastung für die Zukunft unseres Landes.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Wir GRÜNEN meinen: So geht es nicht weiter! Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell und ein verändertes Konsumverhalten, das die horrenden ökologischen Folgekosten unseres heutigen Wachstumsmodells vermeidet. Wohlstand ist nämlich nicht, wenn der Schornstein qualmt, sondern wenn wir warme Füße haben.

Zentraler Baustein eines ökologischen Wirtschaftskonzepts sind die Öko-Steuern. Umweltbelastendes Verhalten muß teurer, umweltschonendes Verhalten billiger werden. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Andere Bundesländer, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen. In Nordrhein-Westfalen dagegen blockieren Matthiesen, Einert und Schleußer die Einführung von Öko-Abgaben, ja, sie haben sich sogar geweigert, hier im Landtag überhaupt dazu Stellung zu nehmen, obwohl es einen Mehrheitsbeschluß gab, eben dazu Stellung zu beziehen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Aber die Abgaben wurden vor dem Gericht beklagt!)

Ich glaube, das ist nicht nur eine schlechte Politik, sondern ist auch ein sehr schlechter Stil gegenüber dem Landtag.

- (B) Wir GRÜNEN haben gefordert, umweltschädliches Verhalten wie den Kauf von Einweggetränkerverpackungen finanziell zu belasten. Die Stadt Detmold wollte eine entsprechende Steuer einführen; der Innenminister untersagte eine diesbezügliche Maßnahme.

Auch nach dem positiven Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur kommunalen Verpackungsteuer ist die Landesregierung nicht bereit, unseren Kommunen sofort die Einführung einer solchen Steuer zu erlauben, obwohl doch die Müllberge rund um die Imbißstuben und um die Fußballstadien geradezu zum Himmel schreien. Sie wollen wohl wieder einmal alles aussitzen. Sie warten nämlich auf eine Regelung auf Bundesebene - auf Bundesebene, von der wir doch bisher nur Enttäuschungen erlebt haben.

Herr Einert hat sich vor allem gegen die Einführung einer Sondermüllabgabe ausgesprochen, und er hat vor einem Jahr erklärt, Öko-Abgaben dürften auf keinen Fall die Chemieindustrie belasten, die ja eine Wachstumsbedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen besitzt. Ich frage mich: Wer denn sonst als die Chemieindustrie, die ja nun wirklich unser Umweltverschmutzer Nr. 1 in diesem Lande ist, soll denn belastet werden?

(C) Herr Töpfer gilt in Bonn als Ankündigungsminister, weil er immer wieder Großtaten verkündet, die sich als Luftnummern herausstellen. Das ist leider bei Herrn Matthiesen genauso. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Das enorme Wachstum der Umweltindustrie in Nordrhein-Westfalen ist für Matthiesen immer wieder ein fast persönlicher Erfolg. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat hierzu bemerkenswerte Zahlen ermittelt: Überdurchschnittlich ist Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich nur bei der konventionellen Reparaturtechnik, also bei Filteranlagen, Deponietechnik, Müllverbrennung. Unterdurchschnittlich ist Nordrhein-Westfalen dagegen bei der vorsorgenden Umwelttechnik, Meß- und Regeltechnik.

Um die Zahlen zu nennen: Bei der modernen Umwelttechnik hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 9 %, während es eigentlich einen Anteil von 27 % an der Industrieproduktion haben müßte. Das ist keine Erfolgsmeldung, keine Erfolgsstory, das ist ein Rückstand Nordrhein-Westfalens in einem Schlüsselsektor für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung.

(D) Herr Matthiesen - er ist leider nicht hier - ist ja nicht einmal in der Lage, gültiges Umweltrecht gegen kurz-sichtige Unternehmensinteressen in seinem eigenen Wahlkreis, in Bergkamen, durchzusetzen. Da geht es um die Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Schering, die nicht einmal den Grenzwert der Technischen Anleitung Luft einhält, die vor neun Jahren in Kraft getreten ist. Herr Matthiesen weiß also seit neun Jahren, daß die Sondermüllverbrennungsanlage von Schering in Bergkamen, sozusagen vor seiner Haustür, die Werte der TA Luft nicht einhält. Er tut nichts dagegen, ja, er deckt diesen Rechtsbruch noch.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine neue Prioritätensetzung. Wir müssen zum Beispiel weg vom Straßenneubau und damit der Subventionierung des Autoverkehrs hin zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs. Es muß weniger und sparsamer Auto gefahren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wickel, übrigens ein Tip, wie man Staus vermeiden kann: Man könnte einfach weniger Auto fahren und weniger Autos haben;

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Das kann man nur machen, wenn man sein Geld vom öffentlichen Dienst bekommt wie Sie!)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) das würde wahrscheinlich wesentlich mehr helfen als alles andere, was Sie jemals vorgeschlagen haben.

(Abgeordnete Dedanwala [SPD]: Aber immer nur die anderen!)

Es muß weniger und sparsamer Auto gefahren werden. Dafür sind aber höhere Benzinpreise nötig - einschließlich einer entsprechenden sozialen Abfederung für solche Berufspendlerinnen und -pendler, die wegen fehlenden ÖPNV-Angebots auf ihr Auto eben nicht oder noch nicht verzichten können. Im übrigen muß die Benzinrechnung für den einzelnen gar nicht unbedingt steigen, nämlich dann nicht, wenn die höheren Benzinpreise durch niedrigere Verbräuche ausgeglichen werden. Das 3-Liter-Auto gibt es doch schon längst, es ist konstruiert. Es muß nur endlich auch gebaut und auf den Markt gebracht werden.

Das Mineralölsteueraufkommen würde reichen, um die längst überfällige Erneuerung des Wagenparks von Bundesbahn und Nahverkehrsbetrieben zu finanzieren. Darauf müßte und könnte sich auch die Automobilindustrie einstellen. Sie wäre dann nämlich keine Schrumpfungsbranche mehr, sondern eine Zukunftsbranche, die sich auf eine zukunftssträchtige Produktion konzentrieren könnte.

- (B) Was macht unsere Landesregierung? Auch in diesem Landeshaushalt sind die Ausgaben für den Straßenneubau wieder höher als für den ÖPNV. Straßenneubau: 689 Millionen DM, öffentlicher Personennahverkehr: 569 Millionen DM. Ja, Minister Kniola hat sich sogar schon für den Bau der Rheinquerung der A 44 entschieden. Er ist sogar bereit, hierfür eine private Finanzierung zu akzeptieren, was den Bau ja bekanntlich um 50 % verteuern würde. Offensichtlich hat sich also die Autolobby hier auf breiter Front durchgesetzt.

Umweltminister Matthiesen schimpft immer dann über das Auto, wenn seine Kritik folgenlos bleibt. Mir ist nicht bekannt, daß Herr Matthiesen sich einmal dafür eingesetzt hätte, daß die Mittel für Straßenneubau zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs gesenkt werden. Statt dessen hat die Landesregierung im Bundesrat sogar dem Bau des Transrapid zugestimmt, also einem 10-Milliarden-DM-Abenteuer für die öffentlichen Haushalte ohne erkennbaren verkehrs- und umweltpolitischen Sinn.

Die Wirtschaftspolitik der GRÜNEN geht davon aus, daß Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, sondern sich ergänzen und verstärken. Mehr Umweltvorsorge bedeutet mehr sinnvolle Beschäftigungsmög-

lichkeiten und eine Verringerung der Folgekosten des Wirtschaftens und damit auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Umweltschutz ist kein Jobkiller, sondern eher ein Jobknüller. (C)

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

SPD, CDU und F.D.P. sind dagegen nach wie vor von der Vorstellung beherrscht, jedes Umweltproblem könnte durch eine noch effizientere Technik gelöst werden. Dazu gehören dann die Gentechnik, das Ökobenzin, der Transrapid, die Müllverbrennung usw. Der Einsatz dieser Risikotechnologien stellt aber eine schwere Belastung für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen dar.

Wir GRÜNEN setzen dem das Leitbild einer naturgemäßen, sanften Technik entgegen, die von vornherein Umweltschäden vermeidet und nach ökologisch und sozial verträglichen Lösungen für die vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnisse sucht. An die Stelle der heutigen Umweltreparaturtechniken muß zunehmend die Umweltvorsorge treten. Dazu gehören zum Beispiel langlebige, reparaturfreundliche Gebrauchsgüter, die eine hohes Abfallaufkommen verhindern, oder die Nutzung erneuerbarer Energiequellen anstelle fossiler Energieträger.

Meine Damen und Herren, noch gibt es die Chance zum Umsteuern. Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung in dieser reichen Gesellschaft. Wir wollen umweltschädliches Verhalten finanziell bestrafen, umweltverträgliches Verhalten dagegen belohnen. Wir wollen moderne Umwelttechnik fördern, die eine Zukunft hat. Wir wollen Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit finanzieren. (D)

Das geht nur, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse ändern. Dafür werden wir GRÜNEN in Bund und Land kämpfen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind nun fast dreieinhalb Stunden, die diese Debatte dauert. Ich habe sie aufmerksam verfolgt, wenn auch nicht in jedem einzelnen Punkt;

(Minister Schleußer)

- (A) denn ich finde, auch für die Landesregierung gibt es Grenzen der Zumutbarkeit.

Meine Damen und Herren, dies ist nicht überheblich: Wenn ich die Diskussionsbeiträge der Opposition hier verfolge, muß ich sagen, daß es häufig kaum Sachkenntnis in den Argumenten gab. Das werfe ich Ihnen nicht vor.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich sage nur: Daß Sie ablehnen, diese Sachkenntnis zu erwerben, ist das eigentliche Problem. Dabei muß ich allerdings bleiben.

Ich habe mich bei dem, was ich hier gehört habe, manches Mal gefragt, welches Land und welcher Haushalt eigentlich gemeint sind. Es war schwer zu verstehen, daß dieser Landeshaushalt, der am vergangenen Donnerstag eingebracht worden ist, angesprochen wurde, daß dies der Hintergrund war.

Herr Kollege Schauerte, ich habe viel Verständnis dafür gehabt, daß Sie aufgrund der Erfahrungen im Bundestag - die Sie ja höchstens am Bildschirm mitbekommen haben - sagten: Wir wollen keine Diskussion wie in Bonn, sondern wir wollen eine faire, offene Auseinandersetzung. Ich kann Ihnen bestätigen: Lustig war es teilweise. Ob die Fakten darunter gelitten haben, können wir gleich gemeinsam untersuchen.

(B)

Aber es waren auch üble Behauptungen dabei - zum Beispiel was Günstlingswirtschaft angeht -, unüberlegte, unüberprüfbare, unbelegbare Behauptungen, die nicht gut waren.

Ich möchte davor warnen - das tue ich wirklich aus Überzeugung -: Es gibt nichts Schlimmeres, als auf die eigene Propaganda hereinzufallen. Ich meine, daß Ihnen das im Verlauf dieser Debatte wiederholt geglückt ist; sonst wären Sie nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß dies ein raffinierter, aber schädlicher Wahlkampfhaushalt sei.

Herr Kollege Wickel, nicht nur zu dem, was Sie heute gesagt haben, sondern auch zu Ihrer Presseerklärung vor acht Tagen muß ich sagen: Ich habe schon ganz andere Aussagen von Ihnen gehört. Ich nehme es Ihnen aber nicht übel, daß jetzt auch bei Ihnen offensichtlich die vor uns liegenden Wahlen die Musik mit bestimmen. Vielleicht können wir wieder besser miteinander umgehen, wenn dieser Termin vorbei ist.

Eines habe ich nicht verstanden; das müßten Sie vielleicht in den Ausschusssitzungen deutlich machen: Welchen Einfluß, glauben Sie, hat die PDS auf den nordrhein-westfälischen Haushalt?

(C)

(Teilweise Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ihr ist eine so lange Phase gewidmet worden, daß ich verzweifelt darüber nachgedacht habe, welchem Assistenten oder Redenschreiber - oder wer auch immer da infiltriert - das zuzuschreiben ist. Bis zum Dezember haben wir ja aber noch Möglichkeiten, das ausgiebig zu erörtern. Bei Ihrer Offenheit bin ich sicher, daß Sie mir diese Beziehung zwischen PDS und Landeshaushalt darstellen.

(Beifall und Zurufe von der SPD - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Herbe Kritik hat es im gleichen Zusammenhang an Oskar Lafontaine gegeben, Herr Kollege Wickel. Ich glaube, sie galt nicht so sehr dem Ministerpräsidenten des Saarlandes,

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Auch!)

sondern dem Schattenfinanzminister. - Herr Kollege Rohde, da müßten wir doch fast einer Meinung sein.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das weiß ich noch nicht!)

(D)

In dem, was gestern in Bonn zur Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes gesagt worden ist, dürften wir uns eigentlich nicht unterscheiden.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das ist richtig!)

Ihre Kritik galt dem Schattenfinanzminister, und deshalb wird das Saarland mit hineingezogen.

Ich bitte ja nur um Objektivität. Ich bitte nur zu vergleichen, wie der saarländische Haushalt 1985 nach Jahrzehnten CDU-Landesregierung ausgesehen hat. Da gab es seit Jahrzehnten schon keinen Haushalt mehr, der der Verfassung entsprach. Das haben der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes und das Bundesverfassungsgericht übereinstimmend festgestellt. Das heißt, die sozialdemokratisch geführte Landesregierung des

(Minister Schleußer)

(A) Saarlandes hat ein völlig überschuldetes Land vorgefunden

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Eine Erblast! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] - Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Aber die SPD hat es noch schlimmer gemacht!)

mit erheblichen blockierenden Zinsausgaben. Das Ergebnis ist, daß man Altlasten nicht mehr richtig zurechnet, sondern sie dem Nachfolger überläßt. Das ist wohl Methode.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Jetzt steht er bettelnd vor Herrn Waigel! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Christdemokratische Erblast! - Zurufe der Abgeordneten Dautzenberg und Dr. Linssen [CDU])

Ich wollte es zumindest gesagt haben.

Nun sagte Herr Kollege Schauerte - der gerade telefonieren muß, aber sicherlich bald fertig ist -, mein Umgang mit Bonn in der letzten Woche sei ein sehr moderater gewesen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Kein Vorwurf!)

(B) - Das mag sein, wenn man den Ton mit der Lautstärke verwechselt. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, Herr Kollege Schauerte, daß ich die Bonner Finanzpolitik für eine Katastrophe für diese Republik und für ein Übel für unser Land und für unsere Gemeinden halte.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Davon habe ich kein Stück zurückzunehmen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er darf nicht vernünftig sein! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Er darf sich nicht vernünftig zeigen!)

Ich will Ihnen das gern belegen:

Herr Wickel und auch Herr Schauerte haben gesagt, daß das Land Nordrhein-Westfalen täglich 23 Millionen DM Zinsen zu leisten habe - Zinsen, die auch dem Finanzminister weh tun, wie sie jedem hier im

Landtag weh tun müßten; denn wir alle insgesamt sind an solchen Entscheidungen beteiligt. (C)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber für die hausgemachten Schulden!)

- Herr Linssen, zu den hausgemachten Schulden komme ich gleich.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Was ich noch feststellen kann: Der Bundeshaushalt hat von 1982 bis 1994 441 Millionen DM neue Schulden aufgenommen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Milliarden!)

- 441,5 Milliarden DM neue Verschuldung nach 1982.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Bei welchen Erfordernissen!)

- Ich komme gleich dazu!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sagen Sie einmal, wie es bis zur deutschen Einheit und danach ist!)

In den Sonderrechnungen, den Schattenhaushalten, sind in dem gleichen Zeitraum noch einmal 579 Milliarden DM Schulden versteckt. Das heißt von 1982 an - nicht seit Gründung der Republik - eine Verschuldung von 1 Billion 20 Milliarden DM, 1 020 Milliarden DM von 1982 bis 1994. (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das sind doch Sozialismus-Altlasten! - Gegenruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

- Das dachte ich mir! Immer, wenn Sie nicht weiterwissen, sind es Altlasten, Herr Linssen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Dann rechnen Sie doch fairerweise bis 1990! Dann kommt ein ganz anderes Bild!)

Ich habe doch eben schon etwas von den Fakten gesagt, die Sie nicht wahrnehmen wollen, und von der Sachkenntnis, die Sie sich nicht zulegen wollen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Doch! Ich möchte sie gern hören!)

(Minister Schleußer)

- (A) Sie können sich darauf verlassen: Ich habe in meiner jetzigen Rede keine einzige eigene Zahl genannt, sondern ich beziehe mich jeweils auf Aussagen der Bundesregierung, des Sachverständigenrates und von CDU-Gutachten. Wenn Sie auch das alles noch in Frage stellen, können Sie weiterschimpfen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ich stelle doch gar nichts in Frage!)

- Dann hören Sie wenigstens zu!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ich bitte Sie nur, zwischen vor 1990 und danach zu differenzieren!)

Diese Neuverschuldung, die da zustande gekommen ist - Sie müssen die Reihenfolge beachten -, verursacht Zinsleistungen von 76,5 Milliarden DM im Jahr. Das sind 210 Millionen DM tägliche Verzinsung für das, was seit 1982 neu aufgebaut worden ist. Das alles ist schon eine ungeheure Belastung, Herr Kollege Wickel.

Ich habe gehört, was Sie zur allgemeinen Staatsverschuldung gesagt haben. Ich habe dabei vermißt, daß Sie ein prominentes Mitglied Ihrer Partei erwähnen, das der Bundesregierung angehört, also jemand ist, den Sie auch vorweisen wollen. Da hatte doch vor nicht allzu langer Zeit dieses Mitglied einen Vorschlag gemacht, wie man zur Steuerentlastung weitere Schulden aufnehmen kann.

(B)

(Zurufe von der [F.D.P.]: Den haben wir versenkt!)

- Ich höre gerade, die F.D.P. habe Herrn Rexrodt versenkt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schön wär's!)

Ich habe ihn gestern noch den gleichen Unsinn reden hören, den er schon einmal erzählt hat.

Das bedeutete doch, daß 50 Milliarden DM zusätzlicher jährlicher Neuverschuldung eine zumutbare Geschichte wären. Er hat gesagt, wenn man den Schleier und Nebel wegnimmt, daß dann für die Staatsverschuldung nicht 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes, sondern 2 % herhalten dürften. Und wir, die wir rechnen können, wissen, daß das eine Differenz von 50 Milliarden DM ergibt. Das wolle er jährlich darauflegen. Herr Kollege Wickel, damit hätte Ihr famoser Parteifreund in nur zwei Jahren die gleiche Verschuldung wie dieses Land

NRW in seiner gesamten Geschichte zusammengebracht mit genau den gleichen Zinsleistungen. (C)

Ich finde, das ist eine sehr beeindruckende Tatsache. Daran sollte man denken, wenn Sie wieder einmal behaupten, man habe ihn längst versenkt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Linssen, Sie sprechen davon, diese Verschuldung habe Gründe und Ursachen, die darauf zurückzuführen seien, daß wir eine schwere und große Jahrhundertaufgabe zu bewältigen hatten. Dazu sage ich Ihnen: Diese Aufgabe hat der Bund zu bewältigen, haben die Länder zu bewältigen und die Kommunen. Nach dem 13. März 1993 hat der Bundeskanzler gesagt: Mit dem, was in den drei Tagen Verhandlung in Bonn erreicht worden ist, ist eine solide und ausgewogene Basis für 1995 und weit darüber hinaus gefunden worden. - Das hat der Bundeskanzler festgestellt, nicht ich.

Dann gab es diese sehr komplizierten Gesetze, die sich FKP und SKWPG nannten. Dazu sage nicht ich, sondern sagt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, bei den gesamten Verhandlungen sei ein Mehr von 2,4 Milliarden DM für die Bundesregierung herausgekommen.

Das schlüsselt er auf, damit das nicht allein für sich stehenbleibt: Belastungen hat die Bundesregierung im Erblastentilgungsfonds von 28,6 Milliarden DM, Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer von 21,6 Milliarden DM, die BEZ eine zusätzliche Belastung von 19,3 Milliarden DM, die zusätzlichen Finanzhilfen für die neuen Länder 6,6 Milliarden DM, Kosten der politischen Führung, die der Bund eine Zeitlang übernimmt, 1,5 Milliarden DM. Das ergibt eine Belastung des Bundeshaushalts von insgesamt 77,6 Milliarden DM. (D)

Herr Dr. Linssen, Herr Echternach bleibt aber nicht bei dieser Belastung stehen, sondern er nennt auch die Entlastungen für den Bund: Die pauschale Vorsorge, die wir bei einer Reihe von Einsparungsmaßnahmen getroffen haben, teilungsbedingte Kosten und Kürzungen an die alten Länder machen insgesamt ein Volumen von 33 Milliarden DM aus. Der Wegfall der alten BEZ ergibt ein Volumen von 4,6 Milliarden DM, der Solidaritätszuschlag ab 01.01.1995 26 Milliarden DM - ich glaube eher, daß es 30 Milliarden DM sind -, SKWPG zugunsten des Bundes mit einem Volumen von 9,5 Milliarden DM, Übernahme der FDE-Anteile, d. h. der Anteile des Fonds Deutsche Einheit, durch die alten

(Minister Schleußer)

- (A) Länder 2,1 Milliarden DM. Das ergibt eine Entlastung in Höhe von 75,2 Milliarden DM, also eine zusätzliche Belastung des Bundes von 2,4 Milliarden DM. So der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Echternach.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Zitate, Herr Linssen. Daß die Ihnen nicht passen, mag ja sein.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nein, das stimmt doch nicht!)

- Wenn sich Studenten so verhielten, wie Sie das zur Zeit machen, würden Sie mit Sicherheit behaupten, die bestreiten alles, nur nicht ihren eigenen Lebensunterhalt. So verhalten Sie sich zur Zeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich wollte Ihnen das nur sagen, komme gleich aber unter anderen Punkten auch noch auf Zitate dieser Bundesregierung zu sprechen. Herr Kollege Linssen, ich komme mit dem Kollegen Schauerte und dem Kollegen Dautzenberg ausreichend gut zurecht.

- (B) Zum Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Finanzpolitik des Landes: Herr Kollege Schauerte, wir wissen, daß wir zwangsläufige Mehrausgaben beim Personal und bei den Zinsen haben. Die Zahlen, die Sie genannt haben, bestreite ich nicht. Wir haben aber trotzdem die Nettokreditemächtigung um 500 Millionen DM gegenüber dem laufenden Jahr senken können. Ich mache gleich noch ein paar Bemerkungen zu Ihrer Art der Wahrnehmung von Wirklichkeit. Ich hoffe, daß es noch etwas nützt.

Der Haushalt kann nur deshalb mit einer Steigerung von einem Prozent dargestellt werden, weil wir die geplanten Ausgaben der Finanzplanung um 1,3 Milliarden DM zurückgeführt haben. Das ist die Wahrheit und Klarheit dieses Haushalts.

Ich sehe ein, daß Sie es nicht gut haben können, daß dieses Land im Ländervergleich gut abschneidet. Aber noch einmal, Herr Kollege Dautzenberg: Wenn Sie alles das, was diese Landesregierung sagt, in Frage stellen, warum glauben Sie dann nicht wenigstens einem Gutachten, das die CDU in Auftrag gegeben hat? Warum akzeptieren Sie nicht das, was Ihre niedersächsischen Freunde vom RWI haben wissen wollen? Übereinstimmend wird über die gesamte Breite und gesamte Zeit festgehalten, daß Nordrhein-Westfalen bei den

- (C) Ausgaben die geringste Steigerungsrate aller Flächenländer hatte, die niedrigste Personalkostenquote und die niedrigsten Personalausgaben je Einwohner in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist beim Defizitabbau über ein Jahrzehnt lang das erfolgreichste Land gewesen. Das sind alles Aussagen des RWI, nicht Aussagen des Finanzministers.

Im Februar 1994, vor noch nicht einmal einem halben Jahr, ist dem Land bestätigt worden: Nordrhein-Westfalen hat den striktesten Konsolidierungskurs unter den Flächenländern eingeschlagen. Das, sage ich, ist schon ein gewichtiges Stück, bestätigt von anderen, nicht durch uns.

(Beifall bei der SPD)

Nun verlangt die CDU-Opposition die Vergleichbarkeit der Haushalte. Und wenn wir diese Vergleichbarkeit herstellen, werden wir kritisiert.

Die Länder und der Bund verhalten sich unterschiedlich, wie Sie wissen. Der Bund zeigt seine Ausgaben für die Kosten der deutschen Einheit überwiegend nicht in den Ausgaben, sondern er mindert seine Einnahmen. Die Mehrzahl der Länder macht das auch. Und wir sagen: Wir mindern nicht unsere Einnahmen, sondern wir weisen unsere Ausgaben aus.

- (D) Um aber eben diese Vergleichbarkeit zwischen dem Bund und vielen anderen Ländern herzustellen, hat der Bund - nicht wir - im Finanzplanungsrat vorgeschlagen, daß es einen Abgleich gibt zwischen denen, die die Veranschlagung über die Einnahmen machen, und denjenigen, die die Veranschlagung über die Ausgaben machen. Das heißt, um Vergleichbarkeit zwischen Bund und allen Ländern herzustellen, steigt der Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen um 1 %. Da gibt es keine Diskussion mit Baden-Württemberg, auch nicht mit Bayern und auch nicht mit der Bundesregierung. Diesen Streit gibt es nur im Landtag von Nordrhein-Westfalen, weil da die Einsicht in solche Entwicklungen fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Und da gibt es, Herr Kollege Schauerte, die Umsatzsteuer. Ich bin Herrn Kollegen Trinius dankbar, daß er bereits den ersten Versuch gemacht hat aufzuklären, wie es mit der Umsatzsteuer eigentlich vonstatten geht. Daß man einen solchen Unsinn immer wiederholen kann, liegt daran, daß der Länderfinanzausgleich nun einmal eine sehr komplizierte Veranstaltung ist. Er ist zwar nicht so kompliziert, wie die Bundesregierung das Steuerrecht gemacht hat, aber kompliziert genug; das

(Minister Schleußer)

- (A) sehe ich ein. Aber alle, die für die Finanzpolitik in diesem Haus und überall verantwortlich sind, müßten wissen, daß gerade in der Umsatzsteuer der schwere Block des Länderfinanzausgleichs liegt. Darum ist es so, daß der erhöhte Anteil von 44 %, den die Länder erhalten, d. h. die finanzschwachen deutlich und die finanzstarken nichts, dazu führt, daß Nordrhein-Westfalen bisher einen Anteil an dem Gesamtumsatzsteueraufkommen von 8,1 % hatte und künftig einen Anteil von 7,8 % am gesamten Umsatzsteueraufkommen haben wird.

Und dann kommt Ihre Bemerkung zu diesen Mindereinnahmen, woran wir die Kommunen beteiligen sollten. Das wollten wir nicht, außer den 23 % obligatorischer Beteiligungen. Grünewald, auch ein Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium - er ist eben schon einmal zitiert worden -, hat nämlich wörtlich gesagt:

Diese Regelung hat für 1995 zur Folge, daß unter Berücksichtigung des von 37 auf 44 % erhöhten Länderanteils an der Umsatzsteuer im Vergleich mit dem bis 1994 geltenden Recht die alten Länder Mindereinnahmen von ca. 2,8 Milliarden DM haben werden.

So Grünewald. Sie müßten ihn näher kennen. Soweit ich weiß, besetzen Sie zur Zeit seinen Wahlkreis.

- (B) (Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Nicht besetzen, übernehmen!)

Bei diesen 2,8 Milliarden DM ist Nordrhein-Westfalen mit guten 500 Millionen DM Mindereinnahmen dabei. Das heißt zwar Aufstockung für die Gesamtheit der Länder, aber in den Kassen des Landes Nordrhein-Westfalen ein Minus von 500 Millionen DM. Und das sind die Mehreinnahmen, die Sie heute morgen vorgerechnet haben. Ich möchte wissen, wie Sie an diese Zahlen kommen. Ich habe häufig sagen müssen, daß das mit den Zahlen und deren Umgang eine sehr eigenwillige Geschichte ist.

Sie haben gesagt, Sie seien im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Sie setzten sich mit den Problemen von Nordrhein-Westfalen auseinander, bezögen Ihre Diäten hier in Nordrhein-Westfalen, darum gelte nichts anderes. Ich erinnere mich an die Haushaltsdebatte des Jahres 1993, Herr Kollege Schauerte. Damals haben Sie mir den Bund und die Entwicklung des Bundes als Beispiel vorgehalten, dem ich folgen sollte: Eine Steigerungsrate des Haushaltes von nur 2 %, eine Nettokre-

ditaufnahme von nur 38 Milliarden DM, das sei doch vorbildhaft. (C)

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Alles Schall und Rauch! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Ach, Herr Schultz ist auch da!)

Herr Kollege, das hat bei dem Haushaltsentwurf gestimmt. Daß aus diesen 2 % nach dem Haushaltsplanentwurf ein Ergebnis von 7,1 % in den Ausgaben wurde, daß aus der Neuverschuldung mit einer Reihe von Stationen nicht 38 Milliarden DM wurden

(Abgeordneter Schultz [SPD]: 70!)

- nicht ganz 70, sondern nur 69,1 -, ist ein wenig danebengeraten. Sie haben nicht anschließend gesagt: Ich bedanke mich beim Finanzminister Nordrhein-Westfalens, denn dessen Ist-Zahlen, also Ergebnisse, haben unter den Planungszahlen gelegen, und sie wurden nicht so überschritten wie beim beispielgebenden Bund.

Daß die Opposition die Landesregierung bekämpft, ist üblich bei einer Opposition, aber daß sie das Ziel hin und wieder verfehlt und das Land trifft, ist eine andere Geschichte. Man sollte sich überlegen, ob dieses Verhalten der Opposition so richtig ist.

Kollege Schauerte hat gesagt, deutlich sehe man es auf dem Arbeitsmarkt, und brachte uns in die Nähe der neuen Länder, die noch ein bißchen besser dastehen. (D)

Ich sage nur: Die Behauptung ist falsch. Im August ist die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen um 2,6 % zurückgegangen. In den übrigen Flächenländern (West) gab es nur einen Rückgang um 1,5 %. Wenn ich für den Zeitraum der letzten 12 Monate die Zuwachsrate von 8,3 % in Nordrhein-Westfalen betrachte - eine beachtliche -, in den übrigen Ländern eine Zuwachsrate von 9,3 %, und wenn ich die weitere Entwicklung sehe - denn zum Arbeitsmarkt zählt nicht nur die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Entwicklung der offenen Stellen - und die Zahlen von August 1993 mit August 1994 vergleiche, dann hat es in Nordrhein-Westfalen ein Plus von 3,3 % an offenen Stellen gegeben und in den übrigen Flächenländern (West) ein Minus von 1,8 %.

Man sollte sich nicht über den grünen Klee loben; da gebe ich Ihnen recht. All denen, die es hören wollen: Auch in Nordrhein-Westfalen wird mit Wasser gekocht. Wir haben auch kein neues Produkt gefunden, mit dem wir kochen könnten, sondern auch wir kochen mit Wasser. Nur: Das Ergebnis, das wir in Nordrhein-Westfa-

(Minister Schleußer)

- (A) len erreichen, ist meist besser als das Ergebnis, welches in anderen Ländern oder beim Bund erreicht wird. Und darauf sind wir relativ stolz.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Wir haben eben anständige Köche!)

Damit sind wir bei den Investitionsausgaben, die das Land angeblich so sträflich vernachlässigt. - Sicher: Wir haben weniger Investitionsausgaben, nämlich rund 400 Millionen DM weniger. Ich möchte aber auch gerne ausführen können, worauf dieser Rückgang zurückzuführen ist, nämlich daß die Hälfte der Gesamtsumme auf zurückgehenden Investitionszuweisungen des Bundes beim Hochschulbau, bei der Agrarstruktur und beim Städtebau beruht. Das macht, wie gesagt, die Hälfte des Rückgangs der Investitionsausgaben aus. Die zweite Ursache liegt einfach darin, daß wir die Zweckzuweisungen im Steuerverbund gekürzt haben, damit die Schlüsselzuweisungen um 1 % steigen können. Das aber ist üblicherweise eine Forderung der Opposition, und deshalb wundere ich mich über Ihre Reaktion.

Eine Bemerkung noch zu dem sogenannten Rücklagen-trick. - Wir haben 490 Millionen DM planmäßig aus der Rücklage entnommen und eingestellt. Nur - das weiß auch Herr Kollege Schauerte -: Diese Rücklage ist bereits in der Nettokreditaufnahme enthalten. Dafür hat er uns bereits in den Jahren 1990/91/92 gescholten. Sie können es doch jetzt nicht wiederholen, nachdem wir Ihnen belegt haben, daß die von uns gewählte Verfahrensweise eine Zinsersparnis von rd. 100 Millionen DM gebracht hat. Wir führen die Rücklage jetzt zurück, aber die Kreditaufnahme steigt nicht, weil sie bereits in den Vorjahren enthalten war. Sie wissen das, denn wir haben das in einer Vielzahl von Gesprächen erörtert und dargelegt. Aus diesem Grunde halte ich eine solche Debatte für überflüssig.

Eine Bemerkung noch zu dem, wie die Bundesregierung angeblich die Gemeinden und die Länder entlastet. - Dazu gibt es die unterschiedlichsten Darstellungen. Es gibt Herrn Blüm, der von 2 bis 3 Milliarden DM Entlastung bei den Kommunen redet. Laut Herrn Rüttgers sind es 4,2 Milliarden DM. Und dann gibt es den Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, der am 30. August eine Pressekonferenz durchführt und zu dem Ergebnis gelangt, es sei eigentlich viel mehr: Er kommt auf 5,5 bis 6,5 Milliarden DM Entlastung der Gemeinden durch den Bund.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Er addiert Rüttgers und Blüm!)

Nur: Er macht einen entscheidenden und peinlichen Fehler. Er hängt seiner eigenen Rechnung eine Tabelle des Bundesfinanzministers an. Wenn man diese liest, stellt man fest: Nicht der Bundesfinanzminister behauptet eine Entlastung von 5,5 bis 6,5 Milliarden DM, sondern er kommt nur zu 839 Millionen DM. An der Presseerklärung des Oppositionsführers im nordrhein-westfälischen Landtag hängt ein Berechnungsblatt des Bundesfinanzministers, der seinerseits nicht 5,5 oder 6,5 Milliarden DM feststellt, sondern 839 Millionen DM.

Und auch diese Zahl ist noch falsch. Der Sachverständigenrat hat sich mit diesen Zahlen beschäftigt, und zwar mit dem Ergebnis, daß alle diese Maßnahmen keine nennenswerte Entlastung für Länder und Gemeinden bringen, wohl aber für den Bund. Es sieht nach Meinung des Sachverständigenrates so aus, daß die Länder insgesamt eine Entlastung von 144 Millionen DM erfahren - alle 16 Länder durch die Maßnahme des Bundes eine Entlastung von 144 Millionen DM! -, die Gemeinden eine Entlastung von 2,2 Milliarden DM - alle Gemeinden! -, ohne daß die danach getroffenen Maßnahmen angerechnet wurden. Setzte sich beispielsweise die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen zur Arbeitslosenhilfe durch, entwickelte sich dieses geringe Plus zu einem Minus von 1,8 Milliarden DM. Auch der Sachverständigenrat sagt daher: Der einzige Profiteur dieser Maßnahme war der Bund, der eine deutliche Entlastung von 54,4 Milliarden DM zu verzeichnen hat;

Wenn man schon angreift, wie das offensichtlich Blüm, Rüttgers und Linssen wollten, dann sollte man mit stimmigen Zahlen arbeiten und sich nicht anschließend durch entsprechende Rechnungsanlagen selbst demaskieren.

Dieser Haushalt ist eine solide Basis für das Jahr 1995. Wahlkampf wird und kann mit diesem Haushalt nicht gemacht werden. Ich weiß: Die Bürger halten Solidität in der Finanzpolitik für ein hohes Gut.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage auch: Es gibt viele gute Gründe, die Politik der Landesregierung zu unterstützen. Ich sage weiter: Ein Punkt ist unsere solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

(C)

(D)

(A) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Schauerte das Wort.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich muß noch ein paar Dinge sachlich richtigstellen, etwa betreffend das Thema "Verschuldung", will aber eine Vorbemerkung machen.

Ich hatte gehofft, daß wir diesen fast schon zum Ritual verkommenen Weg, uns gegenseitig vorzuwerfen, was der eine dort und der andere dort getan hat, nicht weiter beschreiten und es unterlassen würden, die Ebenen miteinander zu vermischen, alles in einen großen Topf zu werfen und die Leute nur zu verwirren. Deswegen wäre es mir sehr lieb gewesen, wenn wir bei den Problemen des Landes geblieben wären, denn dafür sind wir gewählt; sie zu bewältigen ist unsere Aufgabe.

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Trinius [SPD]: Fangen Sie an!)

- Ich denke, ich darf das sachlich feststellen.

(Minister Dr. Schnoor: Da bin ich auf Ihre nächsten Reden im Bundestag gespannt!)

(B) - Da werde ich mich mit dem Bundestag beschäftigen, Herr Innenminister Schnoor; es sei denn, Sie maßen sich Kompetenzen an, die Ihnen nicht zustehen. Dann müßten wir uns im Bund auch mit Ihnen beschäftigen. Ansonsten möchte ich mich in Bonn mit Bonner Themen befassen.

Jetzt zu der Verschuldung! Wir haben ja betreffend die Verschuldung auf beiden Ebenen etwas getan. Nehmen wir einfach einmal die Zeit von 1982 an. Da ist das Land in der Nettoneuverschuldung von 8,9 Milliarden auf 2,334 Milliarden DM heruntergegangen.

(Minister Schleißer: Das ist falsch: 2,2 Milliarden DM!)

- 2,34 Milliarden habe ich hier stehen.

(Minister Schleißer: Das ist falsch. 2,2 ist richtig!)

- Vielleicht haben Sie sich auch vertan; das könnte ja sein.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Einigen wir uns auf die letzte Kommastelle!)

(C) Keineswegs müssen Ihre Zahlen immer richtig sein. Ich halte einmal an meiner Zahl fest. Aber das ist auch gar nicht so wichtig.

Beim Bund ist sie nach 37,3 Milliarden DM unter Helmut Schmidt auf 19 Milliarden DM unter Theo Waigel im Jahre 1989 heruntergegangen. Dann kommt die Wiedervereinigung, und damit kommt auf beide Haushalte etwas zu. Das wird niemandem vorgeworfen. Die Frage ist nur, ob das Tempo dessen, was dann neu zugelegt wurde, sachlich geboten war oder ob es an der einen oder anderen Stelle vermeidbar gewesen wäre. Ich bleibe dabei, daß der Bund in herausgehobener Weise - kraft unserer Verfassung - die Lasten der deutschen Einheit zu tragen hatte. Ich zeige Ihnen das nachher auch noch einmal an einer Zahl.

Deswegen kann ich mir vorstellen, daß die Verschuldungsnotwendigkeiten beim Bund, wenn eine Finanzierung nicht sofort über Steuererhöhungen erfolgen sollte, über einen bestimmten Zeitraum größer als beim Land war, weil auch die Anforderungen aus der Wiedervereinigung größer waren. Ich darf daran erinnern, wie die Belastung des Landeshaushalts im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung ausgesehen hat. Sie haben Gott sei Dank aufgegeben, das immer mit den Zukunftsbeträgen hochzurechnen. In Ihrer jetzigen Finanzübersicht, die Sie uns zugesandt haben, steht, daß 1991 250 Millionen DM Geld abgeflossen sind.

(Zuruf des Ministers Schleißer)

(D) Das war zu einem Zeitpunkt, als der Bund in Bonn bereits an die 100 Milliarden DM lostreten mußte. Das sind also völlig unterschiedliche Größenordnungen, was man zur Kenntnis nehmen muß. Darum braucht man sich nicht zu streiten.

Deswegen sage ich noch einmal: Der Bund hat dann seine Verschuldung von 19 Milliarden auf 68 Milliarden DM erhöht. Das ist ein erschreckender Wert. Ich würde das nie anders bezeichnen. Das Land aber hat seine Verschuldung von 2,2 Milliarden auf mittlerweile 7 Milliarden DM erhöht. Wenn ich das miteinander vergleiche, habe ich fast eine parallele Erhöhung in der Nettoneuverschuldung, wenn man vom Basisbetrag ausgeht.

(Beifall bei der CDU)

Dabei gibt es nur einen wesentlichen Unterschied, Herr Finanzminister: Der Bund hatte die Hauptlast der Wiedervereinigung zu bezahlen, und Sie hatten nur Teilla-

(Schauerte [CDU])

(A) sten dieser Wiedervereinigung zu bezahlen. Ich darf Ihnen das jetzt auch am Haushalt deutlich machen.

(Minister Dr. Schnoor: Der hat sich doch refinanziert!)

- Ja, er hat es über Verschuldung refinanziert.

Der jetzige Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Last der Wiedervereinigung - ob gerecht oder ungerecht, will ich dahingestellt sein lassen; es sind die beschlossenen Fakten - umfaßt bei einem Ausgabevolumen von 87 Milliarden DM 5,3 Milliarden DM. Das sind 6,2 % des Landeshaushalts. Beim Bund sind es bei einem Volumen von 487 Milliarden DM 116 Milliarden DM, also mehr als 20 % des Volumens des Bundeshaushalts.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

In diesem Zusammenhang hat der Bund noch 7 Prozentpunkte Mehrwertsteuervergütung an die Länder abgegeben, was sich niedergeschlagen hat. Dies ist natürlich auch an andere Länder weitergegeben worden, allerdings auch an das Land Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

(B) - Ich erzähle Ihnen das ganz ruhig, Herr Finanzminister. Ich habe meine Hände auch vom Kopf weggehalten, als Sie das vorgetragen haben.

(Minister Schleußer: Das müssen Sie dem Grünewald aber sagen, nicht mir!)

- Sie haben vorhin eine hochinteressante Zahl gesagt, die das ganz klar macht. Sie haben gesagt, das Land Nordrhein-Westfalen - das hat Grünewald gesagt, nichts sonst, keine absolute Zahl - hat bei der alten Umsatzsteuerregelung ohne die Zuweisung von 7 Prozentpunkten - das ist viel gewesen auf die Basis - einen Anteil von 8,1 % an der Umsatzsteuerverteilung gehabt. Nach der Neuregelung, wo alle Länder 7 Punkte - das ist nämlich viel mehr als 7 % -, von 37 auf 44 Prozentpunkte hoch, bekommen haben, hat das Land - zunächst einmal haben alle Länder das bekommen -, so hat der Finanzminister vorhin hier ausgeführt, an diesem Kuchen einen Anteil von 7,9 %. Das ist aber der Anteil an dem um 7 Punkte vergrößerten Kuchen. In absoluten Zahlen heißt das ganz nüchtern nach der Mathematik: 7,9 % an dem deutlich größeren Mehr-

wertsteuerkuchen, der den Ländern zusteht, ist mehr als 8,1 % an dem viel kleineren Verteilungskuchen. (C)

(Minister Schleußer: Des gesamten Mehrwertsteueraufkommens. Das ist wieder eine Milchmädchenrechnung!)

Jetzt komme ich auf die Seite 8 des Einzelplans 20 Ihres Haushaltsplanentwurfs 1995, auf der steht: Umsatzsteueranteil (Landesanteil) plus 1,520 Milliarden DM; Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil) minus 150 Millionen DM. Ich habe diese Beträge saldiert und komme zu den 1,35 Milliarden DM mehr an Umsatzsteuer, die Sie in diesem Haushaltsjahr in Ihrer Einnahmeposition unter der Überschrift "Steuern und ähnliche Abgaben" bei den Einnahmen eingestellt haben. Das ist eine ganz saubere Kiste. Ich sage noch einmal: Das ist nach Ihren eigenen Zahlen. Denken Sie einmal darüber nach, denn Sie haben das vorhin hier gesagt. Sie hatten vorhin gesagt, beim Land hatten wir vorher 8,1 %.

(Minister Schleußer: Vom gleichen Volumen!)

- nein, kann doch nicht sein -, und an dem größeren Kuchen haben wir jetzt einen Anteil von 7,9 %. Das ist richtig. So sind die Fakten. Ich wollte das in aller Ruhe hier noch einmal klarstellen. Aus Ihren eigenen Einnahmeansätzen für den Haushaltsansatz 1995 ergibt sich bei der Umsatzsteuer ein höherer Ansatz von 1,35 Milliarden DM. (D)

Ich komme zum nächsten Punkt, den man genauso ruhig und genauso sicher wie den vorangegangenen Punkt abarbeiten kann. Dabei geht es um die Frage der Rücklage.

Herr Finanzminister, wir haben seinerzeit bei der Rücklage gesagt, Sie sollten das sein lassen. Sie könnten die Rücklage nur bilden, weil Sie in dem Jahr die Nettoverschuldung erhöhen würden. Dies würde sich nicht rechnen und sie täten es nur deswegen - -

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Wir haben keinen Minister!)

- Ich vermute, er will sich für die Erwiderung briefen lassen.

(Zuruf von der CDU: Es ist gar kein Minister da!)

- Frau Präsidentin, da wir ja mit der Regierung in der Diskussion sein sollen und wir im Moment kein Regie-

(Schauerte [CDU])

- (A) rungsmitglied sehen, bitte ich darum, zunächst einmal meinen Wortbeitrag unterbrechen zu können, und ich werde mich erst dann wieder melden, wenn ein Regierungsmitglied anwesend ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Dr. Schnoor erscheint wieder im Saal.)

Wir reden hier nicht für taube Nüsse.

(Minister Dr. Schnoor: Herr Schauerte, man muß doch einmal dahin gehen können - -)

- Natürlich, aber doch nicht alle gleichzeitig. Das gibt auch eine unnötige Fülle.

(Heiterkeit)

Also: alle gleichzeitig nicht aus dem gleichen Grund.

Präsidentin Friebe: So, Herr Kollege, Sie haben noch zwei Minuten.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich komme zurück auf die Rücklage. - Wir haben damals ganz sachlich und nüchtern gesagt: Laß' das mit der Rücklage sein. Du bauschst sie nur auf, um im Wahljahr die Rücklage aufzulösen und eine geringere Neuverschuldung zeigen zu können. - Das haben wir hier doch mehrfach erörtert. Wir haben das immer wieder gesagt; alle Gutwilligen werden sich daran erinnern.

(B)

Deswegen bleibe ich dabei: Diese Rücklage ist ein rechtzeitig eingefallener Versuch, die Kosmetik für den Wahlkampfhaushalt etwas zu schönen. Ich habe vorhin gesagt: Es ist ein raffinierter, aber schädlicher Wahlkampfhaushalt. - Genau diesen Teilaspekt habe ich damit gemeint. Die Rücklage ist mit Recht angegriffen worden. Tatsächlich müssen wir davon ausgehen, daß das Land Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr 7 Milliarden DM neue Schulden macht. Alles andere ist eine Verschönerung der Situation.

Dann zu meinem letzten Punkt, der Geschichte, die Sie Helmut Linssen vorwerfen! - Wissen Sie, Herr Schleußer, wir müssen wirklich korrekt bleiben. Auf dem Zettel, auf den Sie sich so sehr berufen, standen wirklich diese 800 Millionen, aber er umfaßte nicht den gesamten Teil des vorangegangenen Vortrags, sondern nur einen Teil desselben. Dann kommt man natürlich zu anderen Zahlen.

Wir bleiben bei unseren Zahlen: eine Verbundsatzkürzung von 28,5 auf 23 % über die Jahre, bei der Kfz-Steuer-Regelung, bei der Grunderwerbsteuer-Regelung, bei all den Maßnahmen, die Sie eingeleitet haben, bei den Befrachtungen herauf und herunter. Die Kommunalpolitiker im ganzen Lande können Ihnen das vorbeuten. Albert Leifert wird nachher etwas dazu sagen; deswegen will ich das nicht vertiefen. Wir bleiben bei den Zahlen, die Helmut Linssen in seiner Pressekonferenz vorgestellt hat. Sie tun schrecklich weh, aber sie sind wahr.

(C)

(Minister Dr. Schnoor: Sie sind unsinnig!)

Wissen Sie, was wir gemerkt haben, Herr Schnoor? - Seitdem diese Zahlen in der Welt sind, ist folgendes passiert: Die angebliche Schlechtbehandlung durch Bonn, die in einigen Bereichen eingetreten ist - das gebe ich genauso offen zu, wie Sie zugeben sollten, daß Sie hier ähnliches getan haben -,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die angeblich alleinige Schlechtbehandlung durch Bonn wird von Ihren Vertretern draußen im Land gar nicht mehr oder nur noch sehr zaghaft vorgestellt, weil sie Angst haben, daß sie Retourkutschen bekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

(D)

Genau das war das Ziel.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Wir lassen uns nicht einseitig vorführen. Wer so unfair argumentiert, wie Sie es an dieser Stelle tun,

(Minister Dr. Schnoor: Ich erzähle Ihnen das gleich!)

dem wird das Gegenteil präsentiert, so wie wir es kennen. Und da sehen Sie schlechter aus als wir. Das tut mir leid für Sie, aber das ist so, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man so an

(Trinius [SPD])

(A) die Fragen herangeht, wie das eben der Kollege Schauerte in dieser laienhaften Art getan hat,

(Lachen bei der CDU)

müssen Sie mich ein Gegenspiel aufmachen lassen. Mit der deutschen Vereinigung gibt es 16 Millionen Menschen in der Bundesrepublik mehr als vorher.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Gott sei Dank!)

Viele von denen zahlen nun auch Steuern an den Bund,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und bestellen in Nordrhein-Westfalen!)

niemand von denen an ein altes Land.

Schauen Sie sich den Bundeshaushalt an. Jeder, der von den 16 Millionen drüben einkauft - die Kaufkraft liegt bei etwa 50 % -, zahlt natürlich Mehrwertsteuer, die dem Bund nach seinem Anteil voll zufließt.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Auch den westlichen Bundesländern!)

So können Sie das fortführen. Leider sind zu wenige in Arbeit. Aber die, die in Arbeit sind - wenn auch bei geringerem Lohn als hier -, zahlen natürlich auch Lohnsteuer. Der Anteil geht in die Bundeskasse, der andere in die Kassen der jeweiligen Länder.

(B)

Der Bund erhöht die Mineralölsteuer. Es gibt viele drüben, die Auto fahren. Die Tabaksteuer ist erhöht worden. Ich lasse mir sagen: Auch Raucher gibt es drüben. - So können Sie das fortführen.

Das heißt, es muß zunächst einmal automatisch zu einem Steigen des Aufkommens in der Bundeskasse führen, und das tut es auch. Das war ja auch einer der Gründe, weshalb man einen neuen Ausgleich herbeiführen mußte.

Nun finde ich es sehr interessant zu beobachten, Herr Kollege Schauerte: Trägt Ihnen der Finanzminister seine Zahlen vor, die in den Gesprächen um das Konsolidierungskonzept Theo Waigel dazu bewogen haben, seine Zahlen vom Tisch zu nehmen - das Rechenwerk aus Nordrhein-Westfalen haben sich alle anderen, als erste die Sachsen, zu eigen gemacht -, fürchten Sie die Parteibrille. Nun gut! Dann sagt der Finanzminister: Wenn Sie meinen Zahlen nicht glauben wollen, wollen

Sie dann nicht den Zahlen vom RWI glauben? Das ist ein unabhängiges Institut. - Die passen Ihnen nicht.

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: O doch!)

Dann tragen wir Ihnen die Zahlen von CDU-Staatssekretären aus dem Bundesministerium der Finanzen, geleitet sogar von einem CSU-Mann, vor. - Das paßt Ihnen nicht. Sie wollen nicht hören, welche Fakten, die vom Bund unbestrittenermaßen mitgeteilt werden, gelten. Die Lasten von 2,7 Milliarden DM, die der Bund zu tragen hat und von denen hier eben die Rede war, liegen niedriger als das, was das Land Nordrhein-Westfalen im Finanzausgleich in einem einzigen Jahr, nämlich 1995, mit 3,1 Milliarden DM an die Länder zu zahlen hat.

Ich schlage Ihnen vor: Nehmen Sie es doch einfach zur Kenntnis.

Die andere Rechnung ist eigentlich nur ein Problem der Prozentrechnung. Der Finanzminister hat von dem Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen gesprochen, der hier bei der Umsatzsteuer verbleibt.

(Minister Schleußer: Jeweils vom gleichen Anteil!)

Dieser Anteil sinkt von 8,1 auf 7,8 %.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Am größeren Kuchen!)

(D)

Und das wird von niemandem in der Bundesrepublik bestritten, außer von Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Die verantwortlichen Leute im CSU-geführten Bundesfinanzministerium kommen zu dem Ergebnis: Bei dieser gesetzlichen Neuregelung stehen sich die alten Länder - West - um 2,8 Milliarden DM schlechter. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das 500 Millionen DM weniger als vorher nach der alten Regelung.

Sie wollen nur eine Schlußfolgerung nicht ziehen: Das ist Solidarität der Länder mit den wiederaufgelebten sechs Ländern. Das ist die Solidarität des Westens mit dem Osten.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Dann sagen Sie doch bitte: Und so sieht es aus, das schlägt sich natürlich in den Kassen des Landes

(Trinius [SPD])

- (A) Nordrhein-Westfalen nieder und schlägt sich in den Kassen der Gemeinden nieder. Daran soll man nicht vorbeigehen.

Dann kam die deutsche Einheit - ja, selbstverständlich, Gott sei Dank.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Gott sei Dank!)

Aber, meine Damen und Herren, im Jahre 1989 war noch nicht sicher, wie es würde, ob es eine Konföderation würde oder sehr schnell zu einer staatlichen Vereinigung käme. 1989 hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen gesagt: Verzichtet auf die dritte Steuersenkungsoperation, denn es kommen große Aufgaben auf uns zu, für die wir gewappnet sein müssen. Das hätte für die öffentlichen Kassen 24 Milliarden DM bedeutet. Meinetwegen hätte man daraus einen kleinen Julisturm machen können.

Aber Ihre Meinung war eine ganz andere. Sie haben öffentlich verkündet: Das funktioniert alles ganz von allein, da brauchen wir die Steuersenkungsoperationen nicht anzuhalten, sondern der Markt regelt das ganz von selbst. Sie haben die Wirklichkeit falsch eingeschätzt. Vielleicht haben Sie auch vorgetäuscht, daß es so sei. Das weiß ich nicht. Aber auch die falsche Einschätzung war schon schlimm genug. Als man sah, wie es wirklich war, haben Sie immer noch schön geredet.

(B)

Wir waren der Auffassung: Dann setzt das aus. Wir haben damals gesagt: Die Aufbauleistung muß bezahlt werden. Das wird eine Menge kosten. Da hat sich mancher an dem Ausdruck "Kosten der deutschen Einheit" aufgehängt. Es waren die Finanzmittel, die für den Aufbau aufzubringen waren, um den es gehen mußte. Dafür ist keine Vorsorge getroffen worden, obwohl Sozialdemokraten Vorsorge angeboten hatten. Es lag beim Bund, auf diese Vorsorge einzugehen, dieses Angebot anzunehmen.

Ihnen ist ein ganz schlimmes Versäumnis passiert. Es gab eine so große Bereitschaft in diesen Monaten des Zusammenwachsens! Das Glück über den Bruch der Mauer war allgemein in der Bundesrepublik verbreitet.

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Aber nicht in der SPD!)

Sehen Sie sich an, was unsere sozialdemokratisch geführten Kommunen geleistet haben: Bochum in Nordhausen oder Lemgo in Stendal - gehen Sie durch die sozialdemokratisch geführten Gemeinden. Nehmen Sie

Leverkusen, und vergleichen Sie es mit Leuna und Merseburg. Nehmen Sie den Zusammenhang zwischen Bitterfeld und Bottrop. Sie können die sozialdemokratisch geführten Großstädte in Nordrhein-Westfalen der Reihe nach durchgehen und Stadt für Stadt die Partnerstädte im Osten nennen. Sie können auch feststellen, was sie dort geleistet haben, und es wird anerkannt. Das war eine breite Bereitschaft.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Die Bereitschaft war spontan, es gab keine Aufforderung dazu. Das haben die Kommunalpolitiker von sich aus gemacht, sozialdemokratische Bürgermeister und Oberbürgermeister allen voran. Das war eine hervorragende Sache. Sie aber haben diese Bereitschaft der Menschen ungenutzt verkommen lassen. Es ist ein Fehler der Politik gewesen,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ein böses Wort zur unrechten Zeit!)

zu dieser Opferbereitschaft nicht zu sagen: Ihr seid bereit, und wir sind froh darüber. Jeder sah, daß es notwendig war. Sie können es auch anders formulieren: Das Volk war wesentlich klüger als die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung. Wesentlich klüger! Da haben Sie etwas Schlimmes getan, daß Sie diese bessere Einsicht,

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

diesen besseren Blick für die Wirklichkeit mißachtet und geglaubt haben, Sie könnten den Leuten etwas vormachen. Daran leiden sie noch.

Und Sie haben einen weiteren großen Fehler gemacht. Das muß man dazusagen. Sie haben von vornherein auf jedes industriepolitische Konzept verzichtet, das den Osten betraf.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Was? - Abgeordneter Lindlar [CDU]: Die SPD hatte eins?)

Ich will Ihnen auch sagen: Kein Ludwig Erhard hätte so blind auf den Markt vertraut, wie Sie das 1989 getan haben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist Unsinn!)

Was sich da in den fünf neuen Ländern entwickelt hat, war keine soziale Marktwirtschaft. Das ist über weite Bereiche eine wild wuchernde Marktwirtschaft gewe-

(Trinius [SPD])

- (A) sen, denn es fehlten zwei Gegenkräfte, ohne die es keine soziale Marktwirtschaft gibt: Es gab noch keine starken Gewerkschaften - ohne sie geht es nicht -, und es gab noch keine funktionierenden staatlichen Apparate, Verwaltungen, die Gesetze und Rechte hätten durchsetzen und deren Einhaltung kontrollieren können. Das hat zu diesem Wildwuchs geführt.

Und dann die sozialistische Mißwirtschaft, lieber Herr Kollege! Wie erklären Sie sich denn, daß wir es in Tschechien mit einer Arbeitslosigkeit von 4 % zu tun haben, aber in den neuen Ländern eine Arbeitslosigkeit von 15 oder 16 % haben?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wollen Sie die Löhne geben? Da fordert der starke Gewerkschaften und will tschechische Löhne zahlen! Das ist doch nicht zu fassen!)

- Nichts von tschechischen Löhnen!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Natürlich, das ist der Punkt! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das ist die andere Seite der gleichen Medaille!)

Ich würde Ihnen vorschlagen, sich die Argumente, die von den Gewerkschaften gebracht worden sind, die ein Programm Aufbau Ost vorgelegt haben - -

(B)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das war ein Eigentor, Herr Kollege!)

Ich würde Ihnen auch raten, sich die Vorschläge, die damals von Stihl und Murmann und anderen vorgetragen worden sind, noch einmal zu Gemüte zu führen. Da ist vorgeschlagen worden: Um diese Differenz der Löhne auszugleichen, müsse an dieser Stelle der Staat vorübergehend und degressiv subventionieren.

Das ist vorgeschlagen worden und wäre ein Beitrag sowohl zur sozialen Sicherung wie auch zur Industriepolitik gewesen. Ich will Sie nur darauf hinweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

So einfach darf man sich das nicht machen. Und wer es sich weiterhin so einfach macht,

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dautzenberg [CDU] - Glocke des Präsidenten)

der verdummeubelt die Leute; die haben es besser gewußt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Ich stelle das nicht fest. Ich schließe dann zu diesem Teil I des Tagesordnungspunktes 1 die Beratung.

Wir haben abzustimmen über die Überweisung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanungs Drucksachen 11/7500 und 11/7501. Der Ältestenrat empfiehlt hierzu die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Wer dieser Überweisung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön, so beschlossen.

Ich rufe nun den Teil II dieses Tagesordnungspunktes, nämlich

Gemeindefinanzierungsgesetz, (D)

auf und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Lerne klagen, ohne zu leiden", so bagatellisierten die einen, "Kommunen in Not", so dramatisierten die anderen in der Vergangenheit die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in unserem Lande.

Hier und heute muß man feststellen: Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in ihrer Gesamtheit ist in Nordrhein-Westfalen äußerst kritisch und bedenklich. Das Finanzierungsdefizit hat einen Höchststand von 4,2 Milliarden DM erreicht. Die Steigerungsrate beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer betrug im letzten Jahr nur 0,7 vom Hundert. Die Gewerbesteuer-einnahmen gingen erheblich, um über 10 %, zurück. Die Stadt Leverkusen hatte einen Verlust von fast 50 % zu beklagen. Sie nahm zum ersten Mal an der Verteilung der Schlüsselzuweisungen teil. Daraus zeigt sich: